

Vergabemittel in die Bundesländer, besonders die Subjektförderung erstmalig gesetzmäßig verankert hat. Dieses Bundesgesetz wurde bereits einige Male novelliert, wobei jene Novelle, bei der der Förderungssatz auf 45 Prozent gesenkt wurde, problematisch war, weil genau zu diesem Zeitpunkt die Kreditrestriktionsmaßnahmen eingesetzt haben. Ein zweites wichtiges Bundesgesetz war das 1969 beschlossene Wohnungsverbesserungsgesetz, das die dringend notwendige Verbesserung des Altwohnbestandes einleitete. Die letzten Novellen sowohl des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 als auch des Wohnungsverbesserungsgesetzes sehen eine Förderung für Verbesserungen größeren Umfangs vor. Ein wichtiger Beginn zur Sanierung der Altstadtkerne. Damit ist die Tür aufgemacht worden für einen neuen Beginn. Es wird sicher der Anstrengung aller Beteiligten, der Gemeinden, der Wohnbaugenossenschaften, der Hauseigentümer und der Mieter, bedürfen, um diesem Gedanken der Altstadtsanierung zum Durchbruch zu verhelfen. Auf Landesebene war und ist vor allem das Landeswohnbauförderungsgesetz 1974 zu erwähnen. Es sieht neben der Eigenheimförderung erstmals eine Förderung der Hausstandsgründung für Jungfamilien und die Althausanierung als Ergänzung zum Wohnungsverbesserungsgesetz vor.

Wenn ich abschließend auf den Wohnungsneubau eingehe, muß ich ganz kurz auch auf die finanziellen Probleme, die Wohnungsbesitzer treffen und die bereits angeführt wurden, zu sprechen kommen. Für die zum Teil außergewöhnlichen Belastungen, die dieser Personenkreis zu tragen hat, waren sicher mehrere Faktoren maßgebend. Zunächst kam die Belastung durch die Mehrwertsteuer und die außergewöhnliche Erhöhung der Kreditzinsen auch für alle bereits bezogenen Wohnungen — bekanntlich sind ja 30 Prozent der Baukosten durch den Kapitalmarkt zu finanzieren — und dann durch die erhöhten Betriebskosten. Insgesamt erfolgten also Erhöhungen, die die Brieftasche des einzelnen stark belasten. Zur Ehrenrettung der Genossenschaften möchte ich sagen, daß sie als gemeinnützige Unternehmungen, die sowohl vom Genossenschaftsverband als auch von der Rechtsabteilung 14 überprüft werden, nicht auf Gewinnbasis arbeiten und diese schwierige Phase sicherlich nicht dazu verwendet haben, um sich Gewinne zu verschaffen. Aber wahrscheinlich hat die nötige Aufklärungsarbeit, die nötige Transparenz gefehlt, um bei ihren betroffenen Mitgliedern das aufkeimende Mißtrauen zu zerstreuen. Es besteht sicherlich auch kein Zweifel, daß man da oder dort das Service gegenüber Wohnungswerbern verbessern muß.

Abschließend möchte ich feststellen, daß wir uns bemühen werden, gemeinsam mit den Funktionären, mit den Beamten und Angestellten des Landes und im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten auf Landesebene die entsprechenden Verordnungen, seien es angemessene Gesamtbaukosten, Eigenmitteldarlehen und Wohnbeihilfen, entsprechend den geänderten Baukosten anzupassen, um einigermaßen tragbare Belastungen für die Wohnungswerber zu schaffen. Ich bin sicher, daß hier alle im Landtag vertretenen Parteien so wie bis-

her gemeinsame Lösungen finden werden zum Wohle unserer wohnungssuchenden steirischen Bevölkerung. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

Präsident: Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Abg. Fellinger: Ich verzichte auf das Schlußwort und beantrage, daß das Hohe Haus der Gruppe 4 seine Zustimmung gibt.

Präsident: Wer mit den Ansätzen und Posten dieser Gruppe einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Die Gruppe 4 ist angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 5: Gesundheit. Berichterstatter ist Abgeordneter Harald Laurich. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Laurich: Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Die Gruppe 5 „Gesundheit“ umfaßt in den Abschnitten 51 bis 58 und den darin enthaltenen Unterabschnitten die im Voranschlag ausgewiesenen und im Finanz-Ausschuß beratenen Ansätze. Es ist erfreulich, daß in dieser für die gesamte steirische Bevölkerung so wichtigen Gruppe beachtliche Erhöhungen verschiedener Haushaltsposten gegenüber dem Voranschlag 1975 erkennbar sind. Obwohl besonders für die Voranschlagspost Landeskrankenanstalten weitaus höhere Beträge erforderlich wären, konnte eine Realisierung dieser Wünsche im Hinblick auf andere finanzielle Verpflichtungen des Landes nicht erfüllt werden. Erwähnenswert sind auch die Erhöhungen der Zuschüsse für die privaten Krankenanstalten der Steiermark, der Beträge für die Krankenpflegeschulen und der Ausgaben für den Posten Familienberatung sowie der Ansätze im Abschnitt Umweltschutz.

Namens des Finanz-Ausschusses ersuche ich das Hohe Haus, den Ansätzen dieser Gruppe mit Einnahmen in der Höhe von 1.634,206.000 Schilling und Ausgaben in der Höhe von 2.278,487.000 Schilling die Zustimmung zu geben.

Präsident: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Lind. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Lind: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Einige Sätze zur ärztlichen Versorgung des ländlichen Raumes. In Österreich gibt es sicherlich eine große Anzahl von Spitalsbetten und auch sehr viele Ärzte. Nach außen hin scheint die ärztliche Versorgung gesichert. Es gibt eine allumfassende Krankenversicherung, von der beinahe niemand mehr ausgenommen ist. Trotzdem ist es für den Patienten oft schwierig, ein Spitalsbett zu bekommen, trotzdem sind die Wartesäle der Ärzte im ländlichen Raum überfüllt. Dies ist unangenehm für die Hilfesuchenden, für die Angehörigen, aber auch für den Arzt selbst. Der Ärztemangel im ländlichen Raum zeichnet sich besonders ab, aber auch vor allen Dingen an den Stadtrandsiedlungen. Die Arbeits-

bedingungen in der freien Praxis sind äußerst schwierig. Die Arbeitszeit eines Landarztes beträgt oft bis zu 24 Stunden täglich. Es sind oft schwierige Wege zurückzulegen, um überhaupt zu den Patienten zu kommen. Es gibt eine Reihe von Unzulänglichkeiten, über die man bis jetzt noch nicht hinweggekommen ist, in bezug auf die Vertretung des Landarztes usw. Der Arzt selbst hat aufgrund seiner Überlastung kaum noch die Möglichkeit einer Weiterbildung und wenn, muß er sich einen Vertreter suchen, der kaum zu erhalten ist, und diesen oft mit großen Unkosten finanzieren. Aber auch das persönliche Gespräch zum Patienten ist verkümmert, der Arzt hat kaum noch die Möglichkeit, sich um seine Patienten richtig zu kümmern, nachdem er schon fast zur Behandlungsmaschine degradiert wurde. Es fehlen auch in der freien Praxis verschiedene Fachrichtungen, wie Geriatrie, Psychotherapie, Sozialmedizin usw. Es ist immer noch ein struktureller Mangel an Ärzten gegeben. Die Abgabe verschiedener Patienten an die Krankenhäuser ist die letzte Konsequenz, weil es eben dem Landarzt aufgrund seiner Überlastung nicht möglich ist, die erforderlichen Hausbesuche durchzuführen, um Injektionen usw. zu verabreichen. Es werden Akutbetten von Personen in den Krankenhäusern belegt, die eigentlich pflegebedürftig sind und den anderen Patienten mit akuten Erkrankungen sozusagen die Plätze wegnehmen. In den Krankenhäusern selbst sind natürlich auch oft lange Aufenthalte erforderlich, im Durchschnitt in Österreich bis zu 21 Tagen. Vielleicht gibt es auch hier Mängel in der Organisation. Es ist beispielsweise am Wochenende nicht möglich, Diagnoseerstellung zu bewerkstelligen, Entlassungen durchzuführen, das verlängert natürlich auch oft unnützlich den Krankenhausaufenthalt. Es fehlt bei uns an einem Ausweichsystem und einem Angebot in der Hauskrankenpflege. Gerade über die Hauskrankenpflege könnten die Ärzte und Krankenhäuser entlastet werden und könnten sich die Sozialversicherungsträger, das Land sowie auch die Patienten viel Geld ersparen. Die ÖVP hat einen Initiativantrag ganz besonders in dieser Richtung im Sozialhilfegesetz, wo man sich der Hauskrankenpflege besonders widmen will, um hier zumindest einmal die Schwierigkeiten weitgehendst beseitigen zu können. Wie bereits erwähnt, ist der Arztmangel auf dem Land sehr groß. Aufgrund der schwierigen Verhältnisse ist es den Ärzten oft kaum mehr möglich, die eigenen Söhne für die Ausübung der Praxis in der elterlichen Ordination zu begeistern, weil diese in den Krankenhäusern mit geregelter Arbeitszeit und auch mit entsprechenden Einkommen als Primärärzte, als Oberärzte und Assistenten tätig sind und hier viel mehr Zeit für die Familie und auch für das gesellschaftliche Leben haben.

Es fehlt an Fachärzten, und hier sei ganz besonders an die Krankenversicherungsträger appelliert, daß die Ärzte, die sich niederlassen, auch ihre Kassenstellen bekommen. Ich habe zwar persönlich in der letzten Zeit festgestellt, daß es hier keine besonderen Schwierigkeiten gibt, wenn Ärzte vorhanden sind, daß sie auch in der Regel ihre Kassenarztstellen beigelegt erhalten. Die zahnärztliche

Versorgung ist ein besonderes Problem. Im Bezirk Hartberg entfallen beispielsweise auf einen Zahnbehandler mehr als 5000 Patienten. Das heißt also, die Patienten können sich bei der jetzigen Anzahl von Zahnärzten nicht immer anstellen, die Wartezimmer füllen, es gehen viele Patienten überhaupt nicht zum Zahnarzt, weil sie die Möglichkeit nicht haben. Deshalb wären zusätzliche Zahnarztplanstellen und sicherlich auch Ambulatorien zu schaffen, und ich möchte auch hier bitten, daß das in Hartberg bereits Begonnene so bald wie möglich fertiggestellt wird.

Ich muß sagen, daß im Bezirk Hartberg beispielsweise in den letzten 20 Jahren mindestens 15 praktische Ärzte entweder ihre Arbeit infolge des Alters aufgegeben oder verstorben oder verzogen sind, daß in der Regel die Ärzteschaft veraltet ist und kaum noch junge Ärzte in unseren Raum zu bekommen sind. Ich erhebe also vor allen Dingen die besondere Forderung, zusätzliche Planstellen zu schaffen und dafür zu sorgen, daß es dem Arzt auf dem Land wieder lebenswert erscheint. Dazu kommt die Einwirkung auf die Gesinnung der Ärzte, die herangebildet werden. Die Gesundheit muß im Vordergrund stehen und wenn sie auch etwas kostet. Man bezahlt heute überall für den Automechaniker und man gibt Trinkgeld, aber der Arzt soll unentgeltlich arbeiten. Ich glaube, hier muß auch eine geeignete Gesinnung bei der Bevölkerung selbst erzeugt werden. Hier müssen alle, die die Möglichkeit haben, mitwirken. Die Gemeinden bringen Opfer, wenn sich Ärzte ansiedeln, die Ärztekammer erbringt Leistungen, um dem Arzt die Praxiseröffnung zu ermöglichen und das Land Steiermark ist auf dem Wege, durch die Schaffung gesetzlicher Bestimmungen für Distriktsärzte die Distriktsarztstellen zu vermehren. Es geht ja schließlich den Ärzten auch um die Altersversorgung, wie sie die Spitalsärzte haben, es geht den Ärzten um die Verbesserung der Lebensbedingungen und um die Versorgung der Familie. Wenn wir uns hier gemeinsam bemühen, diese Fragen zu lösen, dann wird es wieder möglich sein, Ärzte auf das Land zu bekommen. Umweltschutz steht im Vordergrund und somit auch verbunden die aufrechte ärztliche Versorgung. Die Bewältigung der Sanitätsaufgaben, Hebung der Lebensqualität kann nur mit einer ausreichenden ärztlichen Versorgung erfolgen. Die ÖVP hat im „Modell Steiermark“ diesbezügliche Richtlinien angeboten, Teile davon habe ich bereits aufgezählt und wenn wir gemeinsam nach diesen Richtlinien arbeiten, wird es auch möglich sein, die landärztliche Versorgung sicherzustellen. Darum mein Aufruf nochmals an alle kompetenten Stellen, alles dazu beizutragen, daß die landärztliche Versorgung künftighin besser gesichert ist und daß alle Hilfesuchenden die Möglichkeit haben, beim Arzt und in den Krankenhäusern geeignete Hilfe zu finden und der entsprechenden Genesung entgegenzugehen.

Nun noch einige Sätze zur Situation im Landeskrankenhaus Hartberg: Das Landeskrankenhaus Hartberg ist für zirka 80.000 Einwohner geschaffen. Es verfügt über zirka 250 Krankbetten, es sind 192 Bedienstete dort, davon 20 hauptamtliche Ärzte; überdies sind sechs Konsiliarärzte tätig. Das Kran-

kenhaus wurde im Jahre 1909 errichtet, zur Zeit — damals war es vielleicht noch besser — auf einem sehr ungünstigen Platz, von verkehrsreichen Straßen umgeben. Benzingase dringen durch die Fenster in die Operationssäle und überallhin, Lärm wird rundherum entwickelt und die Genesenden haben es sehr schwierig. Das Gmoos ist daneben, Nebel, zum Teil auch Insektenplage. Der Bauzustand ist schlecht, Zubauten wurden durchgeführt — es sind keine weiteren möglich, da alle Möglichkeiten ausgeschöpft wurden —, das Dach ist durchlässig usw., es sind viele weitere Arbeiten dort erforderlich. Der Bau entspricht nicht mehr den heutigen Gegebenheiten. Eine geeignete Organisation ist nicht durchführbar, der Bau wurde den damaligen Verhältnissen entsprechend so errichtet — vielleicht noch nicht mit derselben Anzahl von Patienten —, daß einer dem anderen praktisch im Wege ist, der Patient dem Besucher und demjenigen, der in die Ambulanz kommt. Die Operationssäle sind so angeordnet, daß alle vorbeigehen müssen. Es gibt riesige Schwierigkeiten; es sieht oft aus, als ob man sich auf einem Truppenverbandsplatz befinden würde, Wartende, Operierte, alles durcheinandergemischt, warten auf den Gängen, man kann oft kaum durch. Es gibt noch eine Reihe von Krankensälen, die bis zu 25 Betten aufweisen und in denen es keine Wasserleitung gibt. Es gibt keine Nebenräume, es gibt keine Sozialräume, es gibt keine Schwesternzimmer. Die geistlichen Schwestern — die gibt es in Hartberg noch — sind in der Infektionsabteilung untergebracht. Es sind keine Bäder für Ärzte vorhanden, keine Zimmer für Unfallverletzte, für Schwerkranke, dafür sind es wieder 50 Prozent der Verletzten, die Verletzte nach Verkehrsunfällen sind. Es gibt keine Räume für Sterbende, es gibt aber auch keine geeigneten Grünflächen, Auslauflächen für die Patienten, wo sie sich frei bewegen könnten.

Das Land Steiermark hat sich sicherlich bemüht, einigermaßen Abhilfe zu schaffen durch Zubauten, durch Umbauten, durch die Schaffung von geeigneten Ambulanzräumen, aber das sind nur Provisorien. Die Ärzte selbst müssen überaus große Leistungen erbringen, um die ärztliche Versorgung zu garantieren. Es ist nicht so, daß die ärztliche Versorgung nicht garantiert ist, sie ist garantiert, die Ärzte sind mustergültig und bemühen sich wirklich, ihr Bestes zu geben, aber nur unter Aufwand von großem Können, viel Nerven und vor allem viel Zeit, was auf die Dauer nicht möglich ist. Es wurde vom Land Steiermark in weiser Voraussicht bereits ein 6 ha großes Grundstück vor vielen Jahren angekauft. Auf diesem Grundstück wurden schon in Anbetracht des Neubaus zwei Personalhäuser errichtet sowie auch ein erstklassiger Kindergarten und eine Krabbelstube. Es soll also künftighin kein Flickwerk beim alten Krankenhaus mehr entstehen, sondern ein echtes Schwerpunktkrankenhaus in erstklassiger Lage errichtet werden, was für die Genesung der Patienten wesentlich ist. Das Krankenhaus Hartberg ist das einzige Krankenhaus auf der Wechsel-Bundesstraße. Immer wieder werden Patienten nach schweren Verkehrsunfällen eingeliefert und ist da-

her auch die Errichtung einer Unfallstation von besonderer Bedeutung. Oberwart wird nicht berührt, wenn Oberwart auch ein Schwerpunktkrankenhaus bekommt, denn es sind nur 3 Prozent, die aus dem Burgenland nach Hartberg ins Krankenhaus kommen. Der Hauptteil der Patienten kommt aus dem Bezirk Hartberg oder aus den umliegenden Bezirken. (Abg. Gerhard Heidinger: „Aus Fürstenfeld!“) Auch aus Fürstenfeld, aus Weiz.

Darum nochmals meine Bitte an alle Verantwortlichen, dazu beizutragen, daß mit dem Krankenhausneubau so bald wie möglich in Hartberg begonnen wird, daß sowohl die ärztliche Versorgung, aber auch die Versorgung in bezug auf den Krankenhausbesuch, in bezug auf eine Heilung im Krankenhaus so rasch wie möglich gewährleistet wird. Es ist notwendig, die Zustände sind bekannt, und ich muß nochmals den Ärzten und allen danken, die im Krankenhaus wirken, es werden mustergültige Leistungen erbracht und nur dadurch ist es möglich, einen geordneten Betrieb im Landeskrankenhaus Hartberg aufrecht zu erhalten. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Klobasa. Ich erteile es ihm.

Abg. Klobasa: Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren!

Bevor ich zur Gruppe 5 „Heilvorkommen und Kurorte“ zum Ansatz 57 spreche, hätte ich gerne dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Wegart auf seine gestrige Antwort bezüglich der Besetzung der Primarstelle des Landeskrankenhauses Feldbach geantwortet. Ich sehe es nicht ein, wenn eine Stelle ausgeschrieben wird und weit mehr als drei Bewerber sich um die Stelle bewerben, daß man ausgerechnet drei nimmt, von denen einer nicht geeignet sein soll. Es wäre doch sicherlich möglich gewesen, hier drei geeignete Personen zu finden.

Nun, meine Damen und Herren, die sogenannte Ölkrise der letzten Zeit hat die Mineralölgesellschaften gewaltig in Unruhe versetzt. Die Gesellschaften verstärkten darauf ihre Bemühungen nach der Suche von Erdöl und so wurde auch eine Rohölaufsuchungsgesellschaft aus Oberösterreich beauftragt, unter anderem im Raume der oststeirischen Gemeinde Loipersdorf, hart an der burgenländischen Landesgrenze, im Bezirk Fürstenfeld nach Erdöl zu suchen. Nach anfänglich ermunternden Hinweisen gab es bald eine kalte Dusche, ich möchte am liebsten sagen, in Form eines heißen Wassers, das aus dem Erdinneren kam. Wir alle horchten trotzdem auf, denn sollte es, wenn ich das so nennen kann, ein zweites Wunderwasser oder Wieserwasser geben, das in stande war, alles zu heilen, wie man das damals meinte? Bei genauen Untersuchungen stellte man die hervorragende Qualität dieses heißen Wassers, also der Thermalquelle, fest und es war daher nichts naheliegender, als sich weiterhin um die Möglichkeiten der Nutzung zu bemühen.

Nach längeren intensiven Verhandlungen des Landes kam es zur Gründung der Thermalquelle Loipersdorf Ges. m. b. H. Der Aufsichtsrat besteht

gemäß Punkt 12 des Vertrages aus dem politischen Landesfremdenverkehrsreferenten des Landes, dem politischen Landesfinanzreferenten, je einem Vertreter der beiden Referenten, den Bürgermeister der beteiligten Gemeinden und zwei weiteren Personen. Der Aufsichtsrat wurde am 14. Juli dieses Jahres zur konstituierenden Sitzung einberufen. Die Gesellschaft hat sich zur Aufgabe gemacht, mit Hilfe des Landes in Loipersdorf einen Kurort zu errichten. Es ist da gemeint die Planung, die Erschließung und die Führung des Kurortes und des Heilbades und der Fremdenverkehrseinrichtungen. Laut der letzten Nummer der „Steirischen Gemeindenachrichten“ wird der Ausbau in zwei Stufen erfolgen oder soll zumindest in zwei Stufen erfolgen. Zuerst sollen das Freizeitgelände mit Schwimmbecken, ein Thermalhallen- und ein Freibad, Liegewiesen, Sportanlagen, eine Sauna und ein Restaurant entstehen. Erst danach ist an die Errichtung des Kurmittelhauses, eines Hotels und des Kurparks gedacht. Als ich letzteres meinen Gleichenberger Freunden mitteilte, sagten sie mitleidvoll: Da könnt ihr aber noch 100 Jahre warten, bis ihr so einen schönen Park habt wie wir! Was ich nicht abstreiten kann. Nachdem bekannt wurde, daß das fündige heiße Wasser tatsächlich für die Errichtung eines Thermalbades geeignet ist, hat es heilungssuchende Menschen aus nah und fern angelockt. Noch ist es auf dem Badeplatz ruhig, doch glaube ich, sind die Vorarbeiten so weit gediehen, daß ab Mitte 1976 mit dem Bau der notwendigen Einrichtungen eines Thermalbades begonnen werden kann. Das Land, das mit 82 Prozent an der Gesellschaft beteiligt ist, hat bereits 85 Millionen Schilling für das Projekt „Thermalbad Loipersdorf“ bereitgestellt. Wichtig ist natürlich, daß die notwendige Wassermenge sichergestellt ist. Rund 500 Kubikmeter werden pro Tag gebraucht und das scheint auch fündig zu sein. Ebenso hat die STEWEAG die Stromversorgung zugesagt. Die Abwasserbeseitigung dürfte bei Prüfung der Sachlage keine besonderen Schwierigkeiten bereiten und auch die burgenländischen angrenzenden Gemeinden und die burgenländischen Behörden sind sehr am Projekt interessiert. Als eine Hiobsbotschaft empfanden die Bewohner des künftigen Kurortes, und das zeigte sich damals auch bei der Konstituierung des Aufsichtsrates, die Mitteilung des Herrn Landeshauptmannes auf meine Anfrage über die Errichtung einer Zentraldeponie für den in der Steiermark anfallenden Müll. Ich weiß, daß der Müll und seine Beseitigung allen Sorgen bereitet, aber die Mülldeponie kann man meiner Ansicht nach nicht in Regionen verlegen, wo Heil- und Kurorte in der Nähe sind bzw. errichtet werden sollen. Daß es inzwischen anders geworden ist, haben wir auch erfahren (Abg. Schrammel: „Längst abgeschlossen! Das ist der Stand vom letzten Budget!“), aber auch die Radkersburger haben damit — so glaube ich — keine allzu große Freude. Die Bevölkerung des Bereiches des zu errichtenden Kurortes und Heilbades rechnet sich ja auch schon die Möglichkeiten aus, die es aufgrund solcher Einrichtungen gibt. Daß die Menschen in dieser Gegend in Zukunft auch ihre Arbeitsplätze in der Heimat haben könnten,

ist sicher zu begrüßen. Aber auch die Besitzer von einschlägigen Betrieben wie Gasthöfe, Frühstückspensionen, Unterhaltungszentren werfen ihre Ideen voraus und es ist daher unbedingt erforderlich, einen Flächennutzungsplan nicht nur für die Gemeinde Loipersdorf, sondern für die ganze Region zu erstellen. Das Gebiet selbst liegt im ausklingenden oststeirischen Hügelland, vor dem sich die Ungarische Tiefebene ausbreitet. Es ist lieblich, Felder, Wiesen, Obstgärten und Wälder umschließen es. Es ist geeignet, alles für die Heilungssuchenden zu bieten und hier kann man auch — was nicht mehr überall der Fall ist — noch eine richtige Ruhe finden. Wohl werden die Zufahrtsstraßen zu dem Ort verbreitert werden müssen und vielleicht wird man auch noch bei den angrenzenden Hügeln Bodenuntersuchungen durchführen müssen, denn das Gebiet ist sehr rutschanfällig und man wird nicht überall alles hinbauen und hinstellen können. Hätte ich zum Beispiel vor 36 Jahren gewußt, auf welcher wertvoller und kostbarer Unterlage damals die Baracken des RAD-Lagers Gillersdorf aufgestellt waren, hätte ich mich bestimmt in netterer und achtungsvollere Form an meine achtmonatige Dienstzeit in diesem Lager erinnert. Wünschen wir der Gesellschaft, der Bevölkerung bei der Errichtung und Gestaltung des neuen Kur- und Heilbades viel Erfolg und hoffen wir, daß im kommenden Landesvoranschlag für das Jahr 1977 unter dem Ansatz 57 „Heilvorkommen und Kurorte“ bereits ein achter steirischer Kurort aufscheint und daß die Menschen, die dort Heilung und Linderung suchen, diese auch finden mögen. (Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Jamnegg. Ich erteile es ihr.

Abg. Jamnegg: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Herr Landesfinanzreferent, Landesrat Doktor Klausner, hat sich in seiner Budgetrede erstmals ausführlicher auch mit der finanziellen Problematik der Spitäler auseinandergesetzt und dabei festgestellt, daß wir bei der Krankenanstaltenfinanzierung auf dem bisherigen Weg zu keinem Ziel kommen würden, daß eine Gegenüberstellung der Ziffern zeige, daß es in Zukunft so nicht weitergehen könne. Der Herr Landesrat sagte auch, daß neue Lösungen nicht mit einem Achselzucken von der Diskussion ausgeschlossen werden könnten. Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn ich an die Debatten denke, die wir in den letzten Jahren gerade zu diesem Problem hier im Hohen Haus geführt haben, dann ist es klar, daß diese offenen und mahnenden Worte des Herrn Landesfinanzreferenten, die er hier deponiert hat, primär an die Adresse seiner eigenen Fraktion gerichtet waren. Und ich hoffe, daß es ihm gelingt, in seiner Fraktion in dieser speziellen Frage ein neues Verständnis zu wecken, um das wir seit Jahren schon ringen. Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß es langsam wohl jedem klar sein muß, daß die Problematik der permanenten Kostenexpansion im Spitalsbereich in diesem Ausmaß nicht länger beiseite geschoben werden

kann. Bisher jedenfalls waren immer — erlauben Sie mir, das offen auszusprechen — nur lapidare Feststellungen zu hören. Wir fragen nicht, was ein Menschenleben kostet, als ob, meine Damen und Herren, mit einer solchen Floskel auch nur ein Schilling für die Finanzierung unserer Spitäler und damit für die Versorgung jener, die in diesen Spitälern Hilfe suchen, gesichert werden könnte. Daß unsere Sorge um die Sicherstellung der Finanzierung der Krankenanstalten und die Vorausschau, die wir hier seit Jahren schon angestellt und vorgebracht haben, mehr als berechtigt war, beweisen die rasant ansteigenden Abgänge in unseren Spitälern. Im Jahre 1969 hatten wir bei den Krankenanstalten zu Lasten des Landes einen Abgang von 226 Millionen Schilling, 1970 von 320 Millionen und für 1976 sind wir nach einer exorbitanten Entwicklung in den letzten Jahren im ordentlichen Haushalt bei einem präliminierten Abgang von 701,714.000 Schilling angelangt, dazu kommen weitere 150 Millionen Schilling im außerordentlichen Haushalt.

Meine Damen und Herren, es gibt kein Bundesland und keinen anderen Landeshaushalt in Österreich, der in einer nur annähernden Größenordnung solche Summen ausweist wie die Steiermark. In Oberösterreich sind es beispielsweise 280 Millionen Schilling, in Niederösterreich sind es sogar weniger, die Hauptlast tragen nämlich in allen anderen Bundesländern die Gemeinden. Dennoch, meine Damen und Herren, bewegt heute angesichts eines Gesamtdefizits der Spitäler in einer Größenordnung von über 3 Milliarden Schilling alle Bundesländer vorrangig die Frage, wie es denn mit der Spitalsfinanzierung überhaupt weitergehen soll. Es ist jedem klar, daß es zu einer Neuordnung der Spitalsfinanzierung kommen muß. Aber die Bundesregierung, die für eine solche Neuordnung ja zuständig wäre, hat zur Lösung dieses Problems bisher jedenfalls überhaupt nichts getan. Der Herr Finanzminister schiebt die Probleme einfach auf die Länder ab und der Frau Gesundheitsminister ist bisher in dieser Frage auch nichts eingefallen. Wir haben im Zusammenhang mit der Finanzierung der Spitäler immer wieder verlangt, daß der Bund hier ein höheres Maß an Mitverantwortung übernimmt. Geschehen ist das Gegenteil, meine Damen und Herren. Denn die Zweckzuschüsse des Bundes zu den Spitälern wurden für das Jahr 1976 gegenüber den Jahren 1974 und 1975 sogar um 25 Prozent gekürzt. Insgesamt gibt der Bund für den Bereich der Gesundheit, für den Bereich der Spitäler weniger für ganz Österreich aus, als unser Spitalsabgang allein in der Steiermark ausmacht. Vor fünf Jahren, meine Damen und Herren, hat der heutige Bundeskanzler mit mächtigem Propagandaaufwand den Kampf gegen das Sterben vor der Zeit angekündigt. Was ist aus diesem Kampf geworden, möchte ich Sie fragen. Unter zusätzlichem Schreibtisch- und Verwaltungsaufwand hat man ein Gesundheitsministerium installiert, dessen mangelnde Effizienz sowohl innerhalb als auch außerhalb der SPÖ ein offenes Geheimnis ist. Man hat zwar einen Bundesspitalsplan erstellt, doch gibt es für diesen weder Angaben über den Finanzierungsbedarf noch Angaben über die Finanzierungsmöglichkeiten. Das-

selbe gilt auch für die zweite Novelle zum Krankenanstaltengesetz. Und, meine Damen und Herren, solange die Bundesregierung einen solchen Finanzierungsplan nicht vorlegt und die nötigen Mittel nicht zur Verfügung stellt, solange bleiben sowohl der Bundesspitalsplan als auch die zweite Novelle zum Krankenanstaltengesetz nicht mehr als Attrappen und handelt es sich nicht um Reformen, wie man das lautstark angekündigt hat, sondern solange das Geld dafür nicht zur Verfügung gestellt wird, bleiben das eben nur Scheinreformen. Da wurden dann unter dem Vorwand des finanziellen Aufwandes für die Gesundheit die Alkoholsondersteuer verlängert, mehrmals Zigarettenpreiserhöhungen vorgenommen, eine Zweckbindung aber, meine Damen und Herren, so wie wir das verlangt haben, ist abgelehnt worden und auch ausgeblieben. So sind die zusätzlichen Einnahmen nicht dem Gesundheitsbereich zugeflossen, sondern sonst irgendwo in den Taschen des Herrn Finanzministers versickert. Trotz der Ankündigung und trotz der Versprechen der Bundesregierung auch im Plenum des Nationalrates, die Finanzierung der Spitäler bis 31. Dezember dieses Jahres — bis 31. Dezember 1975 — auf eine neue Grundlage zu stellen, ist bis heute nichts geschehen. Wenn unser zuständiger Spitalsreferent, Herr Landeshauptmannstellvertreter Sebastian, vor kurzem im Finanz-Ausschuß gemeint hat, nachdem wir das Problem zur Sprache gebracht haben, ja, dafür gäbe es halt kein Rezept, so kann ich nur wiederholen, was ich dort schon gesagt habe: Wenn man die Vorsorge für und in den Spitälern weiter sichern will, wird man sich mit einer fatalistischen Feststellung dieser Art sicher nicht abfinden dürfen. Es ist vielmehr, meine Damen und Herren, höchste Zeit, daß alle Verantwortlichen, und zwar alle Verantwortlichen des Bundes, der Länder, aber auch alle Verantwortlichen der Sozialversicherungsträger, sich zusammensetzen, um gemeinsam ein Konzept für eine Neuordnung der Spitalsfinanzierung zu erarbeiten. Hier bedarf es, meine Damen und Herren, einer großangelegten Konzeption, kosmetische Retuschen, so wie man versucht hat, sie bisher vorzunehmen, genügen hier einfach nicht mehr.

Nun zum Lande selbst: Auf die steirische Spitalsplanung, meine Damen und Herren, warten wir seit acht Jahren. Der Herr Abgeordnete Gratsch ist jetzt leider nicht da, sonst hätte ich ihm gerne gesagt — ich will nun nicht dasselbe tun, was er gestern hier im Zusammenhang mit dem Landesentwicklungsplan versucht hat, ich will also nicht in einer chronologischen Abfolge hier die vielen Urgenzen aufzählen, die wir auch im Zusammenhang mit dem Landesspitalsplan vorgebracht haben, denn das würde längere Zeit in Anspruch nehmen — als der gestrige Ausflug des Herrn Abgeordneten Gratsch im Zusammenhang mit dem Landesentwicklungsplan —, daß wir wie gesagt schon acht Jahre auf diesen Landesspitalsplan und auf die Vorlage dieses Planes im Hohen Haus warten. Dies ist immerhin ein Zeitraum, in dem ansonsten die Realisierung einer Planung vor sich geht. Aber auf die steirische Spitalsplanung, meine Damen und Herren, will ich heute gar nicht näher eingehen, zumal ja jetzt doch die berechnete Aussicht besteht, daß

dieser Plan — so wurde es uns jedenfalls jetzt fix versprochen — demnächst dem Landtag und dem Gesundheits-Ausschuß zur Beratung und zur Beschlußfassung zugeleitet werden wird. Wir werden also dann noch Gelegenheit haben, ausführlich über diesen Plan zu sprechen.

Heute möchte ich dazu nur so viel sagen: Wir beschließen hier für die Spitäler Ausgaben in der Höhe von 2 Milliarden 182 Millionen Schilling im ordentlichen Haushalt und Ausgaben im außerordentlichen Haushalt von 150 Millionen Schilling. Wir beschließen diese gigantischen Summen, ohne den Spitalsplan zu kennen, meine Damen und Herren! Und hier glaube ich doch, feststellen zu dürfen, daß hier der Landtag in gewisser Weise präjudiziert wird. Es bleibt uns dann, im Endeffekt — selbst wenn wir, was die Prioritäten anlangt, die ja im Zusammenhang mit einem solchen Plan auch gesetzt werden müssen, zu einer anderen Auffassung kommen sollten als etwa das zuständige Ressort —, gar nichts anderes übrig, als den derzeit vorgegebenen Prioritäten ebenfalls zuzustimmen. Für meinen Geschmack ist das eine höchst unbefriedigende Sache.

Nun liegen von den Abgeordneten für den Ausbau und für die Modernisierung der Spitäler eine Reihe von Anträgen vor. Auch wir haben natürlich gewisse Vorstellungen über die Prioritäten, die in den nächsten Jahren zu setzen sind. Die Meinung des Ressorts aber zu all den Anträgen, die hier eingebracht worden sind, kennen wir bisher noch nicht, wie es ja überhaupt — und gestatten Sie mir auch hier ein offenes Wort — zu den Gepflogenheiten dieses Ressorts gehört, daß Anträge, die Abgeordnete hier im Hohen Haus einbringen, von diesem Referat einfach ignoriert werden und daher auch nicht mehr in Form von Regierungsvorlagen, wie das sonst üblich ist, in den Landtag zurückkommen, um hier beraten zu werden. Frau Abgeordnete Hartwig, ich habe mir die Mühe gemacht und habe herausgeholt, daß in der Zeit ab 1971 21 wichtige, sehr wichtige Anträge mit der Zuständigkeit der Rechtsabteilung 12, die Spitäler betreffend, in das Hohe Haus eingebracht worden sind, die Resolutionsanträge, die wir alljährlich zum Budget einbringen, gar nicht mitgerechnet. Kein einziger dieser Anträge, meine Damen und Herren, wurde jemals wieder dem Hohen Landtag zugeleitet, und wir haben daher auch keine Gelegenheit gehabt, darüber zu beraten oder diese Anträge zu behandeln. Ich glaube doch, daß das eine Nichtachtung des Landtages ist, und ich habe es für notwendig erachtet, diese mir wichtig scheinende Frage auch hier im Hohen Haus einmal zur Sprache zu bringen; wie ja überhaupt, und wir bedauern das sehr, bisher jedenfalls, und ich wiederhole ausdrücklich bisher jedenfalls, der Informationsfluß vom Ressort her eher zähflüssig war. Ich hoffe aber, daß sich das in der nächsten Zeit und vor allem in Zukunft bessern wird, nachdem wir — und ich stelle das gerne fest — nun grundsätzlich übereingekommen sind, demnächst im Ausschuß für Gesundheit und Umweltschutz auch über die Fragen der Spitäler spezielle Beratungen abzuhalten, so wie wir das — und ich habe mir erlaubt, im Aus-

schuß als Vorsitzende das vorzuschlagen — vor kurzem erst für den Bereich Umweltschutz in Form einer Beratung mit Fachexperten, allen voran mit dem Herrn Landeshygieniker Univ.-Prof. Dr. Möse, schon praktiziert haben. Im Ausschuß haben wir auch das Einvernehmen zwischen den Fraktionen darüber erzielt, daß die Anträge — das war ein Erfolg einer solchen Beratung — auf Errichtung zusätzlicher Einrichtungen, wie etwa auf Errichtung eines Umweltschutzbeirates, fallengelassen werden können, weil nach nunmehr übereinstimmender Meinung diese Aufgabe auch der Ausschuß für Gesundheit und Umweltschutz erfüllen kann. Mit gleicher Effizienz soll, und das hoffen wir jedenfalls, der Ausschuß auch — und hierüber wurde im Grundsätzlichen auch das Einvernehmen sowohl mit den Abgeordneten als auch mit dem Herrn Referenten hergestellt — für die Spitäler wirksam werden.

Unbestritten ist, meine Damen und Herren, ich möchte das zum Schluß sagen, daß in unseren Spitälern Hervorragendes geleistet wird, aber ebensowenig kann bestritten werden, daß in diesem riesigen und so komplex gelagerten Bereich eben vieles auch im argen liegt. Es ist ein umfangreiches Paket von Fragen, die hier zu behandeln sind und abgeklärt werden müssen, Vorstöße, wie etwa beispielsweise der Stadt Hartberg, die der Herr Abgeordnete Lind gerade früher vorgebracht hat, und die die Hartberger Bevölkerung und den ganzen Einzugsbereich dort wirklich bewegen. Solche Vorschläge zum Bau eines Krankenhauses Hartberg wird man natürlich nicht nur anhören, sondern auch behandeln müssen.

Vordringlich für eine spezielle Beratung ist für uns auch die Frage, um nur einige wenige Beispiele herauszuholen, in welcher Größenordnung eine Klinik oder ein Spital überhaupt noch überschaubar ist. Hierauf müßte, glaube ich, der ganze Bereich „steirische Krankenanstalten“ überprüft werden. Ich möchte als Beispiel hier nur die Frauenklinik herausnehmen, mit einem Bettenbelag von 443, einer Monstergröße also, die so ziemlich einzigartig in Europa dastehen wird. Hier stellt sich die Frage, ob es im Interesse der Patientinnen nicht notwendig wäre, diese Klinik zu teilen. Das wäre für den Klinikbetrieb selbst von Vorteil, vor allem aber, meine Damen und Herren, für die Frauen in Graz und für die vielen Frauen aus dem Einzugsbereich um Graz, aus der südlichen Steiermark, Weststeiermark, Oststeiermark usw. Für die Frauen, die damit auch zu einer größeren Ärzteauswahl in diesem Fachbereich kommen könnten, ein Faktum, das von vielen Frauen immer wieder gewünscht und urgiert wird. Heute ist es ja schon so, daß gar nicht so wenige Frauen von Graz nach Leoben und nach Bruck in die dortigen Krankenanstalten fahren, um dort Hilfe in Anspruch zu nehmen, weil sie eben auf diese Weise eine größere Arztauswahl haben. Nun, eine Teilung der Frauenklinik in eine Klinik und wie wir uns das vorstellen könnten, in ein landschaftliches Primariat wäre daher unserer Auffassung nach anzustreben, im Interesse einer besseren Überschaubarkeit, im Interesse der dort arbeitenden Ärzte und Schwestern und natürlich insbesondere im Interesse der Frauen. Dringend abzu-

klären wäre auch das Problem der Überfüllung unserer Spitäler und der Kollege Lind hat im Zusammenhang mit dem Krankenhaus Hartberg das Problem hier behandelt. Die Überfüllung unserer Spitäler ist trotz der Tatsache einer weit über dem internationalen Durchschnitt liegenden Bettenkapazität ein Zustand, der immer ärger wird und der viele Patienten, die unter diesen Umständen in den Krankenanstalten untergebracht werden müssen, auch stark belastet. In diesem Zusammenhang ist es notwendig, sich verstärkt mit den Fragen der Verweildauer und der Einrichtung auch von Spezialabteilungen, wie wir das auch schon lange für die Geriatrie, für Langzeitkranke und für die Rehabilitation gefordert und urgiert haben, zu beschäftigen. Beantragt wie gesagt haben wir das schon vor Jahren. Und zu beschäftigen hätten wir uns auch — hier hat der Kollege Lind schon darauf hingewiesen und ich kann es daher ganz kurz machen — mit der Frage des Ausbaues der Hauskrankenpflege. Diese Einrichtung steckt noch in den Kinderschuhen, aber es sind immerhin erste Ansätze da. Die Hauskrankenpflege könnte die Spitäler entlasten, weil durch eine entsprechende ärztliche und pflegerische Versorgung zu Hause viele Patienten schon gar nicht erst in ein Spital eingewiesen werden müßten, oder aber die Nachbehandlung in Zusammenarbeit zwischen Arzt und Krankenschwester auch zu Hause durchgeführt werden könnte. In bestimmten Fällen jedenfalls könnte damit ein längerer Spitalsaufenthalt zumindest verkürzt werden.

Nun, wir haben vorgeschlagen und in einem Antrag das konkretisiert, daß Verhandlungen mit den Sozialversicherungsträgern eingeleitet werden sollen, damit die Sozialversicherungen hier Kostensätze für die Hauskrankenpflege übernehmen. Das käme immerhin noch billiger als die Verpflegungskostensätze, die in den Spitälern dafür zu leisten sind. Ich habe nur einige wichtige Fragen herausgegriffen, es gibt darüber hinaus noch eine Reihe anderer wichtiger Fragen in unseren Krankenanstalten, die eben, wie gesagt, einer besonderen Beratung bedürfen. Die Abgeordneten des Ausschusses haben einvernehmlich den Wunsch angemeldet, sowohl mit dem Herrn Referenten, Herrn Landeshauptmannstellvertreter Sebastian, als auch mit Fachexperten über die Fragen des Spitalsbereiches zu diskutieren und ich hoffe sehr, Herr Landeshauptmannstellvertreter, daß wir zu Beginn des kommenden Jahres zu einem möglichst frühen Termin das Einvernehmen finden können. (Beifall bei der ÖVP.)

Dritter Präsident Feldgrill: Ich erteile dem Abgeordneten Brandl das Wort.

Abg. Brandl: Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Umweltschutz und seine vielfältigen Probleme rücken immer stärker in das Blicklicht der Öffentlichkeit. Ich möchte dazu einige Überlegungen anstellen. Ich möchte aber zuerst sagen, daß ich infolge der späten Stunde meine Überlegungen so kurz wie möglich gestalten werde. Die Meinungen in der Bevölkerung zur Bewältigung der Umweltschutzprobleme sind sehr unterschiedlich. Sie rei-

chen von einem Extrem in das andere. Es gibt Mitbürger, die nichts sehen oder nichts sehen wollen, die so tun, als wenn es auf diesem Gebiet nichts gäbe, und es gibt viele andere, die die Technik und unseren derzeitigen Wohlstand und die Auswirkungen der Technik als Wurzel allen Übels ansehen. Was noch schwieriger ist, meine sehr geehrten Damen und Herren: Es gibt sehr viele Zeitgenossen, die alle Vorteile der technischen Zivilisation ausnützen, für sich anwenden und die gleichzeitig alles tun, die Leistungsgrundlagen dieser technischen Zivilisation in Frage zu stellen. Solche Einstellungen bewegen sich in sehr vielen Bereichen und kommen am allerdeutlichsten in den Bürgerinitiativen zum Ausdruck, wenn es irgendwo um die Regelung eines Problems geht. Die entscheidende Frage stellt sich daher für uns, ob es hilft, daß wir mit Rückschritt gegen die Nachteile des Fortschritts ankämpfen können. Ich glaube, hier liegt ein sehr großer Widerspruch drinnen, weil es ganz einfach nicht möglich ist, die Auswirkungen des Wohlstandes auf der einen Seite zu verdammen und andererseits die Vorteile aus dieser Entwicklung für sich in Anspruch zu nehmen und zu genießen. Ein Beispiel ganz extrem ausgesprochen: Unsere Mur könnte aller Voraussicht nach reiner sein, wenn wir unsere Papierfabriken, unsere Zellulosefabriken zusperren würden. Die Mur würde reiner sein, das ist richtig, aber es würde dann das eintreten, was Professor Möse schon ein paarmal vor der Öffentlichkeit gesagt hat: Es hätte wenig Sinn, wenn Arbeitslose an glasklaren Gewässern unserer Flüsse spazieren gehen könnten. Ich glaube, so können wir diesem Problem nicht beikommen. Die Lösung im Umweltschutz muß daher auf einen Interessensausgleich abgestellt werden und es gibt viele Beweise dafür, daß Fortschritt und Umweltschutz miteinander vereinbar sind. Entscheidend wird sein, was immer wieder allgemein anerkannt, aber in der Wirklichkeit anscheinend schwer durchzusetzen ist, daß wir allgemein ein besseres Umweltbewußtsein brauchen, daß die Menschen besser verstehen, daß sie selbst, jeder Einzelne, auf seinem Platz beitragen müssen, um in den vielfältigen Bereichen zu Verbesserungen zu kommen und daß wir erst dann von der Allgemeinheit her bessere Erfolge erreichen werden, wenn dieses Umweltbewußtsein in unserem Lande größer wird.

In den Umweltperspektiven der Steiermark, die vor einiger Zeit herausgekommen sind, sind zwei sehr gute Sätze drinnen. Ich möchte sie Ihnen hier vortragen: „Umweltschutz ist die Summe dessen, was jeder von uns beiträgt, die Umwelt zu verbessern, zumindest aber nicht weiter zu zerstören. Umweltverschmutzung ist somit das Produkt aller Unterlassungen und fortgeführten Fehler.“ Und hier stellt sich für uns, meine sehr geehrten Damen und Herren, im Landtag die Frage, was wir als Landespolitiker zu einem besseren Umweltschutz beitragen, und es stellt sich natürlich auch die Frage, was wir als Landespolitiker unterlassen. Wir wissen, weil wir selbst die Vorbereitungen und Beschlußfassungen getroffen haben, daß in der letzten Zeit sehr viele Gesetze im Zusammenhang mit dem Umweltschutz beschlossen wurden, daß es

auch grundsätzliche Beratungen in dieser Richtung gegeben hat. Ausgelöst wurden diese Beratungen durch einen Antrag meiner Parteifreunde vom 15. April 1975, wo umfassende Maßnahmen zum Umweltschutz in der Steiermark verlangt wurden und wo dann eine Regierungsvorlage uns als Antwort übermittelt wurde. Diese Regierungsvorlage haben wir nun einmal — ich möchte es so sagen — als etwas zuviel Eigenlob empfunden und etwas zuviel als Darstellung einer heilen Umwelt empfunden. Es hat dann längere Diskussionen im Ausschuß gegeben. Wir haben beantragt, daß es vernünftig und richtig wäre, wenn wir uns zu einem solch umfassenden Problem als Abgeordnete besser informieren lassen könnten, daß wir zu Expertengesprächen kommen, daß uns die Fachleute aus den verschiedenen Abteilungen der Landesregierung beraten, weil es letzten Endes entscheidend ist, wenn wir dann Maßnahmen treffen, dann müssen wir doch vorher informiert sein, wie die Dinge im gesamten liegen, wie die Vorbereitungen auf diesem Gebiet ausschauen. Dieser Antrag ist einstimmig angenommen worden. (Abg. Dr. Eichtinger: „Kollege Brandl, die Kollegin Jamnegg hat das beantragt!“) Nein, ich darf schon sagen, der Antrag ist einstimmig angenommen worden. Wir sind sehr froh, Herr Kollege Eichtinger, wir sind sehr froh. Denn wenn es nach Ihnen gegangen wäre — Ihr Nachbar, der Herr Kollege Eberdorfer, der war ja der Meinung, daß wir abstimmen sollten —, hätten wir mit Mehrheit dieser Vorlage zugestimmt und das hätte bedeutet, daß wir die Umweltschutzdiskussion vom Ausschuß weggehakt und sie wahrscheinlich ins Haus verlagert hätten. (Abg. Dr. Eichtinger: „So wars nie!“) Aber, Kollege Eichtinger, es war dann der Großteil Ihrer Kollegen der Auffassung, es ist besser, darüber zu diskutieren und wir sind dann zu dem sehr vernünftigen Ergebnis gekommen, daß wir doch diese Gespräche fortsetzen und daß wir uns nun mit den verschiedensten Problemen, die aus dem Umweltschutz herauskommen, echt beschäftigen können und daß uns auch die Fachleute zur Verfügung stehen. Ein solches Gespräch mit Professor Möse hat bekanntlich stattgefunden und Herr Hofrat Gangl und einige andere Herren haben berichtet. Ich glaube, das ist sehr entscheidend und ist ein gutes Beispiel dafür, daß wir in Zukunft eine bessere Politik machen können. Ich möchte noch einmal — und das sehr deutlich — hier im Hause sagen: Es ist überhaupt eine grundsätzliche Frage, daß es sinnvoller und zweckmäßiger wäre, wenn wir als Abgeordnete mehr an Information bekommen würden. Wir müssen ja letzten Endes in den vielen Fragen entscheiden, und wir werden ein bißchen zu wenig von der Regierung her informiert. Auch das möchte ich einmal ganz offen aussprechen, das ist meine Meinung, ich nehme an, einige werden ihr zustimmen. (Beifall. — Abg. Gerhard Heidinger: „Ich bitte, das im Protokoll zu vermerken. Das ist eine Demonstration!“) Weitere Beratungen sind vereinbart worden und wir hoffen, daß wir sowohl auf dem Gebiete des Umweltschutzes als auch auf dem Gebiete der Gesundheit, was die Frau Kollegin Jamnegg angeführt hat, zu echten Ergebnissen kommen werden.

Nun zu einem besonderen Problem, das mit dem Umweltschutz zusammenhängt und das derzeit eines der vordringlichsten Probleme ist: die Müllbeseitigung in unserem Lande. Wir haben bekanntlich voriges Jahr ein neues Abfallbeseitigungsgesetz beschlossen, es ist bestimmt eines der besten, modernsten Gesetze, die wir derzeit in Österreich auf dem Gebiet haben, aber die entscheidende Frage, meine sehr geehrten Damen und Herren — ein Gesetz allein bringt uns noch nichts —, ist, wie es nun weitergehen soll. Denn wenn wir einerseits, wie uns gesagt wird, rund 2000 wilde Müllhalden im Lande haben, und wenn andererseits Bestrebungen das Problem mit einer Zentraldeponie — das ist jetzt das andere Extrem — für das ganze Land zu lösen, wie mit dem Karlschacht und in weiterer Folge auch in Jennersdorf gescheitert sind, dann ergibt sich tatsächlich für uns das echte Problem, daß wir dabei wertvolle Zeit verloren haben und daß wir allerhöchste Zeit hätten, daß wir diese Probleme in den Griff bekommen. (Abg. Buchberger: „Da müssen wir halt als Bürgermeister selbst auch sehr aktiv sein!“) Nein, Kollege Buchberger, so einfach ist das nicht. Wenn in der Öffentlichkeit und in der Presse breitest darüber geschrieben wird, daß Versuche da sind, die Müllbeseitigung für das ganze Land zu lösen, dann ist es selbstverständlich, daß sich Kommunalpolitiker darauf verlassen. Es erhebt sich daher die Frage, ob es noch einen Sinn für uns hat, etwas anzufangen? Da muß auch vom Land her eine gewisse Vorsorge getroffen werden. (Abgeordneter Buchberger: „Da muß eben ein Bürgermeister eigene Überlegungen anstellen!“ — Abgeordneter Zinkanel: „Du kannst doch nicht bei jedem Dorf einen Misthaufen machen!“ — Abgeordneter Buchberger: „Es können sich fünf, sechs zusammmentun!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.) Meine Damen und Herren, es gibt durchaus aner kennenswerte Bestrebungen, in gewissen Regionen mit diesen Problemen zurande zu kommen. Aber wir müssen ja für das gesamte Land denken. Es ist uns in dem Gespräch berichtet worden, daß schon seit einiger Zeit Pläne vorliegen, wie man, ich glaube in insgesamt elf oder zwölf Regionen in der Steiermark, nun die Müllbeseitigung in unterschiedlicher Form — darauf brauche ich nicht näher eingehen — regeln könnte. Es wird wiederum jetzt eine schwierige Frage werden. Ich gebe durchaus zu, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß vielleicht Halbenrain — es wurde in jüngerer Zeit darüber geschrieben, daß angeblich auch schon eine wasserrechtliche Verhandlung stattgefunden hat — eine Möglichkeit für eine regionale Lösung sein kann. Das wäre als Beispiel für eine regionale Lösung möglich. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer: „Keine Utopie!“) Habe ich nicht gesagt! (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer: „Haben Sie gesagt!“) Utopie habe ich gesagt, wenn es eine Lösung für das gesamte Land wird, Herr Kollege. Das ist das Problem, nichts anderes. Wenn also Graz in allernächster Zeit eine Regelung braucht, dann wird es wahrscheinlich dort hinunter verhältnismäßig leichter sein. (Abg. Nigl: „Brandl, was sagst Du zu einer Seilbahn über den Seeberg?“ — Abgeordneter Dr. Eichtinger: „Nicht von Sankt Sebastian aus!“) Zu vernünftigen Dingen sage ich

immer ja. Wenn Du mich aber einen solchen Blödsinn fragst, muß ich nein sagen, das ist selbstverständlich. (Abg. Stoisser: „Bitte, was ist vernünftig?“) Meine sehr geehrten Damen und Herrn, das Problem wird jetzt darin liegen, wenn also Halberrain beispielsweise als regionale Lösung zustande kommen würde und wenn das so vor sich geht, daß dies auf privater Basis aufgebaut würde und daß sich dann einzelne Gemeinden dort anschließen könnten, dann wird wiederum die Frage sein, wie wir dann zu vernünftigen, regionalen Lösungen in der gesamten Steiermark kommen werden. Es wird nicht möglich sein, daß sich einige herauslösen und dort mittun und daß wir kreuz und quer das Durcheinander haben. Das wird nicht gehen und das wird eines der Probleme werden, wo wir in Zukunft sehr viel noch zu diskutieren haben und wo wir praktische Lösungen finden müssen — es wird gar nicht anders möglich sein —, die von den Fachleuten, von den Wissenschaftlern, vorbereitet werden und dann von den Verantwortlichen, von den Politikern auch durchgesetzt werden müssen. Es werden sinnvolle Lösungen sein müssen und ich sage noch einmal, es wird eine zentrale Deponie, so wünschenswert das wäre (Abg. Dr. Eichinger: „Wird es nicht geben!“), und ich gebe auch zu, soweit das auch im Ausland in dieser Größenordnung praktiziert worden ist, bei uns auf Grund unserer besonderen Probleme kaum möglich sein. Regionale Lösungen werden daher auf diesem Gebiet sinnvoller sein, nur dürfen wir nicht mehr zu lange zuwarten. Wir brauchen hier ein klares Konzept, damit wir mit den Problemen zurande kommen.

Ein zweites Problem ist die Abwasserbeseitigung. Rund 50 Prozent der steirischen Bevölkerung oder Haushalte, müßte man eigentlich sagen, sind ja an Kläranlagen angeschlossen, aber die restlichen 50 Prozent müssen erst in dieser Art und Weise saniert werden. Sehr entscheidende Verbesserungen wären hier notwendig und dabei ist es auch die grundsätzliche Frage, daß der Wasserwirtschaftsfonds überfordert ist, da ganz einfach derart viele Anträge beim Wasserwirtschaftsfonds liegen und daß es auch nicht damit abgetan sein kann, ganz einfach zu sagen, der Bund muß halt mehr Geld in den Wasserwirtschaftsfonds hineingeben. Man muß neue Finanzierungsmöglichkeiten dafür finden, weil dann, wenn man nun eine bessere Umwelt haben will, jeder einzelne von uns etwas beitragen muß. Dann sind wir erst imstande, die vorgesehenen Projekte zu verwirklichen. In der Steiermark ist es so, daß, wenn ich es im großen sage, der Mürzverband vorbildliche Arbeit, Herr Kollege Eichinger, geleistet hat. (Abg. Aichhofer: „Weil der Eichinger oben ist!“) Da kann er nichts dafür. (Abg. Dr. Eichinger: „Sie können auch nichts dafür!“) Bis Ende 1975, glaube ich, sind 150 Millionen Schilling verbaut worden. Es handelt sich um zwei Großkläranlagen in Langenwang und in Kapfenberg und zwei weitere Großanlagen kommen in diesen Raum noch hinein. Gewisse Fortschritte werden auch an der Mur erreicht, das erste Großprojekt ist ja bekanntlich in Angriff genommen worden und wenn es gelingt, gerade bei den Papier- und Zellulosefabriken die Bemühungen fortzusetzen,

wird es ja doch langsam zu einer entsprechenden Verbesserung kommen.

Ein drittes Problem will ich noch ganz kurz streifen, damit ich das halte, was ich einleitend versprochen habe. In der Steiermark gilt noch immer das Reichsnaturschutzgesetz. Wir haben Jahre hindurch gedrängt, zu einem neuen Gesetz zu kommen. Wir haben einen Initiativantrag eingebracht und ich glaube, Herr Kollege, dieser Initiativantrag hat beigetragen, daß es doch etwas rascher zu einer Regierungsvorlage gekommen ist, die vor kurzem aufgelegt wurde. (Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Da war schon alles fertig!“) Es wird Möglichkeiten geben, über den Entwurf dieses Naturschutzgesetzes dann ausreichend zu beraten, denn gerade im Naturschutzgesetz sind sehr viele Probleme zu regeln, die einer besseren Umwelt dienen, die vor allem der Erhaltung unserer Umwelt dienen und die somit beitragen, in unserem Lande gerade auf dem Gebiet entsprechende Verbesserungen zu erreichen.

Abschließend darf ich sagen, daß eben Umweltverschmutzung das Produkt von Unterlassungen und fortgeführten Fehlern ist. Ich möchte hier nur an die Damen und Herren des Hohen Landtages, der gesetzgebenden Körperschaft appellieren, daß dieser Satz uns nicht auch in späterer Zeit zum Vorwurf gemacht werden sollte. Unterlassen wir nicht die notwendigen Maßnahmen, tun wir alles, um mit den Umweltschutzproblemen in unserem Lande fertig zu werden. (Beifall bei der SPO.)

Präsident: Das Wort erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Stepantschitz.

Abg. Dr. Stepantschitz: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Der Abgeordnete Lind hat gesagt: „Die Gesundheit ist das wichtigste.“ Ich nehme diesen Appell sehr ernst und werde alles tun, daß Sie zu dieser späten Stunde diesen Saal mit der schlechten Luft möglichst bald wieder verlassen können. Ich werde also sehr kurz reden, entschuldigen Sie bitte, wenn ich nur schlagwortartig einige Daten hier anzubringen versuche.

Zur Organisation: Man kann nicht alles überall machen. Trotz Gesundheitsministerium fehlt uns noch eine echte österreichische Gesamtplanung. Der Herr Landeshauptmann weiß genau, was ich meine. Es gibt einmal besonders schwierige Einrichtungen und Untersuchungsmöglichkeiten, die unerhört geld- und personalaufwendig sind und Österreich ist keine Großmacht. Wir können uns also in der Relation nicht mehr leisten als andere Staaten. Das Spital ist rationeller zu führen als bisher! Ich weiß, das ist sehr leicht ausgesprochen, ich behaupte auch nicht, daß etwas absichtlich versäumt wurde. Aber schlagwortartig: Zusammenarbeit mit der Hauskrankenpflege, die Gott sei Dank jetzt beginnt, und zwar auf zwei Ebenen, als Hauskrankenpflege und auch als Alterspflege, wie der Kurs bereits läuft! Bessere Zusammenarbeit mit den Ambulatorien und vor allem auch Überlegungen, wo was gemacht wird auch im Bereich der einzelnen Krankenhäuser! Ich halte es für nicht richtig, daß etwa in Graz derzeit an drei

Stellen Isotopenuntersuchungen durchgeführt werden. Das ist aus mehreren Gründen nicht zweckmäßig, nicht zuletzt auch wegen der Abfälle.

Ein anderes Problem ist die Bezahlung der Ärzte. Schauen Sie, wenn von Bezahlung geredet wird, also bei Künstlern oder Sportlern, da ist man großzügig, bei Politikern ist das schon viel kritischer, wie wir wissen. Bei den Ärzten, wir sind da so mittendrin, das sieht man also schon ein, daß sie ein bisserl mehr kriegen als die anderen — man hat vielleicht ein gewisses Abhängigkeitsgefühl im Krankheitsfall — aber es gibt auch hier natürlich Neidkomplexe und ich behaupte auch gar nicht, daß es nicht auch Dinge gibt, die in der Relation zu dem Einkommen etwa eines Arbeiters nicht mehr ganz so leicht propagandistisch zu verkaufen sind. Dennoch kann man es sicher nicht so machen wie die Gebietskrankenkasse mit ihrer Röntgenambulanz, wo ein Posten ich glaube schon ein Jahr lang ausgeschrieben ist und nicht besetzt werden kann, weil man zu den Bedingungen von etwa 8000 Schilling im Monat einfach einen Röntgenologen nicht kriegt. Der Effekt ist, daß hier Volksvermögen vergeudet wird, die Räume sind leer, es wird dort nicht gearbeitet. Also ich glaube, mit einem Schimmel, wie man ihn sonst anwenden kann, wird man nicht durchkommen, man wird schon zur Kenntnis nehmen müssen, daß der Arzt aufgrund seiner Leistung, seiner Stellung und auch aus anderen Gründen, die ich alle bereit wäre zur Kenntnis zu nehmen, irgendwo anders eingestuft werden muß als andere. Aber ich glaube doch auch, daß das derzeitige System, wie es in den Spitälern angewandt wird, nicht befriedigend ist. Ich darf Ihnen das erklären: Wir haben 3 Verpflegsklassen, im neuen Gesetz werden es theoretisch nur mehr zwei sein, praktisch wird sich nichts ändern. In der 3. Klasse bekommt der Primarius also an sich außer seinem Gehalt nichts dazu, in der 2. und 1. Klasse kann er dazuverrechnen. Er ist von Gesetzes wegen verpflichtet, alle Patienten gleich zu behandeln, das ist natürlich primär keine Gesetzespflicht, sondern primär eine Pflicht der Moral. Selbstverständlich hat der Arzt den Patienten zu sehen und nicht den Verrechnungszettel, der allenfalls danebenliegen kann oder nicht daneben liegt. Wenn nun jeder Patient an sich gleich behandelt wird, so ist also nicht einzusehen, warum man auf der einen Seite noch eine Extrarechnung ausstellen kann und auf der anderen Seite nicht, nur deshalb, weil der Patient sich damit ja nicht eine bessere Behandlung einzahlen will — denn das geht ja gar nicht, das dürfte nicht sein —, sondern weil er mehr Komfort haben will. Also soll sich der Patient den Komfort zahlen, ein eigenes Badezimmer, ein Telefon und von mir aus eine Nachtschwester, aber die ärztliche Versorgung soll in diesen Überlegungen nicht mitbegriffen sein. Ich glaube also, daß man die Bezahlung der Primärärzte völlig neu überdenken muß. Ich sehe also gar nicht ein — natürlich, jeder von uns nimmt, was er kriegt — warum ich mich da verdächtigen lassen soll, daß da und dort wieder etwas gemacht wird — die Möglichkeit gäbe es ja, man kann ja Gebührenordnungen studieren, es gibt auch Fachärzte für Gebührenordnung, habe ich mir sagen lassen. Aber warum das überhaupt?

Man soll es also entweder so machen, wie es im Unfallkrankenhaus zum Beispiel ist, wo man besondere Verträge hat und die Ärzte entsprechend bezahlt, oder wenn man sagt, es soll also antriebsfördernd sein, dann zahlt man halt für jede Leistung, die auf jeder Klasse geleistet wird, irgend etwas dazu. Auch das ist denkbar und wird in Kanada so durchgeführt, wobei ich Ihnen auch gerne eingestehen, es geht also darum, dem Primarius seinen Lebensstandard zu halten, aber es sollen auch keine unbilligen Forderungen gestellt werden. Primär ist der Arzt, glaube ich, Berufung und nicht Beruf, wenn es auch notwendig ist, ihm eine Basis zu geben. Ich glaube, wenn man ihn von Verrechnungen befreit und auf eine gesunde Existenzgrundlage stellt, wird es auch genug Ärzte geben, die der Berufung folgen und einen immer noch sehr schönen Beruf ergreifen, der auch immer noch entsprechend belohnt werden wird. Dazu nichts weiteres.

Nur ein letzter Punkt noch, Krankenhaus Graz: Der Kollege Hammerl hat in der Gruppe 0 zwei Dinge gesagt, auf die ich also doch eingehen muß. Das erste war der Hochbau, da sind wir völlig einig, da könnte man sparen. Ich sage das ja immer wieder: Beim Krankenhausbau soll man mehr auf die Krankenzimmer schauen und weniger auf die Stiegenhäuser. Ich weiß, daß da eine Antwort kommen wird, aber da sind wir uns nicht ganz einig. Und zum zweiten haben Sie gesagt — es stiert Sie halt ein bisserl die Betriebsratswahl bei den Arbeitern im Krankenhaus Graz; schauen Sie, lassen Sie uns auch einmal eine Freud', das ist ja nicht alle Tage der Fall — so ungefähr, da muß irgendwas passiert sein, weil alle Neuzugegangenen haben ÖAAB gewählt. Nun, schauen Sie, der Herr Landeshauptmann Wegart hat dazu schon etwas gesagt. Erstens einmal hat die SPO echt von ihrem vorigen Stand 54 Stimmen verloren. Also wird an dem, was Wegart gesagt hat, schon irgendwas dran sein. Und zum zweiten, es sind seit 1972 genau 154 Bedienstete eingestellt worden, es handelt sich ja im wesentlichen um Hilfsdienste im Aufräumedienst usw. wie Sie wissen, Kräfte, die man vor drei Jahren noch kaum bekommen hat. Und wer ist jetzt eingestellt worden? Ich habe das erhoben. Das sind Leute, die bei der Firma Pesch, bei Junior, bei Ankerdaten und bei Puch entlassen worden sind. Es sind alle genommen worden, es war damals noch ein Mangelbestand. Wenn Sie jetzt sagen, es sind lauter ÖAABler gekommen, ja, ich will den Spieß jetzt nicht umdrehen. (Abg. Dr. Eichtinger: „Sehr interessant!“) Aber ein bißchen auffallend ist es jetzt schon, daß gerade lauter ÖAABler auf einmal aus den Fabriken da beim Spital antreten, wenn es so wäre. Ich glaube, lassen wir das. Nehmen wir Wahlergebnisse zur Kenntnis, wie sie sind, es ist ja schließlich eine geheime Wahl und es hat sicher kein Druck geherrscht.

Nun abschließend zum Landeskrankenhaus Graz: Ich freue mich sehr, daß nach langen Bemühungen doch endlich einmal der Verkehr innerhalb des Krankenhauses Graz geregelt werden soll, daß dort ein Parkplatz geschaffen wird, wo später einmal die Zahnklinik dazugebaut werden soll, wann, wissen wir ja nicht, das ist eine Finanzierungsfrage. Ich

hoffe, daß man dann auch innerhalb des Krankenhauses den Restverkehr noch entsprechend regeln wird; vielleicht ist es doch nicht ganz richtig, wenn man sagt, weil die Straßen so eng sind, kann man keine Einbahn machen, das habe ich irgendwo gehört. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Das habe ich nicht gesagt!“) Nicht von Ihnen. Ich weiß schon, das brauchen Sie mir nicht zurückzugeben. Nur eine Anregung noch, um das Erreichen des Krankenhauses zu erleichtern: Es wäre ganz zweckmäßig, wenn die Grazer Verkehrsbetriebe eine Umstellung machen und die Linie 7 direkt vom Hauptbahnhof ins Spital führen würden und diese mit der Linie 1 tauschen, so daß die auswärtigen Besucher leichter das Krankenhaus erreichen könnten, es gibt da nämlich oft Schwierigkeiten beim Umsteigen. Zum zweiten etwas: Es wäre die Anregung zu überlegen, ob es dann, wenn der Verkehr aus dem Krankenhaus draußen ist, nicht vielleicht zweckmäßig wäre, eine Autobuslinie bis zum Kinderspital durchs Krankenhaus hinaufzuführen, um auch den auswärtigen Besuchern die Möglichkeit zu geben, das ganze Krankenhaus entsprechend zu erreichen.

Meine Damen und Herren, ich habe nur einige Punkte herausgegriffen von vielen Anliegen, die wir auf dem Spitalssektor haben, wir werden ja demnächst ein Distriktsärztegesetz ins Haus bekommen und wir werden über den Spitalsplan reden und ich darf sagen, ich bin darauf schon vorbereitet. Ich werde Ihnen das andere dann erzählen, und Sie werden es vielleicht auch anhören müssen oder werden hinausgehen, aber ich glaube, für heute genügt es, wenn ich mich bei Ihnen bedanke, daß Sie zu so sehr später Stunde so furchtbar liebenswürdig, aufmerksam und ruhig waren; vielleicht haben Sie mich dadurch verleitet, doch etwas länger zu reden, als ich wollte. Dafür bitte ich um Entschuldigung. Aber ich werte Ihr Interesse nicht auf mich, sondern nehme zur Kenntnis, daß es allen in diesem Haus sehr ernst ist um alles, was die Gesundheit des Volkes betrifft. Ich danke schön. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Das Wort erteile ich dem Herrn Abgeordneten Loidl.

Abg. Loidl: Meine Damen und Herren!

Von Jahr zu Jahr wird bei der Behandlung der Gruppe „Gesundheitswesen“ unsere Sorge, ich glaube, ich kann sogar sagen, unsere Ratlosigkeit größer, wie wir mit der Kostenexplosion auf diesem Gebiet fertigwerden sollen. Daran ändert auch nichts, Frau Kollegin Jamnegg, daß man einfach sagt, na, der Bund soll zahlen. (Abg. Jamnegg: „Das Land allein kann es nicht schaffen!“) Wer immer im Bund regiert, diese Frage ist ungeheuer schwer zu lösen (Abg. Jamnegg: „Zusammensetzen muß man sich halt!“) und wahrscheinlich ist das auch der Grund, Frau Kollegin, weil wir alle miteinander eine gewisse Ratlosigkeit haben, daß die Meinungen in diesen Fragen ganz besonders heftig aufeinanderprallen. Es ist sonderbar, daß es gerade in einer Frage, bei der doch außer Zweifel steht, daß jeder das Beste will, weil für jeden die Gesundheit das höchste Gut darstellt, solche Meinungsverschiedenheiten gibt.

Welche vorrangige Stellung diese Gruppe „Gesundheit“ einnimmt, geht ja aus den von Ihnen schon erwähnten 2 Milliarden Schilling hervor; diese Grenze ist erstmals überschritten. Aber im Moment müssen wir trachten, mit den vorhandenen Mitteln und Möglichkeiten ein Maximum an Erfolg zu erreichen. Weil die Träger des Gesundheitswesens, das sind vor allem das Land Steiermark und die Krankenversicherungen, sich in einer überaus angespannten finanziellen Lage befinden, ist es geradezu ein Gebot der Stunde, überall dort zu sparen, wo dies, ohne Schaden anzurichten — das müssen wir ja auch sagen —, überhaupt möglich ist. Daß man vor allem Doppelgleisigkeiten und Leerläufe unterbindet, die Kosten verursachen.

Da möchte ich gleich auf etwas zu sprechen kommen, wo diese Doppelgleisigkeit offenbar in hohem Maße vorhanden ist. Das ist die Tätigkeit der Steirischen Gesellschaft für Gesundheitsschutz. 1970 wurde von der Ärztekammer — sprich Präsident Piaty — diese Gesellschaft gegründet und man konnte das in der Annahme begrüßen, daß hier eine Gesellschaft in selbstloser und verantwortungsbewußter Weise neue Initiativen im Interesse unserer Bevölkerung setzt. Man konnte auch dafür sein, daß das Land angemessene Förderungen bewilligt, 1975 eine Million Schilling und 4 Millionen sind bekanntlich für 1976 eingesetzt. Aus den Erläuterungen ist zu entnehmen, daß diese Beträge unter anderem für vorbeugende Gesundenuntersuchung verwendet werden sollen. Ich habe schon einmal darauf hingewiesen, daß es sich hiebei um eine glatte Doppelgleisigkeit handelt, weil diese Untersuchungen schon längst gesetzlich eingeführt sind. Aber, meine Damen und Herren, das allein ist es nicht. Dieser Gesellschaft wurden in den vergangenen Jahren Subventionen in einem Ausmaß wie keinem anderen Verein zur Verfügung gestellt. Und zwar 1973 waren es mehr als 8,5 Millionen Schilling, 1974 wurden Aktionen um 10 Millionen Schilling verlangt und angeblich sollen für 1975 solche Aktionen angelaufen oder projektiert worden sein, die rund 20 Millionen Schilling verschlingen werden, obwohl im Budget für 1975 nur eine Million ausgewiesen war. Tatsache ist, daß solche Projekte begonnen wurden. Aber bezeichnenderweise gibt es keine Informationen, um was es sich handelt, man weiß nur, was es ungefähr kostet. Ich behaupte, meine Damen und Herren — und das tue ich gewiß nicht leichtfertig und auch nicht gern —, daß diese Gesellschaft die ihr anvertrauten hohen Beträge zu einem großen Teil völlig unkontrolliert, unzweckmäßig, ja sogar verschwenderisch und zumindest in einem Fall, auf den ich noch zu sprechen komme, nach meiner Meinung sogar in unanständiger Weise verwendet hat oder verwenden will. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer: „Das glaube ich nicht!“ — Abg. Brandl: „Das ändert ja nichts daran, daß Sie es nicht glauben!“) Das werden wir nachher sehen, ob du es glaubst.

Nun zur Behauptung „unkontrolliert“: Meine Damen und Herren, es gibt keine Vereinbarung, daß in die Gebarung dieses Vereines Einsicht genommen werden kann, es wurde an die Kontrollabteilung bisher auch noch kein Prüfungsauftrag gege-

ben, es gibt keine Rechnungsabschlüsse, keine Jahresbilanzen, keine Jahresberichte oder irgend etwas ähnliches. Das Land überprüft weder die wirtschaftliche noch die zweckmäßige noch die sparsame Verwendung der Mittel und nimmt, obwohl es Steuergelder sind, darauf auch keinen Einfluß. Durch die Landesbuchhaltung kann lediglich eine rechnungsmäßige Überprüfung der übrigens schon viele Monate, ja Jahre, verspätet vorgelegten Belege erfolgen. Und wie es bei diesen Belegen um die Sorgfalt bestellt ist, mag daraus hervorgehen, daß Belege für einen hohen Betrag vorgelegt wurden, welche bereits zur Abdeckung eines Förderungsbetrages des Bundesministeriums gedient hatten. Ich will gar nicht unterstellen, daß das mit Absicht geschehen ist, sondern es ist eine Frage der Sorgfalt.

Nun zur Behauptung „unzweckmäßig“: Wie schon erwähnt, sollten zumindest alle dafür verfügbaren Steuergelder zur Aktivierung, zur Verbesserung und zur Durchführung der gesetzlichen Gesundheitsuntersuchung verwendet werden. Es bleibt selbstverständlich der Ärztekammer unbenommen, mit eigenen Mitteln diese kostspielige Zweigeleisigkeit fortzusetzen. Aber ich meine, für Steuergelder tragen wir die Verantwortung und nicht die Ärztekammer.

Nun zur Behauptung „Verschwendung“: Was ich weiß, ist möglicherweise nur die Spitze eines Eisberges, aber namhafte Fachleute haben gesagt, daß im Hinblick auf die Dringlichkeit, die es gibt, und es sind ja heute schon einige solche Dringlichkeiten gesagt worden, von denen der Ärztekammerpräsident doch wissen muß, eine Blutgruppenbestimmungsaktion, welche sage und schreibe zweieinhalb Millionen Schilling verschlungen hat, eine unverständliche Verschwendung ist. Es ist sicherlich interessant zu wissen, welche Blutgruppe man hat, aber die kann man doch auch durch viele andere Möglichkeiten erfahren. Und es wäre vor allen Dingen interessant, wieviel diese ungeheuer überdimensionierte Plakataktion gekostet hat. Es stellt sich auch die Frage, wo ist der um eine Million Schilling angekaufte AKL-Wagen, das heißt Atmungs-, Kreislauf- und Leistungstest, eingesetzt? Wann, wie oft und mit welchem Effekt? Was ist mit den mit beträchtlichen Mitteln durchgeführten Erhebungen über die Wohnqualität in Graz weiter geschehen? Wo liegt diese Arbeit, wozu wurde sie verwendet und wer hat von ihr bisher profitiert?

Nun noch zur Behauptung „Unanständigkeit“: Meine Damen und Herren, ich empfinde es eben als unanständig, wenn die Ärztekammer einem Teil ihrer Mitglieder sogenannte Administrationsgebühren anbietet — oder zusichert und zwar für eine Leistung, welche von den Sozialversicherungsträgern bereits abgegolten ist oder in keinem Verhältnis zu der zu erbringenden Leistung steht. Ich meine, es ist vor allem deswegen unanständig, weil es sich ja hier um von der Bevölkerung schwer erarbeitete Steuergelder handelt. Und nun der Sachverhalt. Die Gesellschaft hat beim Bundesministerium für Gesundheit um die Genehmigung angesucht und auch erhalten, daß die im Mutter-Kind-Paß enthaltenen zwei Statistikblätter von den unter-

suchenden Ärzten nicht direkt nach Wien, sondern zuerst nach Graz zur Auswertung an die Gesellschaft geschickt werden. Meine Damen und Herren, allein für die Änderung der Anschrift, statt Wien Graz, wurde ein Betrag von 50 Schilling zugesichert. Eine Arbeit, die vielleicht 3 oder 5 Minuten dauert, ein anderer Mensch muß mindestens eineinhalb Stunden dafür arbeiten und dann noch die Steuer dafür bezahlen, damit diese 50 Schilling bezahlt werden können. Und für die Unterschrift der Mutter und deren Daten, daß sie einverstanden ist, daß das nach Graz geschickt wird, weitere 50 Schilling, also zusammen 100 Schilling. Obwohl das Bundesministerium erklärt, daß mit den Untersuchungshonoraren für diese Untersuchung auch der Verwaltungsaufwand ebenfalls schon abgegolten ist. Bei angenommen 15.000 bis 16.000 Geburten würde das allein einen Betrag von 1,5 bis 1,6 Millionen Schilling ausmachen, obwohl 1975 lediglich eine Million im Budget enthalten war.

Meine Damen und Herren, dies aber auch, was wir vielleicht nicht wissen, hat die Abgeordneten Pichler, Gratsch, Premberger und Loidl veranlaßt, einen Resolutionsantrag einzubringen, in dem die Landesregierung aufgefordert wird, dafür Sorge zu tragen, daß die der Steirischen Gesellschaft für Gesundheitsschutz zur Verfügung gestellten Mittel entsprechend verwendet und termingemäß abgerechnet werden sowie ein detaillierter Verwendungsnachweis ehestens dem Landtag vorgelegt wird. Unverständlicherweise wurde dieser Antrag im Ausschuß von der OVP-Mehrheit abgelehnt. Ich selbst bin persönlich überzeugt, daß die meisten Kollegen der OVP in Unkenntnis der geschilderten Umstände den Antrag niedergestimmt haben. Nun gibt es, glaube ich, nur die Möglichkeit, entweder Sie glauben mir, was ich bestimmt nicht leichtfertig gesagt habe (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer: „Wir glauben mehr dem Piaty!“), dann müßten Sie unserem Antrag zustimmen, oder Sie glauben nicht, dann müßte die Kontrollabteilung zu einer Prüfung des Vereins veranlaßt werden, da zumindest der Vorwurf der unzweckmäßigen Verwendung von Subventionen doch nicht bestritten werden kann. Persönlich meine ich, daß die Sache so ernst, die Vorwürfe so schwer und die Undurchsichtigkeit des ganzen so groß ist, daß man prüfen sollte, ob es nicht zweckmäßig wäre, einen Ausschuß des Landtages einzusetzen. Daß Sie, sehr geehrter Herr Landesrat Jungwirth, an einem sparsamen Umgang mit so großen Subventionsbeträgen besonders interessiert sind, nehme ich als sicher an. Denn schauen Sie, das Hygieneinstitut hat vor kurzem in der Mandellstraße eine neue Zweigstelle errichtet, um im Zusammenhang mit dem Mutter-Kind-Paß überaus wichtige Untersuchungen an den werdenden Müttern vorzunehmen. Also wirklich echte und unmittelbare Gesundheitsfürsorge. Der Herr Landeshauptmann Sebastian hat für dieses Institut einen Betrag in Höhe von 100.000 Schilling begehrt oder darum ersucht. Und Sie, Herr Landesrat, mußten diesen Betrag unter Hinweis auf die schwierige Budgetsituation ablehnen. Ich denke mir in diesem Zusammenhang mit dem Gesagten: Auf der einen Seite gibt man unkontrolliert so viele Millionen Schilling aus und auf

der anderen Seite fehlen 100.000 Schilling für wirklich echte Gesundheitsvorsorge. Und diese Relationen sind gemeint und da sollte es eigentlich keine Meinungsverschiedenheiten geben.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch über ein Detail etwas sagen, weil es nach meiner Meinung so unendlich viel über diese Relationen aussagt. Da gab es bis vor kurzem für nicht wenige Menschen einen stillen, unabwendbaren und für die Öffentlichkeit völlig undramatischen Tod. Die Todesursache ist Nierenversagen. Jede Nierenentzündung kann — wie Ärzte sagen — da diese auch heute nur schwer behandelbar ist, zu einem totalen Nierenversagen führen. Die medizinische Wissenschaft hat diesen bis vor nicht allzulanger Zeit unabwendbaren Tod durch die Erfindung der künstlichen Blutreinigung, der Dialyse, in einen unnötigen Tod verwandelt. Die Steiermark zählt zu den ersten, welche diesen unnötigen Tod weitgehendst verbauten. Es soll noch Bundesländer geben, wo es keine Dialysestationen gibt. Im Landeskrankenhaus sind elf Geräte, rund um die Uhr, Tag und Nacht, ununterbrochen im Betrieb. Im Krankenhaus Bruck wird mit drei, in Kürze mit vier Dialysegeräten in sechs Tagen in der Woche ebenfalls Tag und Nacht auf diese Weise Leben gerettet. Früher mußten diese Menschen unweigerlich sterben, heute kehren sie nach erfolgter Blutreinigung wieder zu ihren Familien, zu ihren Arbeitsplätzen zurück. Die Wissenschaft hat nicht geruht, um die Behandlung dieser Menschen zu verbessern, sie zu erleichtern und hat die Heimdialyse erfunden. Vor wenigen Wochen konnte Landeshauptmann Sebastian die ersten zwei Heimdialysegeräte, welche von der Gebietskrankenkasse als freiwillige Leistung zur Verfügung gestellt wurden, den Patienten übergeben. Nach Gesprächen des Landeshauptmannes Sebastian mit dem Obmann der Gebietskrankenkasse, Kollegen Sametz, hat dieser seine Bereitschaft bekundet, im Kassenvorstand dafür einzutreten, daß im Rahmen des Ambulatoriums der Krankenkasse ebenfalls eine Dialysestation errichtet wird. Ich bin überzeugt, daß er die Zustimmung des Vorstandes finden wird, meine Unterstützung wird er jedenfalls haben. Auch die Bergarbeiterversicherung hat diese Absicht verkündet. Meine Damen und Herren, natürlich wird jedermann sofort und ohne zu zögern sagen, solche Geräte müssen in genügender Zahl angeschafft, von fachkundigen Ärzten und Schwestern betreut, in Betrieb genommen werden, weil es ja jeden von uns einmal selbst treffen kann. Aber warum das überall, und auch bei uns, nur nach Überwindung großer Schwierigkeiten der Fall ist, geht einfach daraus hervor, daß ein solches Gerät 250.000 Schilling kostet und daß der Betrieb jährlich weitere 250.000 Schilling benötigt. Sehen Sie, meine Damen und Herren, hier stellt sich automatisch die Frage nach den Relationen. Ich fühle mich bestimmt als Versichertenvertreter, aber in Kenntnis solcher Realitäten frage ich mich allen Ernstes: Eine Million Rezepte für ein Medikament, welches 15 Schilling kostet und in der Regel nur zur Hälfte aufgebraucht wird, wären immerhin auch 15 Millionen Schilling. Es gibt sicher nur wenige, die nicht bereit wären, diese 15 Schilling selbst zu

bezahlen, wenn man ihnen klarmacht, daß dafür auch ihr Leben, falls es sie trifft, gerettet werden kann.

Meine kritischen Bemerkungen über die Verwendung der Mittel durch die Steirische Gesellschaft für Gesundheitsschutz stehen auch in engem Zusammenhang mit diesen Fragen und mit dem, was ich jetzt gesagt habe. Auch das, was ich gesagt habe, wegen des Selbstbezahlens des Medikamentes. Bei der Errettung und Erhaltung von Menschenleben, meine Damen und Herren, sollte es keine Kompetenzen, sondern nur Dringlichkeiten geben, einen gemeinsamen konzentrierten Kampf gegen den unnötigen Tod, wo immer er auftritt und wo immer es möglich ist. Vielleicht sollten wir in diesem Augenblick auch an die atemberaubenden Leistungen unserer Ärzte, der Mediziner und der Wissenschaftler denken in unserer Universitätsklinik, in der Chirurgie und in der Medizinischen Abteilung, die vor wenigen Tagen zwei Nierenverpflanzungen durchgeführt haben. Fragen und Aufgaben, die sicherlich sehr viel Geld kosten. Ich glaube, es kann kein Menschenleben zu teuer sein, es ist um keine Million und keine Milliarde zu schade, wenn sie richtig eingesetzt ist, und es ist um jeden Schilling schade, der unnötig ausgegeben wird. Das war der Sinn, warum ich die Dinge hier so offen gesagt habe. (Beifall bei der SPO.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Aichhofer. Ich erteile es ihm.

Abg. Aichhofer: Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren!

In aller Kürze, aber mit Nachdruck möchte ich die großen Sorgen des Bezirkes Deutschlandsberg dem Hohen Landtag kundtun. Der Bezirk Deutschlandsberg ist der einzige Bezirk, der über kein eigenes Krankenhaus verfügt. Die rund 60.000 Menschen des Bezirkes und der Umgebung, des Einzugsgebietes, haben ein Recht auf eine bessere Spitalsversorgung, müssen doch derzeit nach Wagna oder Graz oft mehr als 80 km zurückgelegt werden. Bürgermeister und Gemeinderäte haben daher eine Resolution verfaßt und sie dem Spitalsreferenten, Herrn Landeshauptmannstellvertreter Sebastian, zugesandt. Diese Resolution möchte ich dem Hohen Landtag vortragen:

„Der Bezirk Deutschlandsberg ist spitalsmäßig von allen steirischen Bezirken bei weitem am schlechtesten versorgt. Die Bewohner dieses Bezirkes müssen unzumutbare Wegstrecken in die Krankenhäuser von Wagna oder Graz zurücklegen. Die übermäßig langen Fahrzeiten zum Spital sind besonders bei Unfällen und akuten Erkrankungen untragbar. Der Zeitverlust kann unter Umständen sogar den vorzeitigen Tod bedeuten. Die großen Entfernungen sind aber auch besonders für alte Menschen eine schwere Belastung. Dies um so mehr, als bekanntlich auch die allgemeine ärztliche Versorgung in diesem Grenzbezirk unter dem steirischen Durchschnitt liegt. Die Bevölkerung des Bezirkes Deutschlandsberg fordert daher seit Jahren bereits vehement ein eigenes Krankenhaus für den Bezirk Deutschlandsberg, welches zumindest

die Basisversorgung sicherstellt und damit diese offenkundige Benachteiligung dieses Bezirkes auf dem Spitalssektor beseitigt. Eine im Mai des vergangenen Jahres ins Leben gerufene Unterschriftenaktion hat daher spontan die Unterstützung von 20.000 Bewohnern gefunden. Die absolute Notwendigkeit eines Krankenhauses wird darüber hinaus aufgrund der verkehrlichen und topographischen Gegebenheiten des Bezirkes von allen Fachleuten bestätigt. In anderen, bereits jetzt besser versorgten Gebieten der Steiermark werden aufwendige Spitalsneubauten in Angriff genommen. Dies stellt eine eindeutige Diskriminierung jenes Bezirkes dar, der nicht einmal über ein Spital in der Grundausstattung verfügt, wie sie in den anderen Bezirken bereits selbstverständlich ist. Die unterfertigten Bürgermeister und Gemeindevertreter fordern daher den zuständigen Spitalsreferenten der Steiermärkischen Landesregierung auf, endlich die Dringlichkeit der Errichtung eines Krankenhauses im Bezirk Deutschlandsberg zur Kenntnis zu nehmen und alles zu veranlassen, daß zum frühestmöglichen Zeitpunkt an einem geeigneten Standort mit dem Bau begonnen wird."

Verehrte Damen und Herren des Hohen Landtages, ich möchte Sie bitten, daß Sie mittun und mitstimmen, damit dieses Unrecht im Bezirk Deutschlandsberg baldigst beseitigt wird. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Bischof. Ich erteile es ihr.

Abg. Bischof: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Auch ich möchte es kurz machen. Ich muß aber doch sehr deutlich zum Ausdruck bringen, wie notwendig und dringend der Beginn des Neubaues des Landeskrankenhauses Bruck an der Mur ist. Mit dem Ankauf eines 118.542 Quadratmeter großen Grundstückes von Herrn Schneidhofer durch das Land — das Datum des Kaufvertrages ist der 23. November 1970 — und eines zusätzlichen Grundstückes von 18.900 Quadratmetern von den Besitzern der Pöglhof-Gründe — Kaufvertragsdatum ist hier der 11. November 1974 — wurde die Voraussetzung für den Bau eines neuen Landeskrankenhauses geschaffen. Inzwischen erfolgten Vorarbeiten für die Erstellung eines Krankenhausregionalplanes für das Land Steiermark. Im Oktober 1973 lag das Ergebnis der Grundlagenuntersuchungen des Deutschen Krankenhausinstitutes von Düsseldorf für die Erstellung eines solchen Planes in der Steiermark sowie über die Einsetzung einer Spitalskommission vor. Daraufhin erfolgte die Einteilung der Steiermark in Versorgungsraum Nord — dies wurde im Frühjahr 1974 beschlossen — und der Versorgungsraum Süd wurde im Mai 1975 beschlossen. Nach dem von der Steiermärkischen Landesregierung genehmigten Aufteilungsschlüssel wird Bruck an der Mur gemeinsam mit Leoben das Schwerpunktkrankenhaus des obersteirischen Raumes darstellen. Mit einer Gesamtbettenzahl von 520 sind folgende Abteilungen vorgesehen: Innere Medizin 130 Betten, Neurologie 80 Betten, Psychiatrie 110

Betten, Chirurgie 70 Betten, Unfallchirurgie 60 Betten, Gynäkologie und Geburtenhilfe 70 Betten. Die Ausschreibung für einen Architekten-Ideenwettbewerb wurde vorbereitet und in der Landesregierung am 6. Mai 1974 beschlossen. Am 28. August 1974 nahm Landeshauptmannstellvertreter Sebastian vor seiner Abfahrt mit dem Pendlerzug nach Graz am Bahnhof Bruck an der Mur Sammellisten mit 17.887 Unterschriften entgegen, die der Unterstützung des Vorhabens auf rascheste Inangriffnahme des Landeskrankenhauses Bruck dienten. Das Ergebnis des Architekten-Ideenwettbewerbes lag am 15. Oktober 1974 auf, und die Landesregierung nahm einen Bericht über den Verlauf und das Ergebnis des ausgeschriebenen Architekten-Ideenwettbewerbes am 16. Dezember 1974 zur Kenntnis. Gleichzeitig wurde die Fachabteilungsgruppe Landesbaudirektion beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Rechtsabteilung 12 Vorschläge für die Detailprojektierung zu erarbeiten. Bis heute ist aber das Landesbauamt diesem Regierungsbeschluß trotz mehrmaliger Urgezen nicht nachgekommen. Auch unser Generalredner Präsident Ileschitz hat das erwähnt. (Landesrat Dr. Krainer: „Das war jetzt aber ein scharfer Angriff!“) Herr Landesrat Krainer, warum dies noch nicht geschehen ist, aus welchen Gründen immer, ist für die betroffenen Menschen, die eben von diesen Entscheidungen abhängig sind — und das sind in diesem Fall die Patienten —, nicht maßgebend. Die besondere Problematik liegt darin, daß die Arbeiten dadurch weiter verzögert werden und vor allem, daß auch mit der Errichtung der Personalwohnhäuser nicht begonnen werden kann. Das Referat des Ersten Landeshauptmannstellvertreters Sebastian hat mit einer Wohnbaugenossenschaft konkrete Gespräche geführt und es wurden bereits Mittel für die Errichtung von Garçonnerien zugesagt. Es kann aber mit dem Bau nicht begonnen werden, weil Freileitungen zu verlegen sind, und auch für die Kanalisation entsprechend vorzusorgen ist. Die Grundstücke, die angrenzend an die neuen Krankenhausgründe liegen, können erst dann für die Bebauung vorbereitet werden, wenn das Landesbauamt den Vorschlag unterbreitet, welches Projekt des Krankenhausbaues zur Ausführung kommen wird. Davon hängen sowohl die Verlängerung der Freileitungen als auch die Kanalisation ab. Das Personalwohnhaus wird aber unabhängig vom Neubau dringend benötigt, weil zahlreiche Bedienstete des Landeskrankenhauses Bruck nur notdürftig und unzureichend wohnversorgt sind. Die Detailplanung, Herr Landesrat Krainer, für den Neubau müßte deshalb unverzüglich in Angriff genommen und die entsprechenden Mittel vom Land Steiermark bereitgestellt werden.

Die im außerordentlichen Haushalt vorgesehene Post 0632 von 2 Millionen Schilling für den Neubau kann wohl nur als Erinnerungspost angesehen werden. Für die Finanzierung muß der gleiche Weg beschritten werden wie bisher, einen anderen Weg zu finden wäre sinnlos. Dem Neubau eines Krankenhauses mit den genannten Abteilungen kommt deshalb größte Bedeutung zu, weil unser Bezirk wie fast alle Bezirke, das scheint ja auch im Ergebnis der Grundlagenuntersuchungen vom Deutschen

Krankenhausinstitut auf, mit praktischen und mit Fachärzten unterversorgt ist. Die meisten Ärzte ziehen es vor, aus vielerlei Gründen, in die Landeshauptstadt zu gehen; es ist der Verbleib in den Bezirksstädten nicht lukrativ. Wenn ich nur denke, wie sich unsere Frauen schon um 3 Uhr früh, also stundenlang, bei den beiden Frauenfachärzten in Bruck und in Kapfenberg bei jedem Wetter, bei jeder Kälte anstellen müssen und daß frisch operierte Frauen und Männer in den Gängen des Spitals liegen müssen, wo die Besucher vorbeikommen, so scheint das unerträglich. Legen Sie sich einmal, meine Damen und Herren, als einfacher Patient in unser Krankenhaus und verbringen Sie diese Zeit am Gang oder in einem Zimmer, wo 15 und mehr Patienten untergebracht sind und dann sagen Sie, wie diese Zustände für die Gesundheit dieser Patienten beitragen. Hätten wir nicht in Kapfenberg das Werkskrankenhaus vor allem für die VEW-Arbeitnehmer, wäre die ärztliche Versorgung in diesem Industriegebiet schon längst zusammengebrochen. Das wurde auch von unserem Abgeordneten Rechberger vorige Woche anlässlich der Eröffnung des Bäderzentrums deutlich aufgezeigt. In der Frauenabteilung des Landeskrankenhauses Bruck kommt noch zusätzlich die Lärmplage, weil sich von den Fenstern nur wenige Meter entfernt die Hochbau- brücke der Umfahrung Bruck befindet. An Schlaf können die Patientinnen kaum denken. Auf dieser Umfahrung haben wir laut Auskunft der Gendarmerie jetzt in der Winterzeit eine Verkehrsfrequenz von 28 bis 35 Fahrzeugen pro Minute, während der Sommerzeit aber von 30 bis 50 Fahrzeugen pro Minute. Aus diesen Zahlen, meine Damen und Herren, ergibt sich die dringende Notwendigkeit für eine Unfallchirurgie, dazu kommen noch die Betriebsunfälle in unserem Industriebereich. Hier entscheiden sehr wohl oft nur wenige Minuten über Leben und Tod. Ich glaube, daß hier die Entfernungen eine entscheidende Rolle spielen. Der Bezirk Bruck an der Mur umfaßt eine Einwohnerzahl von 73.277. Für das Krankenhaus ist aber das gesamte Mürztal Einzugsgebiet. Der Bezirk Mürzschlag hat eine Einwohnerzahl von 48.500. Also dient das Krankenhaus Bruck der Versorgung von rund 120.000 Menschen. Der Bezirk Bruck an der Mur zahlt nach Graz die höchsten Steuern, wenn es aber um Anliegen dieses Bezirkes geht, dann glaubt man einfach darüber hinweggehen zu können. Seit über einem Jahrzehnt bemühen sich die Mandatäre aller Parteien um die Errichtung eines neuen Landeskrankenhauses im Bereiche des Bezirkes Bruck an der Mur. Es besteht auch ein eigenes Aktionskomitee für den Neubau, das überparteilich ist, und dem neben Vertretern beider Regierungsparteien auch die beiden Primärärzte des derzeitigen Landeskrankenhauses sowie Vertreter des Gewerbes und der Arbeiterkammer angehören. Ich darf Sie auch, meine Damen und Herren, daran erinnern, daß bei der großen Auseinandersetzung, beim Budget 1970, als es um den Grundstückskauf ging, Dutzende Telegramme nicht nur aus den Betrieben und von den Bürgermeistern gekommen sind, sondern von allen Seiten, darunter auch vom Herrn Gewerken Pengg. Es ist deshalb unverständ-

lich, möchte ich zu unserem Landeshauptmann sagen, daß er mit seiner Fraktion den Resolutionsantrag unserer Fraktion auf Inangriffnahme einer Detailplanung im Finanz-Ausschuß abgelehnt hat. Dafür, meine Damen und Herren von der ÖVP, tragen Sie die Verantwortung. (Unverständliche Zwischenrufe.) Und ich möchte den Herrn Landeshauptmann fragen, er hat auf dem Bildschirm vor der Landtagswahl erklärt, im Falle seiner Wahl wird er ein Landeshauptmann für alle Steirerinnen und Steirer sein (Abg. Dr. Eichinger: „Das ist er auch! Jawohl, das ist er auch!“) und ich muß heute ernstlich die Frage richten, war das nur ein Lippenbekenntnis, liegen ihm die Steirerinnen und Steirer unseres Bezirkes weniger am Herzen? (Abg. Doktor Eichinger: „Sehr am Herzen!“ — Abg. Jamnegg: „Da freut sich der Landeshauptmann Sebastian, bei mir hat er sich geärgert!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.) Meine Damen und Herren, aber nicht nur unsere Bürgermeister, unsere Betriebe, die ganze Bevölkerung wird enttäuscht sein und es nicht verstehen, daß der Herr Landeshauptmann mit Ihrer Fraktion unserem Antrag nicht beigetreten ist, sondern ihn abgelehnt hat. (Abg. Dr. Eichinger: „Es ist eine Frage des Geldes!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe. — Abg. Lackner: „Der Landeshauptmann hat nichts abgelehnt!“) Moment, er gehört zu euch.

Zum Schluß darf ich sagen — bitte, es dauert nur mehr eine Minute —: Die Frau Abgeordnete Jamnegg hat bei der Budgetdebatte am 17. Dezember 1970 wortwörtlich auf Seite 243 gesagt: „Die Frage der Spitäler kann niemals eine parteipolitische Frage sein. Das Spitälerproblem ist ein Problem des Landes und müßte daher auch unser gemeinsames Problem sein.“ Diesen Worten kann ich mich nur anschließen und nochmals dringend bitten, für die Bevölkerung beider Bezirke alles zu tun, damit der Neubau des Landeskrankenhauses Bruck an der Mur nicht verzögert wird. (Beifall bei der SPO.)

Dritter Präsident Feldgrill: Meine Damen und Herren!

Ich unterbreche die Landtagssitzung bis morgen früh um 8.30 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 22.30 Uhr, Wiederaufnahme der Sitzung: 12. Dezember 1975, 8.30 Uhr.)

Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren: Hohes Haus!

Am Beginn unseres heutigen Arbeitstages geziemt es sich, an ein Ereignis zu erinnern. Heute, genau vor 30 Jahren, am 12. Dezember 1945, fand die erste Sitzung, und zwar die konstituierende Sitzung des Steiermärkischen Landtages nach dem Zweiten Weltkrieg, statt. Es war noch nicht die Zeit wie heute, wo die Abgeordneten dieses Hauses in freier Rede ihre Meinung zum Ausdruck bringen konnten. Die Damen und Herren dieses Hauses waren damals wie heute angetreten, um ihrem Volke, ihrer steirischen Heimat zu dienen und zu helfen. Nur etwas war anders: Sie standen noch im Schatten der Besatzungsmacht. Was wir heute im Bewußtsein einer demokratischen Freiheit frei aussprechen, war damals in vielen Fällen nur mit dem mutigen Einsatz der eigenen Person möglich. Die

Damen und Herren, die damals diesem Hohen Haus angehört haben, sind uns Mahnung und Verpflichtung. Was uns bleibt, ist die Pflicht, dieses Erbe als ein Stück steirischer Geschichte weiterzutragen und ihnen für ihren damaligen Einsatz zu danken.

Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf und gehen weiter in der Behandlung der Gruppe 5. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Pranchh. Ich erteile es ihm.

Abg. Pranchh: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Durch viele Wortmeldungen haben wir gestern gehört, daß die Gesundheit gefährdet sei, was alles unternommen werden müsse, welche Kosten aufgewendet werden müssen, um Leben zu erhalten und daß im Dienste der Gesundheit noch viel zu tun sei. Ich glaube, man darf dabei eines nicht übersehen, wenn die Belastung der Menschen, und das ganz besonders in den Ballungsräumen, von der Umwelt her immer stärker wird, wenn die Gesundheit durch Einwirkungen der Umwelt immer mehr gefährdet wird, dann wird selbstverständlich auch der Ruf nach einer gesunden Erholungslandschaft immer lauter.

In den letzten Jahren sind in Österreich und auch in der Steiermark etliche Gesetze beschlossen worden, die diese Erholungslandschaft betreffen. Durch die Beschlußfassung dieser Gesetze sind die Grundeigentümer zu Dienstleistungen am ganzen Volk, zur Duldung von Eingriffen in das persönliche Eigentum herangezogen worden, die selbstverständlich im Interesse der Allgemeinheit notwendig sind. Ich glaube, man kann hier auch sagen, daß die weitaus überwiegende Zahl der Grundbesitzer volles Verständnis dafür hat. Man muß allerdings auch einmal mit allem Nachdruck sagen, daß bei diesem Verständnis und dieser ewigen Duldsamkeit auch einmal eine Schwelle erreicht wird, die nicht mehr gut überschritten werden kann. Ich glaube, daß es aus diesem Grunde doch notwendig ist, einmal mit aller Deutlichkeit zu sagen, daß in unserer Zeit das allgemeine Einkommen der Landwirtschaft aus verschiedenen Gründen nicht dazu angetan ist, um immer weiter ständige Belastungen hinzunehmen. Wenn wir zurückschauen — der Kollege Haas hat gestern einen kurzen Rückblick in die steirische Geschichte gewährt —, so haben die Bauern dieses Land durch Jahrhunderte erhalten und gestaltet. Weder die Kurruzen, noch die Hunnen, noch die Pest, noch Hungersnöte, noch Kriege, die sehr oft über unser Land hinweggegangen sind, haben sie an der Erfüllung dieser ureigensten Aufgabe hindern können. Aber die Entwicklung des 20. Jahrhunderts mit ihrem plötzlichen Strukturwandel scheint das erste Mal diese Aufgabenstellung der Landwirtschaft in Frage zu stellen. Auch hier muß ich wieder sagen, wenn die Landwirtschaft in Zukunft dem Ruf und der berechtigten Forderung nach der Erhaltung und sinnvollen Gestaltung unseres Landes gerecht werden soll, dann muß das endlich einmal in entsprechender Form honoriert werden. Gestern abend sind hier sehr harte Worte über den Anstand gefallen. Ich glaube, daß unter Anstand auch zu verstehen ist, wenn einer Bevölkerungsgruppe, die im Dienste der Allgemeinheit

sehr viel leistet und sehr viel anzubieten hat, einmal der gerechte Lohn zuerkannt wird, und zwar nicht über Subventionen und Beihilfen, sondern über ein zeitgerechtes Arbeitseinkommen, wie es jeder anderen Berufsgruppe zusteht. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir konnten nach dem 5. Oktober hören, daß der Herr Finanzminister seine langen Finger ausstreckt, um noch einmal die ohnehin leeren Taschen der Bauern umzukrempeln und da zusätzliche Steuereinnahmen zu suchen, um seine katastrophalen Fehleinschätzungen wenigstens zum Teil abzudecken. Wenn der Herr Generalredner der Sozialistischen Partei, Herr Präsident Ileschitz, gesagt hat, daß seit 1970 das Einkommen um 50 Prozent gestiegen aber die Steuerleistung gleichgeblieben sei, so glaube ich, ist das ein deutlicher Entlastungsangriff für die — nun, und das entscheiden Sie selber — mehr oder weniger anständigen Bemühungen des Herrn Finanzministers, sich in unseren Taschen endgültig einzunisten.

Meine sehr Verehrten, Herr Präsident, ich weiß, eine 50prozentige Einkommenssteigerung ist statistisch nachgewiesen. Ich habe mit Ihrem Herrn Staatssekretär selbst über diese 50prozentige Einkommenssteigerung diskutiert. Jetzt zeige ich Ihnen eine andere Seite von der Statistik in der Landwirtschaft. Ich werde nur wenige Zahlen bringen.

Umweltschutz, Naturschutz, Landschaftserhaltung und Landschaftsgestaltung betreiben die Bauern und da soll das Einkommen gestiegen sein? Aber bitte. (Abg. Gerhard Heidinger: „Das ist alles in Ordnung!“) Wart noch ein bisserl. 1970 hat ein Liter Dieselöl 2,50 Schilling gekostet, heute kostet er 5,30 Schilling, das sind auch ungefähr 50 Prozent, bloß von einer anderen Warte gesehen. (Abg. Gerhard Heidinger: „Der Musil will noch einmal 70 Groschen holen!“ — Abg. Ing. Stoisser: „Was heißt der Musil? Die Bundesregierung!“) Einen Moment, Herr Kollege Heidinger, eine Maurerstunde hat im Jahr 1970 49,70 Schilling gekostet und heute kostet sie mit 16 Prozent Mehrwertsteuer 116,32 Schilling. Das sind auch wieder mehr als 50 Prozent, aber anders herum betrachtet, und das müssen die Bauern aufbringen. Wo bleiben dann die 50 Prozent Einkommenssteigerung, das alles läßt sich statistisch belegen, so wie Ihre Statistiken. (Abg. Ileschitz: „Es hat ja niemand gesagt, daß sie das netto einkassieren!“) Herr Präsident, schauen Sie, Sie sind kein Wissenschaftler und ich auch nicht, aber soviel rechnen können die Bauern auch. Herr Präsident, ich lade Sie ein, reden Sie einmal mit den Bauern, mit den Bergbauern, aber von Ihren 50 Prozent Einkommenssteigerung werden Sie weder netto noch brutto noch überhaupt etwas hören.

Noch ein Vergleich: Diese Zahlen sind noch wesentlich interessanter. Die Straßenverwaltungen wenden für die Pflege von einem Kilometer Straßenböschungen, das sind 2 Meter links und rechts der Fahrbahn, jährlich 10.000 Schilling auf. Jährlich für einen Kilometer. Das sind nur das Mähen und Beseitigen des angefallenen Mähgutes. Und die steirischen Bergbauern bearbeiten 240.000 Hektar Dauergrünland. Wenn man ihnen allein für das

Mähen und Grünhalten dieser Fläche — und das ist die Erholungslandschaft — das Gleiche zahlen würde wie den Straßenarbeitern, so müßten jährlich 2 Milliarden und 400 Millionen Schilling allein dafür aufgewendet werden. (Abg. Ileschitz: „Das ist eine gute Rechnung. Da werde ich Straßenwärter!“) Moment, meine Herren, ich bin noch nicht ganz am Ende. Sie dürfen nicht vergessen, daß es ja mit dem Mähen des Grünlandes nicht getan ist. Erstens einmal ist die Landschaft dort meist etwas anders gestaltet und dann muß dieses gemähte Gras ja auch eingebracht werden, das dann über die Viehmägen veredelt wird. Trotzdem ist das Einkommen so, daß in der Steiermark auch heute jährlich noch rund 4000 Menschen aus der Landwirtschaft abwandern und daß wir in der Steiermark heute 43.500 Neben- und Zuerwerbslandwirte haben. (Abg. Klobasa: „Das haben Sie vor dem Androsch nicht gehabt?“) Warten Sie ein bisschen, ich bin bald fertig. Sie bringen mich nicht aus dem Konzept. (Abg. Gerhard Heidinger: „Das wollen wir auch nicht!“) Ich bitte Sie, zur Kenntnis zu nehmen, daß weder die Abwanderer aus der Landwirtschaft noch die Zu- und Nebenerwerbslandwirte von dort weggehen, weil es ihnen langweilig ist, sondern weil sie woanders ein zeitgerechtes Einkommen suchen müssen. (Abg. Gerhard Heidinger: „Oder beiden Beschäftigungen nachgehen!“) Das macht dann meistens die Frau. (Abg. Dr. Heidinger: „Und dann rechnet man das Nebenerwerbseinkommen aus der Landwirtschaft bei der Steuer dazu! Lesen Sie den Grünen Bericht!“) Jawohl, ja, wohl, das wird dazugeschlagen. (Abg. Ileschitz: „Wann und von wem wurde eine solche Steuerleistung gefordert?“) Herr Präsident, viele Erfinder haben sich getäuscht oder widerlegt gesehen, aber keine Regierung ist mit so großen Versprechungen wie Ihre zum dritten Mal angetreten, das kann man sagen. (Abg. Ileschitz: „Die haben wir eingehalten!“) Ich komme noch drauf. Der Herr Dr. Strenitz hat sich gestern beklagt. (Abg. Gerhard Heidinger: „Heut' sind Sie aber auf alle böse!“) Ich habe ja zwei Tage Zeit gehabt, um zuzuhören — und ich passe ja sehr genau auf — was Ihre Kollegen uns hier anbieten und versuche nun, das zurückzugeben, und das ist gar nicht hart. Der Herr Dr. Strenitz hat sich beklagt, daß wir in der schönen Landschaft bei schönen alten Bauernhäusern häßliche Silos sehen, daß alte Bauernhäuser abgerissen werden und häßliche Neubauten mit Wellblech und Welleternitdächern gebaut werden. Herr Dr. Strenitz, ich stimme Ihnen 100prozentig zu, bloß brauchen wir, wenn wir schöne Bauernhäuser erhalten oder Neubauten landschafts- und stilgerecht errichten wollen, ein zeitgerechtes Einkommen. Genau so ist es doch in der Industrie oder im Gewerbe. Wer baut heute schon nach den Gesichtspunkten der Schönheit und des Landschaftsbildes? Jeder ist gezwungen, scharf zu kalkulieren und so zu bauen, wie es sein Geldbeutel und gnadenhalber der Herr Finanzminister noch gestattet. (Abg. Gratsch: „Das war nicht immer so, das ist erst unter Androsch so!“) Ja, ja, es war noch nie so kraß, meine Herren. (Abg. Gerhard Heidinger: „15 Jahre bin ich im Haus und 15 Jahre höre ich das gleiche!“ — Landesrat Bammer: „Ich höre schon 23 Jahre das glei-

che!“) Ja, da können Sie sich ja freuen, da sind Sie bald pensionsreif. (Heiterkeit — Landesrat Bammer: „Herr Kollege, von Ihnen fällt mir der Abschied nicht schwer!“) Ja, glauben Sie, daß das nicht auf Gegenseitigkeit beruht!

Meine sehr Verehrten, ich glaube, daß es dringend notwendig ist, daß wir nicht die derzeitigen Zustände beklagen und bejammern, sondern, daß wir alle Anstrengungen unternehmen, um einer Berufsgruppe, an die natürlich mit dem Steigen der Umweltbelastungen immer höhere Forderungen gestellt werden, ein Einkommen erreichen zu helfen, das sie in die Lage versetzt, ihre Aufgaben zu erfüllen. Hier ist zum ersten Mal — damit werde ich wahrscheinlich einigen Wortmeldungen von Ihrer Seite vorgreifen, aber Sie werden das ja sicher dann versuchen auszugleichen — eine erfreuliche Änderung im Entwurf des steirischen Naturschutzgesetzes. (Landesrat Bammer: „In welchem der 15?“) Das ist im § 25 des gestern aufgelegten Entwurfes. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Es gibt ja nur einen!“) Dort ist erstmals im § 25 auch eine Entschädigung für Erschwernisse der Grundbesitzer vorgesehen. Das begrüße ich, denn ich glaube, das zeigt uns den Weg, den wir gehen müssen. Mehr Verständnis für die Landwirtschaft, meine sehr verehrten Kollegen von der sozialistischen Seite! Sie sind so ein geschlossener Block, Sie haben eine herrliche Regierungsmannschaft — zumindest sagen Sie es uns immer wieder. (Abg. Gerhard Heidinger: „Stimmt!“) Sie glauben es noch. Unser Glaube ist erschüttert. Reden Sie dort in diesem Sinne. Es wird nicht gutgehen, wenn man immer nur fordert und nie bereit ist, zu honorieren. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Prim. Dr. Piaty. Ich erteile ihm das Wort.

(Abg. Ileschitz: „Wir leben besser vom Draufzahlen, wir haben immer vom Draufzahlen gelebt!“ — Abg. Pränckh: „In Ihrem Fall wird das ja stimmen!“ — Abg. Dr. Heidinger: „Und die Arbeiter von der Lohnsteuer?“ — Landesrat Bammer: „Ein Geldwechsler!“ — Abg. Dr. Heidinger: „Ein Ehrentitel, Herr Landesrat!“ — Landesrat Bammer: „Aber nicht mehr bei der Politik!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.) Hohes Haus! Ich glaube, es dürfte Ihrer Aufmerksamkeit entgangen sein, daß ich dem Abg. Piaty das Wort erteilt habe.

Abg. Dr. Piaty: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Als ich gestern zu abendlicher Stunde die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Loidl hörte, fand ich die Erfahrung erneut bestätigt, die im politischen Raum auf einen immer wieder zukommt. Man kennt einen Menschen und lernt nun auf einmal zwei Seiten kennen — sozusagen die Bewußtseinspaltung in Person. Da ist der Abgeordnete Loidl, ein netter, ehrenwerter Mann, der sich nur dadurch unterscheidet, daß er in seinen politischen und sonstigen Auffassungen nicht den eigenen entspricht. Tritt dieser Mensch hier in diesem Saal an das Rednerpult, hat man den Eindruck, daß er einen Teil seines Herzens in der Garderobe gelassen hat. Ich nehme an, auf den Lauf der Dinge hin ange-

sprochen, es dürfte der rechte Teil des Herzens gewesen sein. Er spricht hier nur mit dem linken Teil des Herzens, mit dem er eine Ideologie, eine Partei vertritt, von der Winston Churchill sagt: „Der Sozialismus ist die Philosophie des Versagens, das Credo der Ignoranz und das Glaubensbekenntnis des Neides.“ (Beifall bei der OVP. — Abg. Brandl: „Nein, nein!“ — Landesrat Bammer: „Sozialismus ist das, was die OVP zehn Jahre später macht!“) Wer die Ausführungen des Abgeordneten Loidl zu diesem Thema gehört hat, findet alle diese Elemente bestätigt. Das eigene Versagen im gesundheitspolitischen Bereich, die Ignoranz zu den Problemen und der Neid insbesondere dort, wo er sich im materiellen Bereich äußern kann gegen jene, die die Träger dieser Gesundheitspolitik sind.

Nun möchte ich in medias res gehen. Die steirische Gesellschaft für Gesundheitsschutz ist ein Verein, der 1973 gegründet wurde, zu einem Zeitpunkt, da noch keine gesetzlichen Maßnahmen der Vorsorgeuntersuchung feststanden. Man folgte einem Beispiel, das seit vielen Jahren in Vorarlberg zur besten Zufriedenheit und mit größtem Erfolg behandelt wird, nämlich eine Vorsorgemedizin unter gemeinsamer Beteiligung aller daran interessierten Stellen aufzubauen. Es mag vielleicht daran liegen, daß der alemannische Geist in Vorarlberg andere geistige Voraussetzungen bietet, nämlich die Voraussetzung der Kooperationsbereitschaft. Vielleicht mag es auch die Tatsache sein, daß die Gebietskrankenkasse in Vorarlberg nicht unter sozialistischer Führung steht. In Vorarlberg führen sowohl das Land als auch die Vorarlberger Gebietskrankenkasse, sämtliche Krankenversicherungsträger und die Ärzteschaft Vorarlbergs in einem Verein seit 7 Jahren jene Aktionen durch, die im Sinne der Volksgesundheit von den Ärzten als notwendig erachtet werden. Die Ärzte sind ja nach wie vor die Fachleute und nicht die Gewerkschaftsfunktionäre. Nun hat dieser Verein 1973 seine Einladungen an das Land Steiermark, an die Steiermärkische Gebietskrankenkasse und auch an das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz gerichtet. Das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz, schon damals unter Leitung der Frau Primaria Leodolter, ist diesem Verein beigetreten und nimmt immer wieder an der Arbeit teil. Das Land Steiermark ist bis heute nicht beigetreten, nimmt aber an den Vorstandssitzungen teil. Es ist vertreten durch den Herrn Landessanitätsdirektor in Vertretung des Landesrates Jungwirth, der ja der Gesundheitsreferent ist. Nur die Steiermärkische Gebietskrankenkasse hat aus Gründen, die ich näher nicht kenne, eine Teilnahme kategorisch abgelehnt. Ich kann mich an eine Aussprache mit dem Abgeordneten Loidl erinnern, wo er als Person diese Tatsache von sich aus bedauert hat. Er hat gemeint, es sei besser drinnen zu sein, denn dann hätte man einen Einfluß auf die Gestaltung.

Es ist selbstverständlich, daß bei dieser Gründung anfänglich alles nicht ganz in den quantitativen Erwartungen so gelaufen ist, wie man es sich vorgestellt hatte. Sie wissen, wir konnten alle nicht beurteilen, wie weit die Bevölkerung dem Gedanken einer vorsorglichen periodischen Untersuchung

aufgeschlossen ist, wie weit in unserer Bevölkerung ein echtes Gesundheitsbewußtsein bereits existiert. Heute wissen wir aus Zahlen, die mehr beweisen können, daß dieses Gesundheitsbewußtsein nicht oder nur sehr rudimentär vorhanden ist. Selbst in der gesetzlichen Vorsorgeuntersuchung — sie heißt fälschlicherweise Gesundenuntersuchung — ist die Teilnahmeziffer beschämend niedrig. Ich habe in diesen Tagen die Unterlagen aus dem Ministerium bekommen. Nur 6,6 Prozent der möglichen Probanden in ganz Österreich haben sich dazu gemeldet. Aber nur 2,2 Prozent sind dann wirklich zu den Ärzten und Untersuchungsstellen gegangen. Selbst in der Steiermark, wo diese Vorsorgeuntersuchungen zu 61 Prozent von den Gesundenuntersuchungsstellen der Gebietskrankenkasse unter Einsatz von Betriebsräten durchgeführt werden, ist es nur bei 16 Prozent gelungen, diese zu dieser Untersuchung zu bringen. Die Betriebsräte bringen ihre Betriebsangehörigen mit Autobussen während der Arbeitszeit in diese Untersuchungsstellen, damit es attraktiv ist. Daraus sehen Sie, wer immer sich in diesem Bereich betätigt und sei es pionierhaft, muß damit rechnen, daß gewisse Schwierigkeiten wahrscheinlich im psychologischen Bereich zu überwinden sind. Es wird ein Gesundheitsbewußtsein als Ausdruck einer gewissen Erziehungstendenz notwendig sein, um diese Aktionen auch quantitativ zum Tragen zu bringen.

Jetzt kann ich Ihnen, Herr Abgeordneter Loidl, den Vorwurf nicht ersparen. Wenn Sie hierher treten und Mitteilungen machen, muß man von Ihnen als Abgeordneter erwarten können, daß diese Mitteilungen auch richtig sind. Denn die Subventionsziffern des Landes kann jeder, der lesen kann, aus den Jahresbudgetvoranschlägen der Jahre 1973, 1974, 1975 herauslesen. Es sollen keine Hausnummern genannt werden, die im Grunde falsch und unrichtig sind. (Beifall bei der OVP.) Ich sage Ihnen jetzt diese Budgetziffern: 8 Millionen Schilling im Jahr 1973, 4,6 Millionen Schilling im Jahr 1974, 1 Million Schilling im Jahr 1975 und 4 Millionen Schilling im Jahr 1976. Diese Beträge wurden mit Zeitverzögerung ausgeschöpft, weil es uns im ersten Jahr nicht gelungen ist, die vorhandenen Mittel wegen der fehlenden Nachfrage ausschöpfen zu können. Aber wir sind 1975 so weit gewesen, daß die Mittel bis auf den letzten Heller und Groschen ordnungsgemäß und nachweisbar verwendet wurden. Ich übernehme persönlich die Verantwortung für jeden Schilling, der dort verwendet wurde. (Beifall bei der OVP.) Sie fragen, ob die Verwendung dieser Mittel unter Kontrolle geschehen ist. Herr Abgeordneter Loidl, wenn Sie an dieses Pult treten, sind Sie verpflichtet, bevor Sie etwas behaupten, sich auch davon zu überzeugen, ob diese Behauptung richtig ist, um nicht Unwahrheiten hier zu sagen. Es müßte Ihnen von Ihren Informanten bekannt sein, daß es einen Kontroll-Ausschußbericht gibt, den der Herr ORR Dr. Narrath im Juli dieses Jahres erstellt hat. Der Herr Referent hat diesen Bericht vor wenigen Tagen unterschrieben. Ich frage mich nur, wo ist die Quelle und was ist das Motiv, daß sein Inhalt aus dem Zusammenhang herausgerissen und zuweilen fälschlich dargestellt

in einer Tageszeitung heute veröffentlicht wurde, obwohl dieser Bericht noch nicht in den Kontroll-Ausschuß des Landtages gekommen ist? (ÖVP: „Oh!“ — Landeshauptmann Dr. Niederl: „Da schau her!“ — Abg. Pözl: „Das ist interessant! Das ist unglaublich!“)

Das ist jedenfalls eine sehr eigenartige Methode. (Abg. Gerhard Heidinger: „Also der Kriminalbeamte ist der Gauner, gelt!“ — Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Das war gestern hart, was der Loidl gesagt hat!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Da werden wir ja einiges hören, wenn es einen Kontrollbericht gibt, scheinbar steht das dort drinnen!“ — Abg. Dr. Eichinger: „Aber man kann keine falschen Ziffern nennen!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.) Meine sehr Geehrten, gestern hat Herr Abgeordneter Loidl den Ausdruck unanständig gebraucht. Ich überlasse es dem unbefangenen Zuhörer zu beurteilen, auf welcher Seite jetzt Unanständigkeit besteht. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Pichler: „Das werden wir alles erfahren!“)

Ich werde Ihnen einen ganz kurzen Bericht über diese Gesellschaft geben, auch auf die Gefahr hin, daß ich Sie etwas langweile. Bei den Erwachsenen-Vorsorgeuntersuchungen wurden bisher mit dem Stichtag des 1. Juli 1975 19.396 Steirer untersucht. Es wurden 39.177 Blutgruppen bestimmt, von denen Sie wahrscheinlich in Ihrer Position als Fachmann behaupten, daß sie unnötig seien. Ich weiß nicht, ob die Bestimmung der Blutgruppe unnötig ist, ich weiß, daß sie bei jedem Soldaten bestimmt wird, und ich kann mir vorstellen, daß es für jeden, der einem Unfall ausgesetzt ist — ich hatte selbst das zweifelhafte Vergnügen —, nicht ohne Bedeutung ist, wenn er dem Arzt bei der Einlieferung auf die Frage, welche Blutgruppe er hat, sagen kann, er habe diese und diese Gruppe, weil nämlich die Zeit, bis dann etwas geschieht, wesentlich verkürzt werden kann, obwohl nach dem Gesetz die Blutgruppenuntersuchung wiederholt werden muß. Ich möchte mir nur den Hinweis erlauben: Was ist, wenn ein Massenunfall ist, und auf einmal 15 oder 20 Verletzte in ein Krankenhaus eingeliefert werden? Dann ist es sehr gut und zeitsparend und ermöglicht einen rascheren Einsatz, wenn man beim Eingelieferten weiß, welche Blutgruppe der Betreffende hat. Und ich glaube, es ist notwendig, es wäre wichtig und es wäre richtig, wenn sich jeder Steirer seine Blutgruppe bestimmen lassen würde. Wir haben außerdem bei 16.529 Bürgern den Fettstatus bestimmt, der ja wesentlich für das Zustandekommen der eigentlichen Volkskrankheit, nämlich der Arteriosklerose, ist. Wir haben nicht um 1,2 Millionen Schilling, wie Sie gestern gesagt haben — wieder unnützlich informiert —, sondern um 2,4 Millionen Schilling ein Klinikmobil angeschafft, mit dem Atmungs-, Kreislaufleistungstest vorgenommen werden können. Dieser Test, meine sehr Geehrten, den Grazer Wissenschaftler ausgearbeitet haben, gibt ganz wichtige Auskünfte, nämlich Auskünfte über die Fähigkeit des Kreislaufes und der Atmung, sich Belastungssituationen anzupassen. Mit Hilfe dieser Untersuchung ist man in der Lage — gerade vielleicht in Ihren Jahrgängen — von 40 aufwärts, jene objektiven Frühsymptome einer beginnenden Herzin-

suffizienz, einer Koronarinsuffizienz, eines erhöhten Blutdrucks festzustellen, zu einem Zeitpunkt, wo man persönlich subjektiv noch keine Krankheitserscheinungen und Empfindungen hat. Man könnte die ganze Sportmedizin, die der Herr Landesrat Bammer angesprochen hat, damit wesentlich positiv beeinflussen. Man könnte beim Bundesheer die Wiederholung des Falles Wandl verhindern, wenn man die Soldaten nach dieser Methode durchuntersuchen würde. Wir haben diesen Wagen auch eingesetzt, er steht derzeit im Institut List, welches auch den Gaszweckapparat konstruiert hat, und dort werden täglich 20 Personen untersucht. Und ich lade Sie herzlich dazu ein, von dieser Untersuchung Gebrauch zu machen. Wir haben ein großes Untersuchungsservice aufgebaut, das wir jetzt propagieren und das auf Erfahrungen der Diagnostik-Klinik in Wiesbaden aufgebaut ist, weil wir glauben, daß das Wort Gesundenuntersuchung voraussetzt, daß ein gewisses Mindestuntersuchungsprogramm durchgeführt werden muß, das im gesetzlichen Programm leider nicht verwirklicht ist, denn das ist ein Mini-Ministprogramm, mit dem man nie sagen kann, ob jemand gesund ist oder nicht. Wir versuchen mehr zu bieten. Wir haben eine Zahnhygieneaktion durchgeführt. Wir haben einen Zeichenwettbewerb der Schuljugend unter breiter Beteiligung durchgeführt, um dort das Gesundheitsbewußtsein zu heben. Wir wollen im kommenden Jahr das Haltungsturnen im Einvernehmen mit dem Landesschulrat organisieren und wir wollen eine Aktion zur Erfassung jener Schwerhörigen durchführen, die heute gar nicht richtig wissen, daß sie in ihrer Hörfähigkeit wesentlich vermindert sind.

Meine sehr Geehrten, das ist unsere Aufgabe und wir lassen uns also auch durch die Verwirrungen und Beschuldigungen, die leichtfertig ausgesprochen wurden, daran nicht hindern. Denn, meine sehr Geehrten, für uns ist die Gesundheit nicht ein Instrument, mit dem man Politik im Sinne der Macht macht, sondern wir sehen die Politik als Mittel an, um die Gesundheit unserer Bevölkerung zu fördern. (Beifall bei der ÖVP.) Und ich kann es mir nicht ganz verkneifen, mich zu fragen, warum Sie sich um eine im Grund geringe Summe so aufregen, mein sehr geehrter Abgeordneter Loidl. (Abg. Gratsch: „8 Millionen Schilling, ist das für Sie gering?“) Was ist das Motiv? Ist das Motiv darin gelegen, daß Sie glauben, daß alles, was nicht im Schoße der alleinig seligmachenden Diesseitskirche, sprich des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, geschieht, sozusagen verdächtig, suspekt ist und diffamiert werden muß? (Abg. Ileschitz: „Das wird ja ein Komplex bei Ihnen, der OGB!“) Haben Sie Angst vor der Konkurrenz? (Abg. Ileschitz: „Nein, wir nicht, aber Sie scheinbar!“) Nein, wir haben nicht Angst, wir beschuldigen Sie ja nicht, wir machen das, was wir glauben, daß es medizinisch richtig und sinnvoll ist. (Abgeordneter Dr. Dorfer: „Man muß konkret sprechen und nicht mit Dreck spritzen, damit etwas hängen bleibt!“ — Abg. Zinkanell: „Schaut bei euch selber, das kennen wir schon lange genug!“ — Abg. Doktor Dorfer: „Nur heraus mit der Farbe und keine allgemeinen Verdächtigungen!“ — Abg. Zinkanell: „Das machen ja Sie!“ — Abg. Gratsch: „Ich be-

daure, daß das geschieht!" — Weitere unverständliche Zwischenrufe.) Klingelzeichen des Präsidenten.) (Abg. Buchberger: „Zum Beispiel wo?" — Abg. Gratsch: „Bei der Rede vom Piaty!") In einem gewissen Alter soll man große Aufregungen vermeiden. (Weitere unverständliche Zwischenrufe.) Ich rege mich nicht auf, ich Sorge mich um den Abgeordneten Gratsch, konkret gesprochen, es ist eine ärztliche Sorge. (Heiterkeit bei der SPO. — Abg. Gerhard Heidinger: „Er ist ja nicht Ihr Patient, er bleibt schon gesund!") Ich bin auch froh, daß Sie nicht mein Patient sind, denn Sie scheinen mir nicht gesund zu sein. (Abg. Gratsch: „Ist das eine Drohung?") Nein, nein, ich möchte schon jetzt die Verantwortung ablehnen. (Abg. Gerhard Heidinger: „Weil Sie nie daheim sind im Spital, nicht wahr! Ich bin eh bei Ihrem Schwager!")

Meine sehr Verehrten, wir haben auch gestern mit einem gewissen psychischen Tremolo in der Stimme die Ausführung des Herrn Abgeordneten Loidl über die Heimdialyse gehört, die in der Steiermark jetzt endlich durch den Einsatz der Gebietskrankenkasse einen ungeheuren Aufschwung erfahren wird. Ich hätte das Thema nicht berührt, weil es ja wirklich den Landtag kaum interessiert, aber durch Zufall kann ich Ihnen einen Brief auszugsweise vorlesen — nur auszugsweise, er hat nämlich 5 Seiten — eines gewissen Dr. Norbert Hammer, eines Arztes, der zugleich der Spitzenvertreter der Firma Benda in Österreich ist und der das Heimdialysegerät Redy der amerikanischen Firma Redy vertritt, die auf diesem Gebiet führend ist. Den Grund seines Briefes werden Sie gleich erfahren. Nachdem er mir so schildert, welche Vorteile diese Sache hat, schreibt er: „Die Realität ist nun geradezu deprimierend unterschiedlich. In Tirol — nehmen wir einmal ein positives Beispiel — hat die Gebietskrankenkasse komplikationslos reagiert, sie hat rasch die Kosten zwischen Leasing und Kauf abgewogen und die Entscheidung getroffen, die erforderlichen Geräte käuflich zu erwerben, weil damit ein wirtschaftlicher Vorteil für die Kasse erzielt wird. Alle Anträge, die der Herr Dozent Doktor Dietrich von der Universitätsklinik Innsbruck gestellt hat, wurden ohne jede Verwaltungsschwernis prompt erledigt und derzeit sind es 6 Patienten, die entweder bereits in die Heimdialyse mit eigenen Geräten entlassen wurden, oder sich im Endstadium der Schulung der Heimdialyse mit bereits fix bestellten Geräten befinden." Das in Tirol. Was ist zum Beispiel in Wien, da Sie so begeistert berichten, daß jetzt die Gebietskrankenkasse das im Ambulatorium machen wird. Er schreibt: „Bisher existiert nur im Ambulatorium Nord der Gebietskrankenkasse Wien eine eingerichtete Dialysestation, in der aber bisher noch nicht ein einziger Patient tatsächlich dialysiert wurde. Ob in diesem Gedanken ein Vorteil besteht, will ich nicht näher untersuchen. Tatsächlich ist der Kostenaufwand in solchen kasseneigenen Dialyseambulatorien nachweislich wesentlich höher, als bei der Heimdialyse. Der Grundgedanke einer weitgehenden Rehabilitation und auch Resozialisierung des Patienten wird damit sicherlich nicht erreicht." Nun, was schreibt er über die Steiermark, denn das interessiert uns besonders. Er schreibt: „Das größte

Problem" — wo wird es auch bestehen — „besteht meines Erachtens in der Steiermark und das ist der Anlaß meiner Depression." — Der Arme hat Depressionen deswegen. — (Abg. Ileschitz: „Viel leicht hängt er sich auf, weil er kein Geschäft gemacht hat!" — Abg. Gerhard Heidinger: „Der Arme gehört behandelt!") „Die Medizinische Universitätsklinik Graz verfügt über das mit Abstand größte Dialysezentrum Österreichs und Herr Dozent Dr. Poglitsch hat wohl auch die größten Erfahrungen mit Dialyse und Heimdialyse. Das Einzugsgebiet dieses Dialysezentrums ist so groß, daß die Plätze bei weitem nicht ausreichen und nachweislich Patienten vorerst noch nach Linz transferiert werden müssen, weil das derzeitige erweiterte Dialysezentrum des Allgemeinen Krankenhauses noch nicht ganz ausgelastet ist. Es ist eine Frage der Zeit, wann auch in Linz die Kapazitäten erschöpft sein werden und eine Abgabe von Patienten aus der Steiermark nach Linz nicht mehr möglich sein wird." Er schreibt dann weiter: „Wenn ich noch einmal auf die Steiermark zurückkomme, so erhalten die Patienten, die das Glück haben, nicht bei der Gebietskrankenkasse versichert zu sein, sondern bei einem anderen Sozialversicherungsträger, problemlos ihre Heimdialyse, während sie jedoch den zwangsweise bei der Gebietskrankenkasse Versicherten versagt wird. Mir scheint es völlig unmöglich, daß das Schicksal eines Patienten letztlich davon abhängt, welchem Sozialversicherungsapparat er, ohne darauf Einfluß nehmen zu können, in die Hände fällt." (Abg. Ileschitz: „Haben Sie das bestellt? Das ist ja eine Frechheit, was der Kerl schreibt!" — Abg. Pözl: „Unglaublich, das darf er ja nicht!" — Abg. Ileschitz: „Fragen Sie den Dozenten Dr. Poglitsch, der arbeitet mit uns zusammen, wir haben bereits zwei solcher Geräte in Betrieb! Das ist unerhört!") Unerhört, richtig! Bei allem betrachte ich es als unerhört, daß Sie glauben, ich bestelle mir solche Briefe, mein sehr verehrter Herr Präsident! (Abg. Ileschitz: „Das ist eine Frechheit!") Wir sind in keinem Schauspiel, wo man gewisse Dinge bestellen kann. (Abg. Ileschitz: „Da steht die Unwahrheit drinnen!") Der Brief stammt vom 22. Oktober 1975. Ich gebe ihn Ihnen zu lesen, wenn Sie wollen. (Abg. Dr. Dorfer: „Man nimmt gerne das Maß von den eigenen Schuhen!" — Abg. Gerhard Heidinger: „Jetzt will er alles nachholen, was er bei der Generalrede versäumt hat!" — Weitere unverständliche Zwischenrufe.)

Ich sage das deshalb, weil Sie sich in der Zwischenzeit als letzte in Österreich entschlossen haben, zwei solche Geräte zu kaufen. (Abg. Ileschitz: „Wir werden noch mehr kaufen, Herr Primarius!" — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Ist eh höchste Zeit!") Ich wünsche es, Herr Präsident. Ich wünsche es vor allem den Patienten, die es brauchen. (Abg. Ileschitz: „Das ist ein neuer Zweig der medizinischen Wissenschaft und dann müssen wir schon alles am 1. Tag haben!")

Kommen wir zur eigentlichen Gesundheitspolitik.

Ich möchte dort fortsetzen, wo ich begonnen habe, bei der Diskrepanz zwischen der Deklaration und den Taten. Ich kann Ihnen sagen, Zahlen sprechen hier eine ganz deutliche, weil nicht wegzu-

leugnende Sprache. Das Landesbudget der Steiermark 1976 hat den Bereich Gesundheitswesen um 15,6 Prozent angehoben und das Spitalswesen um 15,5 Prozent. Der Bund, in dem Sie allein verantwortlich sind, meine sehr Geehrten, hat dieses Gesundheitsbudget um 10 Prozent und den Anteil für die Spitäler um 25 Prozent gekürzt. Ich sage das deshalb, weil ich mich noch erinnere, daß Ihr großer Vorsitzender gesagt hat, eine Ihrer Aufgaben sei der Kampf gegen das vorzeitige Sterben. (Abgeordneter Pözl: „Jetzt sind alle gesünder!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Aber mit Ihrer Ferndiagnose werden Sie auch nichts ändern!“) Hören Sie lieber zu. Sie lernen etwas. Der Herr Paul Thun Hohenstein hat gesagt, das 19. Jahrhundert sei das Saekulum der Illusionen und das 20. Jahrhundert das Saekulum der organisierten Lüge. (Abg. Gerhard Heidinger: „Das mit dem Voltaire hat auch nicht gestimmt, Ihnen glauben wir nichts mehr!“) Da fällt mir ein, Willi Brandt hat gesagt, das 20. Jahrhundert sei das Saekulum des Sozialismus. Glauben Sie, ist da nicht ein Zusammenhang. (Heiterkeit bei der ÖVP. — Landesrat Dr. Klausner: „Herr Präsident, Sie haben die Kronenzeitung gestern nicht gelesen!“) Doch. (Landesrat Dr. Klausner: „Doch? Dann wissen Sie, wo der Zusammenhang ist!“ — Heiterkeit bei der SPÖ.)

Ob im Bund oder hier im Land, wo ein Teil des Gesundheitswesens, nämlich das Krankenanstaltenwesen in sozialistischen Händen ist, muß man leider feststellen, daß sich sozialistische Gesundheitspolitik in der Biedermannspose des permanenten Verteilens nach allen Seiten, der Gefälligkeit und des Gießkannenprinzips langsam aber sicher in eine Sackgasse der Ausweglosigkeit hineinmanövriert. Darüber kann auch nicht hinwegtäuschen, daß man kräftig Pläne produziert, die man wechselweise abschreibt.

Lesen Sie den Bundesspitalsplan der Frau Leodolter, dann werden Sie Teile des noch nicht beschlossenen steirischen Spitalplanes lesen. Lesen Sie den steirischen Spitalsplan, dann werden Sie wechselweise Auszüge des Bundesspitalsplanes lesen. (Landesrat Gruber: „Auf Ihren Spitalsplan können wir verzichten, mit dem Sie Bruck zusperren!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Von Koordination haben Sie noch nie etwas gehört!“) Bitte. Lassen Sie mich mit Wohlwollen über Ihre Tätigkeit sprechen. Mit Wohlwollen könnte man sagen: „Rührende Gesten der Hilfslosigkeit.“ Sollte man weniger Wohlwollen haben, müßte man sagen, es sind reine Alibifunktionen, die hier erfüllt werden. Frau Minister Leodolter veranstaltet laufend Enqueten und Kommissionen. Wahrscheinlich sind das die Fassaden, die eine hektische Aktivität ohne Inhalt vorspielen sollen. Die steirische Spitalkommission ist keine Ausnahme. Denn umgekehrt zur Größe ihrer Zusammensetzung ist die Spärlichkeit ihrer Sitzungen und die Intensität ihrer Ergebnisse. Ist auch kein Wunder. (Abg. Pichler: „Sie gehen ja eh nicht hin, Herr Präsident!“) Neun weisungsgebundene Verwaltungsbeamte, 5 Ärzte — davon 2 auch administrativ tätig — und 11 andere Personen, die man von allen Seiten aufgeboten hat, repräsentieren diese Spitalskommission. (Landesrat Gruber: „Sie sind da drin der einzige Unnot-

wendige!“ — Abg. Dr. Dorfer: „Das ist die Kommissionitis!“ — Abg. Pichler: „Ihr habt sie ja verlangt!“ — Abg. Jamnegg: „Aber in einer anderen Zusammensetzung!“) Dazu kommt noch die Bürokratie, die — nicht nur Gottes Mühlen mahlen langsam, sondern auch die Bürokratie — nur langsam und mühsam dem Fortschritt der medizinischen Entwicklung folgen kann. Ich meine nicht nur die Bürokratie des Landes, sondern vor allem auch die Bürokratie des Sozialversicherungsapparates. Die Entwicklung wird leider nicht in Richtung der Notwendigkeiten getrieben. Ich setze mich bewußt in Gegensatz auch zu eigenen Klubkollegen. (Landesrat Dr. Klausner: „Das haben wir schon gelesen, daß Sie sich in Gegensatz stellen!“) Man darf eine eigene Meinung haben, oder nicht? Darf man das nicht? (Abg. Pözl: „Bei uns darf man eine Meinung haben!“ — Landesrat Dr. Klausner: „Du hast ja Narrenfreiheit!“ — Abg. Pözl: „Aber, Herr Landesrat, Sie haben kein Mandat, Ihr Platz ist da oben!“ — Landesrat Dr. Klausner: „Ich habe vielleicht auch Narrenfreiheit!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Er hat immer Zeit zur Ferndiagnose!“ — Weitere unverständige Zwischenrufe.) Die Entwicklung unseres Gesundheitswesens, insbesondere des Spitalswesens, wird leider, und das möchte ich mit einigem Ernst sagen, durch ein gewisses Regionaldenken und wie jemand gesagt hat, vielleicht auch durch das Wunschdenken mancher, sich zu Lebzeiten da und dort Denkmäler zu setzen, wesentlich beeinflußt. Krankenhäuser sind zu kostspielige Denkmäler. Es gäbe billigere Formen. Die finanziellen Gegebenheiten werden früher oder später die Grenzen zwischen dem Notwendigen und Vertretbaren einerseits und dem Wünschenswerten, aber nicht Verwirklichbaren andererseits, deutlich erkennen lassen. Weniger, aber leistungsfähige Spitäler sind meines Erachtens mehreren und weniger gut ausgerüsteten Spitälern vorzuziehen. Allen alle Bedürfnisse befriedigen zu wollen, heißt auch auf diesem Gebiet nichts anderes, als daß allen weniger gegeben wird.

Ich glaube, daß auf die Dauer drei Punkte notwendig sind, um das Problem lösen zu können.

Erstens die finanzielle Sanierung der Krankenversicherungsträger. Ich scheue mich nicht, dem Generalredner der FPÖ, der zu diesem Thema gesprochen hat, persönlich zuzustimmen, da ich glaube, daß die persönliche Verantwortung des Patienten angesprochen werden muß, wenn wir aus dem derzeitigen Zustand herauskommen wollen.

Zweitens. Die Krankenhäuser müssen als Betrieb anerkannt und wirtschaftlich geführt werden. Sie sollten aus dem unmittelbaren Einflußbereich der Politik herausgenommen werden.

Drittens. Das Krankenhaus, wie es heute konstruiert ist, sollte von Aufgaben, die im prä- oder poststationären Bereich von der Ärzteschaft und auch von anderen Einrichtungen übernommen werden können, entlastet werden.

Ich glaube, daß es höchste Zeit wäre, daß sich das Land im Sinne der Regierungserklärung dieser Legislatur entschließt, einen Wirtschaftskörper zu bilden und sich damit begnügt, diesem Wirtschaftskörper einen gewissen begrenzten Zuschußbetrag zur Verfügung zu stellen. Aufgabe des Manage-

ments — eines eigenen geschulten Spitalsmanagements, eines Wirtschafts- und eines ärztlichen Managements — wäre es, für eine optimal effiziente Funktion auf ökonomischer, rationeller Basis zu sorgen. Die heutige konventionelle Methode ist unbefriedigend und wird eine Problemlösung nicht erreichen können. Denn, wie Sie glauben, daß man allen Wünschen, die von irgendwelchen Himmelsrichtungen herangetragen werden, dadurch Rechnung tragen soll, daß man da und dort Krankenhäuser baut und den Bettenraum ständig erweitert, das läuft letztlich darauf hinaus, daß zwar die Kosten steigen werden, nicht aber im gleichen Ausmaß die Effizienz.

Es ist hier, glaube ich, auch notwendig, daß wir zwei Institutionen danken, die der Entwicklung der steirischen Krankenanstalten im Sinne der Anpassung an die moderne Medizin wesentliche Impulse verliehen und hier bewiesen haben, daß der Fortschritt oft von außen rascher erreichbar ist als einfach von innen. Das ist die Errichtung von Herz- und Intensivstationen in den steirischen Krankenanstalten, für die der Herzfonds unter Professor Keindl namhafte Beträge in Bewegung gesetzt hat. Wäre das nicht geschehen, würden viele Spitäler heute diese Einrichtungen nicht haben und ich stehe nicht an, aus meiner eigenen Erfahrung zu sagen, daß sich die Zahl derer mehrt, die nach menschlichem Ermessen gestorben wären, wenn es diese Einrichtungen nicht ermöglicht hätten, den Patienten eine Überlebenschance zu geben.

Die zweite Initiative ist die Österreichische Krebsgesellschaft hier in der Steiermark unter Professor Moser, die die Ausrüstung von Krankenhäusern mit Endoskopiegeräten zur Frühdiagnose etwa des Magen- und des Dickdarmkarzinoms in der Höhe von 6 Millionen Schilling ermöglicht hat. Ich erinnere mich noch an die Jahre, wo die zuständigen Referenten — natürlich Juristen — Anforderungen für diese Geräte rundweg abgelehnt haben, weil sie gesagt haben, das sei zu teuer, das bräuchten wir nicht. In der Zwischenzeit ist die Entwicklung darüber hinweggegangen, heute gehört dies zur Grundausrüstung des Krankenhauses und auch zum Grundelement der ärztlichen Ausbildung.

Meine sehr Geehrten, es fehlen andere wichtige Maßnahmen. Es wurde heute schon gesagt, daß Dialyseeinrichtungen fehlen. Man sagt, auf eine Million Einwohner sollten 25 Einrichtungen entfallen. Sie haben dies gestern durch die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Loidl gehört. Wir haben diese Zahl noch weit nicht erreicht und es gibt bereits Ziffern, die den Bedarf wesentlich höher ansetzen. Unser Akutversorgungssystem ist nicht in Ordnung, wenn es hoch hergeht. Es war jetzt ein Symposium über Notfallsmedizin in Wien. Wenn man die Ausführungen dort gehört hat und sie mit unserer Wirklichkeit vergleicht, dann kann man an der Tatsache nicht vorübergehen, daß zum Beispiel der Weg vom Unfallsort oder vom Akutereignis bis zum Krankenhaus jene Gefahrenzone ist, die noch nicht durchschritten ist. Denn was nützt das beste Krankenhaus, was nützen die besten Intensiveinrichtungen, wenn der Patient am Transport dorthin nicht ordnungsgemäß, sachgemäß und notwendig versorgt wird, wenn er stirbt. Da

60 Prozent der Akutereignisse interne sind und nur 40 Prozent Unfälle, wäre es zweckmäßig, auf meinen Vorschlag vom vorigen Jahr zurückzukommen, eine Lösung zu suchen, daß zum Beispiel ein Rettungswagen aufgrund eines Abkommens mit dem Roten Kreuz im Krankenhaus stationiert sein sollte, damit ein Arzt aus dem Krankenhaus mit dem notwendigen Personal aus dem Krankenteam — die alle, wenn sie nicht in Anspruch genommen werden, im Krankenhaus normal mitarbeiten — jederzeit bereit ist, bei solchen Akutereignissen mit dem Rettungswagen auszufahren, um sicherzustellen, daß die Zeit des Transportes bis in das Krankenhaus durch entsprechend adäquate Hilfsmaßnahmen und fachliche und richtige Maßnahmen überbrückt werden kann. Wir haben bis heute noch nicht, auch nicht in einer Abteilung, in einem Krankenhaus den Versuch unternommen, die Akutfälle von den chronischen Fällen zu trennen, obwohl im Ausland statistisch bewiesen wird, daß die Kosten etwa im Bereich der chronischen Patienten um 25 Prozent niedriger anzusetzen sind als im Akutbereich. Wir werden noch immer Akutbetten mit chronischen Fällen blockieren. Hier wäre es eine einfache Möglichkeit, den vorhandenen Bettenraum funktionell zu teilen. Es ist für mich unbegreiflich, daß im Bereich der medizinischen Hilfsdienste nichts geschieht. Meine sehr Geehrten, 150 Dienstposten bei den Schwestern sind unbesetzt, aber wie läßt sich das vereinen, daß 239 Bewerberinnen wegen Platzmangels abgewiesen wurden, meine sehr Geehrten? Das ist doch ein klares Planungsversagen, man wußte doch, daß die geburtenstarken Jahrgänge kommen, man wußte, daß durch entsprechende gesetzliche Änderungen mehr Nachwuchs kommen wird, jetzt sind wir nicht einmal in der Lage, diesem Nachwuchs die Ausbildungsplätze zu geben und uns fehlen die Krankenschwestern in den Spitälern, gar nicht zu reden von der Heimkrankenpflege, wo das Personal fehlt. Wir haben noch immer keine Schule für Physiotherapie, obwohl wir eine medizinische Fakultät haben. Wir haben noch immer keine Schule für Diätassistenten, im Gegensatz zu Innsbruck und Wien, wo man all das längst hat. (Abg. Pözl: „Wen trifft denn die Schuld, daß wir das nicht haben?“ — Abg. Klobasa: „Den Personalreferenten!“) Das Schulwesen unterliegt nicht dem Personalreferenten. Davon können Sie sich im Budget überzeugen. (Abg. Klobasa: „Dann dem Gesundheitsreferenten!“)

Des weiteren glaube ich, daß man das Problem der Kosten doch einer gewissen Analyse unterziehen müßte. Ich habe mir die Mühe gemacht, einige Dinge auszurechnen. Wissen Sie, daß jeder Beschäftigte in der Steiermark im Jahr 1549 Schilling als Zuschuß für die Krankenhäuser zahlen muß, weil die Kostenfrage nicht geklärt ist? Wissen Sie, daß ein Bett in Graz pro Tag 312 Schilling, in Bruck 223 Schilling, in Leoben 265 Schilling und in den übrigen Krankenanstalten 191 Schilling an Zuschuß kostet? Wissen Sie auch, daß jene Spitäler, die in privater Hand sind und trotzdem zum Teil auch Öffentlichkeitsrecht haben, mit einem Zuschuß von nur 98,80 Schilling auskommen? Meine sehr Geehrten, da stimmt doch irgend etwas nicht. Da muß es doch Gründe dafür geben, warum so diffe-

rente Kostenentwicklungen bestehen. Ich warne alle, die hier an dieser Stelle für den Bau des Straßen- und Autobahnnetzes, beim Hubschraubereinsatz wirklich sehr überlegen, ob man in jeder Bezirksstadt ein neues Krankenhaus baut. (Abg. Hammerl: „Hartberg!“) Wenn ich nur zwei Krankenhäuser herausgreife. Eines hat 500 Betten. 500 Betten kosten 500 Millionen Schilling an Errichtung. (Unverständliche Zwischenrufe.) Das interessiert Sie gar nicht! Das stört Sie anscheinend gar nicht! Es kostet außerdem 125 Millionen Schilling Abgang jährlich. Ich glaube, es wäre sinnvoller, die Struktur unseres Gesundheitswesens doch einer Neuordnung zu unterziehen. Ich trete auf Grund schwedischer Eindrücke, die ich habe, für die Errichtung von Sozialstationen ein. Schwerpunkt wäre die Errichtung solcher Stationen mit einer Bettenstation, in die ich jene Patienten einweise, die ein Akutbett noch nicht oder nicht mehr brauchen und wo der behandelnde Hausarzt die Behandlung stationär übernehmen könnte. Man könnte Arztpraxen errichten und damit rein architektonisch und strukturmäßig die Voraussetzungen schaffen für Praxen. (Abg. Gerhard Heidinger: „Was Sie jetzt gesagt haben, erzähle ich jetzt dem Dr. Petrischek und dem Dr. Knauer, ich bin neugierig, was die dazu sagen!“) Herr Abgeordneter Heidinger, ich weiß, daß Neudau so bedeutungsvoll ist, daß es ein Hallenbad baut. (Abg. Gerhard Heidinger: „Das ist eine Zeitungsentee! Aber Sie haben gesagt, das geht nicht, das haben Sie gesagt! Er redet ja einen blauen Dunst daher!“) Ich wußte aber nicht, daß Neudau bereits ein regionaler Schwerpunkt ist. (Abg. Gerhard Heidinger: „Sie haben gesagt, daß der Hausarzt zur Behandlung hingehen soll. Ich werde ihn fragen, wo er die Zeit dazu hernimmt!“) Wir wollen das Forum nicht aufhalten. Beim Kaffee werde ich es Ihnen privat erzählen. (Abg. Gerhard Heidinger: „Das ist üble Demagogie!“ — Abg. Jamnegg: „Wir werden im Ausschuß darüber reden!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.) Es wäre die Möglichkeit einer Erste-Hilfe-Station. Es wäre die Möglichkeit der Unterbringung eines Arztekundendienstes. Wir hätten die Möglichkeit, dort einen Stützpunkt einzurichten. (Abg. Brandl: „Sagen Sie das überall?“ — Abg. Pichler: „Da kommt der schönste Blödsinn heraus!“ — Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Pluralistische Gesellschaft!“ — Abg. Dr. Dorfer: „Der Heidinger wird einen Herzinfarkt kriegen!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Kümmere Dich um dein Herz!“ — Abg. Pichler: „Der Piaty sagt, wir werden die Krankenhäuser abreißen, was heißt das?“ — Abg. Buchberger: „Das sind ja nur Gedankengänge!“ — Abg. Pichler: „Was heißt das? Steht der Mensch im Mittelpunkt? Das ist doch ein Blödsinn!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe. — Glockenzeichen — Präsident: „Die Herren Abgeordneten, die nicht dem Redner zuhören und sich untereinander unterhalten, werden darauf aufmerksam gemacht, daß das Buffet geöffnet ist.“ — Heiterkeit — Beifall bei der ÖVP.) Ich lasse mich sehr gerne vom Abgeordneten Pichler belehren, daß das alles ein Blödsinn ist. Ich habe den Blödsinn in Schweden gesehen. Das ist Ihre geistige Pilgerstätte. (Heiterkeit bei der ÖVP.) Ich würde dafür plädieren, daß man sich trotz dieses Blödsinns

solche Zentren als Stützpunkt für die Heimkrankenpflege und Fürsorge überlegt. Der Blödsinn kommt nicht von meinem Mist, sondern ich übernehme das von einem Krankenhausplaner, der in Graz wohnt. Es ist ein gewisser Architekt Tschom, dessen Arbeiten Sie lesen sollten, bevor Sie leichtfertig sagen, daß das ein Blödsinn ist. Ich wäre auch dafür, dort, wo die räumlichen Möglichkeiten sind, Begleitspitäler zu bauen und nicht zuletzt die vorhandenen Pflegeheime, wer immer der Rechtsträger ist, in ein umfassendes Gesundheitskonzept zu integrieren. (Abg. Gerhard Heidinger: „Fürstenfeld!“ — Abg. Schrammel: „Er will uns schrecken!“)

Meine sehr Geehrten. Im Sinne eines sinnvollen Gesundheitsschutzes will ich Ihr labiles Nervensystem nicht mehr weiter belasten. Bevor ich zum Schluß komme, möchte ich einer Verpflichtung folgen und in meinem Namen und im Namen meiner Fraktion meinen Kollegen, den steirischen Ärzten in den steirischen Krankenanstalten und den Mitarbeitern, den Schwestern, dem gesamten medizinischen Hilfspersonal und den Bediensteten für ihre Einsatzbereitschaft, für die Intensität bei der Arbeit herzlich danken. Denn das sind die Voraussetzungen dafür, daß trotz vorhandener Mängel unser System noch immer zu einer weitreichenden Zufriedenheit funktioniert. Dem Herrn Referenten wünsche ich, wie jedes Jahr — ich darf das in einem Jahr, das langsam zu Ende geht, sagen —, mehr Mut zum Experiment, mehr Dynamik, mehr Ideenreichtum und mehr Fortschrittlichkeit. (Beifall bei der ÖVP. — Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Ich werde es Ihnen nachher erzählen!“ — Abgeordneter Gerhard Heidinger: „Ich wünsche ihm einen anderen Ärztekammerpräsidenten!“)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Loidl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Loidl: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Man kann in den Protokollen nachlesen, was ich gestern hier zur Gesellschaft für Gesundheitsschutz im einzelnen gesagt habe. Ich erkläre, daß ich kein einziges Wort davon zurücknehme. Es war dies kein Angriff gegen den Herrn Präsidenten Piaty persönlich, sondern gegen die Gesellschaft, gegen die Verwendung der Subventionsmittel in beträchtlicher Höhe. Es war zu erwarten, daß der Präsident Piaty heute in dieser Form antwortet. Seine Versicherung, daß er persönlich die Garantie übernimmt, daß alles mit rechten Dingen zugegangen ist (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer: „Ist es auch!“) ist mir zu wenig. Ich ersuche den Herrn Landeshauptmann, daß er die Kontrollabteilung mit der Überprüfung dieser Gesellschaft beauftragt. (Abgeordneter Pölzl: „Das ist ein neuer Weg hier!“ — Abg. Dr. Dorfer: „Ich habe es ja immer gesagt, der Loidl ist ein vernünftiger Mensch!“) Hier sind von mir bestimmt nicht leichtfertige Behauptungen aufgestellt worden. (Abg. Dr. Piaty: „Aber unrichtige!“) Ich behaupte, daß sie richtig sind. Präsident Piaty behauptet, daß sie unrichtig sind. Wer sonst sollte das überprüfen, als eine unabhängige Instanz. Ich habe in die Kontrollabteilung vollstes Vertrauen.

Es soll dieser Bericht hier zur Diskussion gestellt werden und dann wird man sehen, wer recht hat. Ich bin der letzte, wenn es sich herausstellt, daß ich im Unrecht war, der das nicht zugibt. Ich bitte den Herrn Landeshauptmann, daß das geschieht. (Beifall bei der SPO.)

Präsident: Zum Worte gemeldet ist der Herr Landeshauptmann Dr. Niederl. Ich erteile ihm das Wort.

Landeshauptmann Dr. Niederl: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein sehr verehrter Herr Abgeordneter!

Ich darf Ihnen mitteilen, daß die Kontrollabteilung beauftragt wurde, gerade diesen Bereich zu kontrollieren, das ist geschehen. Von mir wurde der Bericht bereits unterfertigt und dem zuständigen Referenten im Herbst weitergegeben. Er wird über die Regierung eingebracht in den Kontroll-Ausschuß und dort wird man über diesen Bericht diskutieren können. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Erste Landeshauptmannstellvertreter Sebastian.

Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: Werter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten!

Ich habe von dieser Stelle aus schon oftmals die Gelegenheit gehabt, auf die Wichtigkeit der Aufgabe der Allgemeinheit im Zusammenhang mit dem Gesundheitswesen hinzuweisen. Es ist das sicherlich eine der schönsten Aufgaben, die sich eine Gebietskörperschaft wie das Land gestellt hat, es ist eine der wichtigsten Aufgaben, die wir zu erfüllen haben, aber wie die Diskussion zeigt, auch eine der schwierigsten Aufgaben, die wir für die Menschen unseres Landes erfüllen. Wenn wir die Frage der Gesundheit so definieren, wie das zum Beispiel der Herr Professor Burghardt bei seinem Vortrag beim diesjährigen Osterreichischen Krankenhaustag gemacht hat, bei dem er gemeint hat, daß die Gesundheit ein öffentliches Gut sei, so kann jeder Bürger daraus schließen, daß in unserem sozialen System der Bürger einen Rechtsanspruch darauf hat, daß ihm die hierfür notwendigen Einrichtungen zur Verfügung stehen. Das Gesundsein und Gesundwerden, meine Damen und Herren, hat, obwohl dies nirgends verfassungsrechtlich verankert ist, den Charakter von Grundrechten. Es hat jeder im Staat das Recht, zu fordern, daß ihm die für die Erhaltung und Wiedererlangung seiner Gesundheit notwendigen Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden.

Ich wollte diese Definitionen und diese Deklarationen im Zusammenhang mit dem Gesundheitswesen an die Spitze meiner Ausführungen stellen, weil ich glaube, trotz aller Kritik, die es dort und da berechtigt, manchmal auch unberechtigt gibt, daß das Land Steiermark sich im weitesten Sinne und im Rahmen dessen, was möglich ist, bemüht hat, dieser Auffassung Rechnung zu tragen. Ich werde noch Gelegenheit haben, darauf hinzuweisen, daß es natürlich so wie Ihnen, meine Damen und Herren Abgeordneten, im Hinblick darauf, was zur Verfügung steht, für mich als Referenten noch spür-

barer und schmerzlicher ist, wenn die Vorstellungen und die Forderungen, die erhoben werden, nicht erfüllt werden können, weil eben im Schoße der Regierung andere Auffassungen über die Verteilung der Mittel herrschen. Ich möchte aber — ich werde bei den Diskussionsbeiträgen noch darauf zu sprechen kommen, Frau Abgeordnete Jammegg — im Zusammenhang mit dieser Deklaration, zu der wir uns jetzt, wenn auch mit kritischer Betrachtung und gewisser Distanz, doch allgemein immer bekannt haben, mit allem Ernst sagen, daß Ihr Ausdruck „Diese Floskel haben wir Jahr für Jahr gehört!“ von Ihnen vermutlich nicht so gemeint war, denn sonst müßte ich sagen, daß es mir, Frau Abgeordnete, keine Floskel ist, wenn ich hier wiederum trotz der Schwierigkeiten, die es gibt, wiederhole, daß die Frage, was ein Menschenleben kosten darf, von uns nicht gestellt werden kann. (Abg. Jammegg: „Aber das ist zu wenig, Herr Landeshauptmann!“) Die moderne Medizin kostet Geld. (Abg. Jammegg: „Wenn Sie die Menschenleben sichern wollen, dann müssen wir die Finanzierung sichern. Das ist doch Voraussetzung. Alles andere ist ein totales Mißverständnis!“) Frau Abgeordnete, ich habe versucht, Ihnen eine Brücke zu bauen und ich sage das noch einmal, ich habe gesagt: „Wahrscheinlich sind hier Mißverständnisse, aber für mich und für meine Fraktion ist das keine Floskel.“ (Abg. Jammegg: „Aber die Bundesregierung hat doch versprochen, eine Neuordnung zu machen!“) Haben Sie Geduld, ich habe ja gesagt, ich sage das zu dieser Deklaration, diesem Bekenntnis, zu Ihrem Beitrag aber werde ich noch gesondert kommen. Aber ich stelle das an die Spitze. Wenn alles so einfach wäre, wie es immer dargestellt wird, dann hätten heuer beim Deutschen Krankenhaustag in Düsseldorf Fachleute von allen Ländern Europas und aus Übersee nicht wiederum darauf hingewiesen, wie schwierig das Problem ist. Wissen Sie, was diese Fachleute errechnet haben? Wenn die Entwicklung in der Medizin, der Zuwachs im Gesundheitswesen (Abg. Jammegg: „Da kann man doch nicht resignieren!“) — das ist kein Fatalismus, wie Sie das bezeichnen, sondern das ist die Situation — so weitergeht, dann wird im Jahre 2028 der gesamte Zuwachs des Sozialproduktes für die Medizin, das heißt für die medizinische Entwicklung und die Erfordernisse auf dem Gesundheitswesen aufgewendet werden müssen. Dies wird Ihnen, Herr Präsident Piaty, trotz vieler Widersprüche, die es mit ihm gibt, bestätigen. Auch Professor Fellingner hat das schon vor Jahren bei Ihrer Aktion 20 gesagt, wenn sich auch mittlerweile das alles schon wieder geändert hat. Es bliebe für alles andere nichts mehr übrig.

Ich habe das nur deshalb angeführt, um zu zeigen, wie komplex diese Materie ist. Man kann natürlich sagen, daß da und dort das eine und das andere gemacht werden soll, aber wir werden an eine Grenze stoßen, bei der es nicht mehr eine Frage des Geldes allein ist, sondern bei der wir uns — wie es der Abgeordnete Piaty zum Schluß gesagt hat — fragen müssen, ob wir es dort oder da noch machen sollen. Das wird also die Frage sein.

Ich möchte nur folgendes noch sagen: In diesem Kapitel wird nunmehr das Gesundheitswesen im

weitesten Sinne von der Diskussion über den Umweltschutz und die Präventivmedizin bis zu den Einrichtungen, die sich mit den Fragen der Medizin befassen, behandelt. Ich finde diese Zusammenfassung außerordentlich gut, ist doch auch schon daraus zu ersehen, daß die Fragen des Gesundheitswesens viel mehr in den Mittelpunkt der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen gerückt sind. Durch diese Tatsache wurde das ganze Problem, das früher eine sekundäre Rolle spielte, heute fast zu dem Gegenstand schlechthin. Die Probleme beginnen mit dem Einatmen der Luft und dem Trinken des Glases Wasser, hören dort auf, wo letztlich alles Menschliche sozusagen endet, wenn ich an unsere Prosektur und an unsere Pathologie denke. Auch zu diesen gibt es Zukunftspläne und ich werde noch einiges dazu sagen.

Ich möchte aber zu dieser Deklaration, meine Damen und Herren, auch noch allen Dank sagen, die sich mit den Fragen des Gesundheitswesens befassen und hier vor allen Dingen den Schwestern und Ärzten und dem Jugendrotkreuz, die sich so unendlich viel mit den kranken Menschen befassen. Ebenso möchte ich der Krebsgesellschaft unter Prof. Moser Dank sagen, der es in dankenswerter Weise mit seinen Mitarbeitern immer wieder verstanden hat — wie auch jetzt in jüngster Zeit für ein sehr wichtiges Gerät —, Gelder aufzutreiben, die uns zur Verfügung gestellt werden, um eine Reihe von Maßnahmen zu setzen, die in unseren Krankenanstalten wichtig sind.

Meine Damen und Herren, ich möchte mit Rücksicht darauf, daß wir uns in Kürze über diese Fragen im Ausschuß unterhalten werden, Ihre Zeit nicht zu sehr in Anspruch nehmen, weil ich einsehe, daß der heutige Tag auch noch anderen Gruppen gewidmet ist. Aber ich möchte doch auf ein paar Zahlen, obwohl ich weiß, daß Zahlen verwirren, hinweisen, die mir wichtig erscheinen. Erstens einmal könnte ich jetzt wieder, wenn Sie wollen, eine lange Diskussion darüber entfachen, daß ja die wesentliche Steigerung nicht auf dem Gebiet des Sachaufwandes, nicht beim Geräteein-schaffen, sondern die wesentliche Steigerung auf dem Sektor des Personals liegt. Und ich sage jetzt nicht, daß da der Kollege Wegart schuld ist, sondern ich habe schon gesagt, daß das die Arbeitszeitverkürzung, der Geräteeinsatz, der Ausbau und die intensivere Behandlung ist. Da gibt es eine Vielzahl von Faktoren, wenngleich ich auch hier einenge und für mich deponiere, daß es auch da zu sparen gäbe, wenn die Geschäftsordnung eingehalten würde. Nach der Geschäftsordnung wäre es so, daß der zuständige Referent sagt, daß eine freie Stelle zu besetzen wäre und die Abteilung 1 dann entscheidet, ob diese Stelle dann besetzt wird oder nicht. Heute ist es so, daß ich draufkomme, daß schon wieder jemand angestellt wurde, den wir überhaupt nicht angefordert haben. Daher lehne ich die Verantwortung dafür ab. Aber allein die Erhöhung der Dienstposten von 1965 bis 1976 betrug 2371 Dienstposten aus mannigfachen Gründen. Aber ich könnte noch eine Reihe anderer Gründe nennen, die sicherlich auf dem Sektor einiges einsparen ließen. Ich hätte schon im Interesse des Ressorts, aber auch im eigenen, ein Ersuchen an Sie, meine

Damen und Herren Abgeordneten, nämlich, daß Sie nicht nur das Präliminare sehen und kritisieren, sondern daß Sie auch die Rechnungsabschlüsse anschauen. (Abg. Dr. Heidinger: „Wenn wir sie bekommen, Herr Landeshauptmann!“) Denn der Rechnungsabschluß aus dem Jahre 1973 zeigt doch (Abg. Dr. Heidinger: „Den haben wir leider nicht!“), daß das Präliminare von 493 Millionen Schilling um 107 Millionen Schilling unterschritten wurde und eine Verbesserung um 4,64 Prozent erfolgte. Für das Jahr 1974 waren 386 Millionen Schilling als Abgang präliminiert. Auch dieser Abgang wurde um 124 Millionen Schilling unterschritten. Das heißt, wir haben nicht so hohe Verluste gehabt, wie sie im Präliminare vorgesehen waren.

Für das Jahr 1976 sind 676 Millionen Schilling als Abgang, als Zuschuß, wenn Sie wollen, präliminiert. Herr Abgeordneter Piaty — ich verstehe Sie nicht ganz, aber bitte, das kommt bei uns zwar gelegentlich vor —, wenn Sie das Präliminare, den Zuschuß, den Verlust oder den Abgang sehen, dann dürfen Sie diesen nicht einfach auf die Verpflegskosten umlegen. Man darf den Verlust nicht so ausgleichen, sondern von diesem Abgang muß man all das abziehen, was an Bauten im ordentlichen Haushalt in den Krankenanstalten vorgenommen wird. Diese Baukosten darf man als Rechtsträger des Krankenhauses gar nicht auf die Pflegegebühren umlegen. Es liegt in unserem Ermessen, ob wir in den Krankenanstalten etwas tun oder nicht. Aber diese Kosten sind nicht umlegbar auf die Verpflegskosten. Meine Damen und Herren, es wird so oft gesagt, daß es schrecklich ist, was uns das kostet. Es wird davon geredet, daß die Krankheit das größte Gut ist, das es zu schützen gilt. (Landesrat Peltzmann: „Gesundheit!“) Entschuldigung, die Gesundheit! (Abg. Nigl: „Der Sigmund Freud hätte seine Freud!“) Die jährliche Belastung betrug im Voranschlag für das Jahr 1973 pro Kopf der Bevölkerung 413 Schilling und nach dem Rechnungsabschluß 323 Schilling. Im Voranschlag 1974 waren 434 Schilling präliminiert, tatsächlich waren es 398 Schilling. Im Voranschlag 1975, wofür es noch keinen Rechnungsabschluß gibt, waren es 546 Schilling. Wenn Sie wollen, kann man das auch auf den Tag umlegen. Kostensteigerungen sind auf allen Gebieten eingetreten, soweit sie den Sachaufwand betreffen. 1973 mußten die Steirer pro Kopf der Bevölkerung 1,14 Schilling täglich für die Erhaltung aller Krankenanstalten aufwenden. Nach dem Rechnungsabschluß 1963 waren es 89 Groschen. Nach dem Voranschlag 1974 waren es 1,19 Schilling, nach dem Rechnungsabschluß 1,09 Schilling. Wenn ich denke, daß eine Zigarette fast 2 Schilling kostet, muß ich sagen, ist das, was die steirische Bevölkerung für dieses wichtige Gebiet ausgeben muß, sicherlich noch nicht so schlimm (Landesrat Peltzmann: „In welchem Zeitraum?“), obwohl pro Kopf und Tag ein Schilling ausgegeben werden muß. Nach dem Voranschlag 1976 werden es 1,56 Schilling sein.

Ich habe vorgehabt, weil das voriges Jahr gewünscht und angeregt wurde, einige der wesentlichen Dinge zu sagen, die in unseren Krankenanstalten in diesem Jahr geschehen sind. Mit Rücksicht auf die Diskussion, von der Sie erwarten, daß

ich sie beantworte, enthalte ich mich dieser Absicht, weil sonst zuviel Zeit in Anspruch genommen würde.

Ich möchte allen Damen und Herren, die zu diesem Problem Stellung genommen haben, danken. Ich danke dem Herrn Bürgermeister Lind, der in sehr korrekter Weise, trotz des Problems und des Drängens, das er draußen hat, über die Situation des Krankenhauses in Hartberg gesprochen hat. Sie wissen, Herr Bürgermeister, wir haben den Grund angekauft. Wir werden in den letzten Jahren in diesem Krankenhaus Hartberg rund 20 Millionen Schilling verbaut haben, wenn die Ambulanz, die wesentlich zur Erleichterung beitragen wird, umgebaut sein wird.

Das Problem der Ärzteversorgung steht im Mittelpunkt aller Auseinandersetzungen. Ich bedaure, daß gesagt wird, daß nicht so viele Medizin studieren sollten, denn wir haben in der Steiermark einen eklatanten Ärztemangel. Die Bürgermeister wissen, daß sich die Gemeinden untereinander konkurrieren, indem sie dem Arzt eine Wohnung, eine Ordination, eine Fischerei, eine Jagd, ein Darlehen und, wenn notwendig, ein Reitpferd zur Verfügung stellen, um den Arzt zu bekommen. Ich hoffe, wenn es in der nächsten Zeit mehr Absolventen gibt, daß es uns möglich sein wird, Ärzte hinauszubekommen. Das Land hat mit dem neuen Landes- und Gemeindegesetz und dem Distriktsärztegesetz einiges dazu getan. Meine Bitte an die Ärztekammer ist, hinsichtlich der Facharztausbildung etwas regulierend zu wirken und dafür einzutreten, daß die Fachärzte hinausgehen. In Graz haben wir in jeder Straße von jeder Facharztsparte genug. Aber draußen ist es schon schwieriger, einen Facharzt anzusiedeln.

Ich muß, Herr Bürgermeister Lind, sagen, daß dieses Viereck Hartberg—Feldbach—Fürstenfeld—Oberwart gut mit Betten versorgt ist und zwar weit über internationale Normen hinaus. Wir werden uns mit dem Problem befassen und versuchen, die Verweildauer zu verkürzen. Die Frau Abgeordnete wird sagen, daß sie das schon immer gesagt hat. Es sagt mir nur niemand das Rezept. (Abg. Dr. Piaty: „Das kostet noch mehr! Die intensivere Behandlung kostet mehr!“) Fragen Sie Ihren Präsidenten hinter sich, wie das geht. Ich habe hier eine internationale Statistik, wie das mit der Verweildauer aussieht. Das ist ein Problem. Ich möchte jetzt nicht länger darüber sprechen. Jetzt will ich auf die Meinung des Herrn Abgeordneten Piaty, die er in der von ihm kritisierten Spitalskommission über das Krankenhaus Hartberg vertreten hat, zu sprechen kommen.

Dem Abgeordneten Klobasa wünsche ich nur, daß Loipersdorf ein kleines Abano wird. (Abg. Ing. Stoisser: „Dem Schrammel, denn der ist gelaufen!“) Das wäre sehr wünschenswert. Es bräuchten dann einige von uns nicht so weit anreisen. (Abg. Schrammel: „Er hat nur ein fremdes Federl aufgesteckt!“)

Zur Frau Abgeordneten Jamnegg: Ja, mein Gott! (Heiterkeit.) Ich weiß nicht, wo ich anfangen sollte, sehr geehrte Frau Abgeordnete. Das eine mit der Floskel habe ich schon gesagt. Für uns ist das bit-

terer Ernst. Das zweite: Was ist leichter als aufzustehen und zu sagen, die Bundesregierung tut nichts (OVP: „Das stimmt ja!“) und es wäre ihre Aufgabe? (Abg. Jamnegg: „Sie redet ja nur!“) Sie verkennen die Situation. (Abg. Jamnegg: „Nein, gar nicht!“) Die Bundesregierung kann gar nichts anderes tun als einen Plan erstellen und dann sagen (Abg. Jamnegg: „Aber die anderen zahlen!“), wenn sich die Länder nach diesem Plan halten, dann bekommen sie Geld dafür, wenn sie es nicht tun, dann nicht. (Abg. Jamnegg: „Aber die Bundesregierung hat doch eine Neuordnung versprochen!“ — Abg. Dr. Piaty: „Aber sie hält sich sowieso nicht daran!“) Warten Sie, ich komme schon dazu. Es gibt nämlich noch jemanden, der abschreibt. Das ist die einzige Möglichkeit. Daß die Bundesregierung nichts getan hat, stimmt nicht. Sie hat jedenfalls mehr getan als jede andere Regierung vorher, denn wir haben nie mehr als 50 Millionen Schilling erhalten. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Das ist ein alter Hut!“ — Abg. Jamnegg: „Mehr Schreibtische!“) Wenn Sie uns die Dinge sagen, werden Sie die Geduld aufbringen und mir zuhören müssen, um Ihnen zu sagen, wie es war. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Wir haben ohnedies viel Geduld!“) Es war nie möglich, mehr als 50 Millionen Schilling für die Erhaltung der Spitäler im Finanzausgleich zu erhalten. Das werden Sie nicht bestreiten. Sie brauchen nur die Budgets hernehmen. Diese Summe war für ganz Österreich. Wir Steirer allein haben von dieser Bundesregierung neben den Mitteln klinischer Mehraufwand, Betriebsabgänge usw., die schon immer bezahlt wurden, immerhin in den letzten drei Jahren im außerordentlichen Voranschlag allein pro Jahr 40 Millionen Schilling bekommen, also insgesamt 120 Millionen Schilling. (SPO: „Das ist etwas anderes!“ — Abg. Jamnegg: „Das haben wir nicht gewußt!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Das müßten Sie aber wissen, Frau Kollegin!“) Wir haben, Frau Abgeordnete, das erste Mal (Landesrat Peltzmann: „Wir hören das das erste Mal!“) unter dieser Bundesregierung 30 Dienstposten mehr im Bundesdienstpostenplan bekommen. Auf dem Sektor des Betriebsabganges wurde der Bundeszuschuß von früher 18,75 Prozent auf 28 Prozent erhöht. Wir haben unter diesem Titel mehr als 40 Millionen Schilling bekommen. Sie haben von der Rechtsabteilung 12 eine Aufstellung bekommen, aus der Sie das herauslesen können. Nun sagten Sie, daß gekürzt wurde und nichts geschehen sei. Es liegt nicht an der Bundesregierung, sondern am Spitalerhalterverband, in dem Ordensspitäler, Gemeindegspitäler, Privatspitäler, alles beisammen ist. (Abg. Dr. Piaty: „Vor allem die Gemeinde Wien!“) Auch! Ich sage ja, alle Spitäler, die öffentlichen, die Orden, die privaten, die Gemeinden, alle sind drinnen. Wir haben den Gesetzauftrag bekommen — die Verbindungsstelle der Bundesländer wurde damit beauftragt — Kennziffern zu erarbeiten, damit nicht auch ein schlecht geführtes Krankenhaus subventioniert wird. Diese Arbeit ist nicht fertig geworden, obwohl sich die Landeshauptmännerkonferenz, die Finanzreferentenkonferenz und der Spitalerhalterverband bemüht haben. Es liegt nicht an uns, sondern von den Ländern Delegierte haben diese Kennziffern zu erarbeiten. Wenn diese Arbeit erledigt ist, dann

wird wiederum auf die 28 Prozent gegangen und wir werden dieses Geld wieder bekommen.

Ja und dann sagten Sie, es werde gebaut, ohne daß man wisse, ob man das überhaupt wolle. Sie tun mir, ob der Sorge, die Sie sich machen, leid, aber ich hoffe, ich kann Sie jetzt dieser Sorge entbinden und zwar deshalb, weil das, was jetzt gebaut wird, im Rahmen eines 10-Jahres-Programms, das wir beschlossen haben, gebaut wird. Dieses 10-Jahres-Programm hat leider eine enorme Verzögerung erhalten und jetzt könnte ich wie mein Kollege Gruber sagen, daß ich glücklich wäre, wenn Sie mich mehr unterstützen, denn in der Regierung ist alles, was ich bekomme, zuviel. Da gibt es einen stereotypen Satz: „Der Herr Finanzreferent ist ja Ihr Kollege, Sie sind bevorzugt und bekommen ohnedies so viel Geld“, und man freut sich, wenn man da noch etwas herunterstreichen kann. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Schaut er nicht auf Sie, der Finanzreferent?“) Wenn ich sagte, wir haben das, was wir uns vor 10 Jahren vorgenommen haben, nicht erfüllt, dann mögen Sie das aus den folgenden Zahlen ersehen: 1970 hatte dieses Ressort an den gesamtvorgesehenen außerordentlichen Mitteln noch einen Anteil von 23,09 Prozent. Im Jahre 1971 sind wir auf 15,42 Prozent abgefallen, im Jahre 1972 auf 8,45 Prozent, im Jahre 1973 auf 5,63 Prozent und im Jahre 1974 wieder angestiegen auf 10,40 Prozent und 1975 auf 14,31 Prozent und 1976 sind wir wieder auf 11 Prozent. (Abg. Dr. Piaty: „Das war der außerordentliche Voranschlag! Da muß man auch die Beträge des ordentlichen Voranschlages sagen!“) Herr Abgeordneter Piaty, ich habe nur vom außerordentlichen Haushalt gesprochen, weil es ja um die Sorge der Frau Abgeordneten ging, daß wir etwas bauen, das wir gar nicht wollen. Deshalb habe ich das gesagt. (Abg. Jamnegg: „Ich bitte, ich habe etwas ganz anderes gesagt. Wir werden noch darüber reden. Im Protokoll steht ja auch etwas anderes!“) In absoluten Ziffern waren es 1970 98,8 Millionen Schilling — immer ohne Bundeszuschuß —, 1971 96,8 Millionen Schilling, 1972 waren es 65 Millionen Schilling, 1973 73,4 Millionen Schilling, 1974 113 Millionen Schilling, 1975 132,7 Millionen Schilling und für 1976 sind es 140 Millionen Schilling. Das 10-Jahres-Programm wurde schon beschlossen. Um die Zukunft brauchen Sie sich daher nicht viel Sorge machen. Ich fürchte nur, es wird uns nicht viel übrigbleiben als „ja“ zu sagen zum Strahlentank, zur Zahnklinik und zur Pathologie, wenn sie uns nicht über dem Kopf zusammenfallen soll, sowie zu einigen anderen Dingen mehr, wenn ich da die Schreiben, die ich bekomme, sei es von Deutschlandsberg, von Hartberg, von Rottenmann usw. lese. Aber das sind ja Dinge, die wir uns dann ausmachen werden, ich wollte Sie nur dieser Sorge entheben.

Ich möchte mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten, die daraus erwachsen können, über die Frage der Teilung der Frauenklinik hier nicht reden. Denn man sollte nicht unbegründetermaßen Mißtrauen säen. Herr Primarius, Sie wissen um die Problematik. Der Herr Primarius Stepantschitz und ich haben wiederholt die Gelegenheit gehabt, darüber zu sprechen. Ich sage nicht mehr, als daß die

Angelegenheit problematisch ist und daß man sich sehr schwer tut, wenn man dort, wo man erwarten würde, daß Entscheidungen getroffen werden, nicht bereit ist, Entscheidungen zu fällen. Ich möchte nur eines sagen: Ich bin nicht davon überzeugt, daß die Führung der Frauenklinik billiger wäre, wenn es eine landschaftliche Abteilung würde. Denn bedenken Sie, wir würden dann den klinischen Zuschuß nicht mehr bekommen und wir müßten dann die Ärzte selbst bezahlen. Im Medikamentenverbrauch ist kein so wesentlicher Unterschied. Überlegen Sie, daß man dann aber zwei Chefkanzleien, zwei Ambulanzen und die Operationsäle doppelt noch einbauen müßte. Wo ist der Platz dafür? Auch hier ist das nicht so einfach. (Abg. Jamnegg: „Das hätten wir beraten müssen! Das ist ein Vorschlag, über den wir reden müssen!“)

Herr Abgeordneter Dr. Stepantschitz, ich danke Ihnen für Ihren Beitrag, Sie wissen, wie wir uns um die Gesamtplanung ständig bemühen. Sie haben das auch anerkannt. Zur Frage der Isotopen; ich habe darüber Erhebungen führen lassen. Nach den derzeitigen Bestimmungen des Krankenanstaltengesetzes ist eine Änderung nicht möglich, wohl ist aber nach dem Strahlenschutzgesetz anzusehen. Entsprechende Aufforderungen sind ergangen, wir werden den Dingen nachgehen. Es wird eine Aufgabe der Regierung sein, eine Entscheidung zu treffen, ob trotzdem Förderungsmittel gegeben werden. Denn nur so können wir andere zwingen, im Rahmen des Krankenanstaltenplanes zu bleiben.

Ich lese heute, daß Sie über die Bezahlung der Primare zur „Kronen-Zeitung“ schon mehr gesagt haben als hier gestern abend. Ich bewundere Ihren Mut, wir werden beim Krankenanstaltengesetz Gelegenheit haben, über diese Frage zu reden. Ich glaube auch und habe diesen Standpunkt ja immer vertreten, daß es in der ärztlichen Behandlung keinen Unterschied geben darf. Die bessere Verpflegung und die bessere Ausstattung eines Zimmers, z. B. durch Vorhänge, ist nicht Sache des Arztes. Das müßte dem Land zugute kommen, denn dieses sorgt für die besseren Zimmer und die bessere Verpflegung. Aber ich sage noch einmal, ich habe absichtlich einen Gesetzesentwurf ausarbeiten lassen, der sich nicht nur darauf beschränkt, das Rahmengesetz des Bundes auszuführen und nur das Schiedsgericht und die Frage des operativen Eingriffes in den Krankenhäusern neu zu regeln, sondern weitere Regelungen beinhaltet. Ich könnte mir vorstellen, daß wir dann einen Unterausschuß einsetzen, der sich mit diesen Dingen befaßt, weil es im Entwurf ja auch Alternativen gibt. Man könnte sich dann für die eine oder andere Lösung entscheiden. Ein Modell gibt es ja, das Unfallkrankenhaus, Sie haben es selbst angezogen, das vermutlich wie alles Menschliche mit Fehlern und Mängeln behaftet ist.

Hinsichtlich des Parkhochhauses möchte ich nur soviel sagen, daß wir diese Verkehrsenquete machen werden. Ich bedauere es nur, daß das Bauamt Graz damals drei Jahre gebraucht hat, um zu dem schon fertiggeplanten Projekt Stellung zu nehmen und dann solche Auflagen vorzuschreiben. Dann ist die Ölkrise dazugekommen und die Firma hatte kein

Interesse mehr zu bauen. Jetzt müssen wir die Dinge selbst bauen.

Kollege Loidl hat sich mit der Frage der Gesellschaft für Gesundheitsschutz auseinandergesetzt. Ich darf bei den Ausführungen des Kollegen Piaty noch darauf zurückkommen. Ich möchte nur folgendes sagen: Es ist das sehr viel Geld, das da gegeben wurde. Wir haben uns seinerzeit an die Gesellschaft gewandt, als wir das automatische Blutgruppenbestimmungsgerät für das Krankenhaus angeschafft haben. Wir haben auch einen Betrag bekommen, ich glaube, das war damals eine Million Schilling. Ich danke heute noch dafür.

Ich habe jetzt dem Kollegen Jungwirth geschrieben, weil in den Statuten dieser Gesellschaft die Präventivmedizin, im besonderen im Zusammenhang mit dem Mutter-Kind-Paß, verankert ist. (Abg. Dr. Piaty: „Das Wort ‚Mutter-Kind-Paß‘ steht nicht in den Statuten, weil der Mutter-Kind-Paß erst später geschaffen wurde!“) Es ist die Rede von der Gesundheitsvorsorge für die werdende Mutter. Ich trete dafür ein, daß man dem dem Herrn Prof. Dr. Möse unterstellten Institut in der Mandellstraße, das sich ausschließlich mit der Blutuntersuchung für werdende Mütter befaßt, wenigstens einen Mietzinszuschuß jährlich zukommen läßt. Diese Toxiplasmosestation bringt den Vorteil, daß die werdende Mutter, die nicht immer im besten Zustand ist und der es leicht übel wird, nicht lange warten muß. Dort hat sie die Möglichkeit, rasch abgefertigt zu werden. Ein einmaliger Beitrag von einigen 100.000 Schilling zur Miete wäre bei der großen Summe, die Sie dort zur Verfügung haben — von den anderen Dingen rede ich nicht —, möglich gewesen. Ich bin sehr überrascht, daß ich die Antwort bekommen habe, das sei nicht möglich. (Abg. Dr. Piaty: „Sie sind falsch informiert. Der Betreffende bekommt von den Krankenversicherungsträgern für eine Untersuchung 120 Schilling in seinem Labor! 16.000 Schwangere von der ganzen Steiermark werden nicht nach Graz zu einer Blutuntersuchung kommen, was soll denn das für einen Sinn haben? Das ist eine sinnlose Verpulverung!“) Sie mißverstehen mich. Nein. Die Toxiplasmosuntersuchung kann nur dort gemacht werden. Wenn es draußen abgenommen wird, muß es eingeschickt werden. (Abg. Dr. Piaty: „Das ist der normale Weg! Man wird doch nicht dafür von Rottenmann herunterfahren!“) Die Frequenz ist sehr groß, weil die Frauen im Krankenhaus viel länger und gemeinsam mit den anderen Patienten warten müssen. Hier sind ausschließlich werdende Mütter unter sich. Um das geht es. (Abg. Dr. Piaty: „Ein völlig sinnloses Verpulvern!“) Das ist bei den Ärzten schwer, der eine sagt, es sei großartig und der andere sagt, es ist nichts. (Abg. Dr. Piaty: „Das glaube ich schon, daß das der eine sagt, aber die Motive kenne ich!“) Ich habe früher immer geglaubt, die Juristen sind schwer auf einen Nenner zu bringen. Aber inzwischen bin ich darauf gekommen, daß das bei den Ärzten mindestens ebenso schwer ist. (Abg. Ingenieur Stoisser: „Das paßt bei den Politikern viel besser!“)

Ich möchte auf das zurückkommen, was Kollege Piaty gesagt hat. Darf ich Ihnen, Frau Abgeordnete

und meine Damen und Herren, sagen, die Landesregierung wird hoffentlich den Ankauf eines Scanners beschließen. Es ist das ein Gerät, das in England entwickelt wurde, mit dem es möglich ist, die Untersuchung des Gehirntumors zu erleichtern. Bisher mußte ein Ventil eingebohrt werden und mit Luft aufgeblasen werden. Das war eine sehr schmerzhaft Operation, die, wenn sie öfter gemacht werden mußte, dem Patienten gar nicht zugemutet werden konnte. Nun haben die Wissenschaftler ein Gerät entwickelt, mit dem es möglich ist, so wie, mit dem EEG-Gerät, mit Stromstößen und -flüssen alle diese Abläufe genauest zu verfolgen. Dieses Gerät kostet 8,8 Millionen Schilling. Die Bundesregierung gibt drei Millionen Schilling, die Krebsgesellschaft gibt 500.000 Schilling. Die Landesregierung wird, davon bin ich überzeugt, bei der nächsten Sitzung beschließen, dieses Gerät anzukaufen. Stellen Sie sich vor, was das für die Menschen, die es brauchen, für eine Erleichterung ist. Dieses Gerät allein kostet bereits 8,8 Millionen Schilling. Jetzt kommt noch die Bedienung dazu. Dann sagen Sie, so ein Gerät kauft man nicht, sondern es soll für die Neurochirurgie, die Erste Chirurgie, das Zentralröntgeninstitut und das Landesnervenkrankenhaus zentral angeschafft werden. Ich sage das deshalb, um die Entwicklung zu erkennen, bei der man sich fragen muß, ob man das Gerät noch kaufen kann oder nicht.

Ein Wort zur Dialyse, weil sie im Mittelpunkt der Diskussion stand. Herr Abgeordneter Dr. Piaty, ich muß sagen, was Sie vorgelesen haben ist unrichtig. Ich weiß nicht, wer der Mann ist. Ich kenne ihn nicht. (Abg. Dr. Piaty: „Dr. Norbert Hammer aus Wien!“) Ich kann nur sagen, Sie haben selbst darauf hingewiesen. Wir fahren mit unseren Dialysegeräten Tag und Nacht durch. Sie wissen als Arzt, daß leider die Blutvergiftung und die Nierenerkrankungen immer mehr zunehmen. Man nimmt an, daß von einer Million Menschen etwa 25 bis 30 unter dieser Krankheit leiden. In der Steiermark haben wir 50 Kranke. Wir haben mit der Personalverwaltung verhandelt, daß wir ab 1. Jänner 1976 im Krankenhaus Bruck Tag und Nacht durchfahren können, weil wir so viele Fälle haben. Wenn ich sage, es ist unrichtig, was der Mann sagt, so deshalb, weil ich vom Dozenten Poglitsch weiß, daß wir erst jetzt so weit waren, die Leute geschult zu haben, daß sie entlassen werden und die Heimdialyse machen können. Es hängt an der Einschulung. Es hängt daran, daß er das nötige Wasser hat, daß er Strom hat, daß er einen Telefonanschluß hat. Alle diese Dinge sind Voraussetzung. Jetzt waren die Leute so weit. Es gibt Leute, die es nicht selbst machen können oder nicht wollen. Entweder muß er sich zweimal in der Woche selbst stechen und die Kanüle einführen oder er hat eine Gummimanschette, die angeschlossen wird. Das ist außerordentlich schwierig. Jetzt hat die Krankenkasse zwei dieser Geräte gekauft. Ich habe mit der Kasse verhandelt, daß sie es ambulant macht, weil dann die Ausnutzung größer ist. So erfreulich die Heimdialyse an sich ist, aber der Ausnutzungsgrad im Krankenhaus ist weit höher, weil der Einsatz um die Uhr läuft. Wenn das Gerät zu Hause steht, wird es

meistens nur zweimal 12 Stunden in der Woche benützt.

Herr Bürgermeister Aichhofer! Deutschlandsberg ist in der Planung enthalten. Ich habe Ihren Brief bekommen. Ich werde ihn noch beantworten. Ich kann nur sagen, daß mit der Rechtsabteilung 12, mit der Raumplanung und mit dem Bauamt alles abgesprochen wurde. Flächen sind im Widmungsplan dank der Tätigkeit des Herrn Regierungskollegen Klausner vorgesehen. Ich habe noch mehr getan. Ich hoffe, daß wir auch hier Übereinstimmung finden werden mit Rücksicht auf die große Zahl der Beschäftigten bei Siemens. Der Generaldirektor hat mir zugesagt, daß er sich dafür einsetzen würde und das wäre ein ganz neues Modell, daß Siemens dieses Krankenhaus planen und vorfinanzieren und wir es abzahlen würden. Ich wäre sehr dankbar dafür, nicht nur wegen der Schwierigkeiten, die es in diesem Gebiet gibt, sondern auch deshalb, weil ich glaube, daß man damit eine Entlastung im Krankenhaus Graz herbeiführen könnte, wenn alle die Dinge, die in einem Standardkrankenhaus abgewickelt werden können, dort abgewickelt würden. Vorgesehen sind in der Planung 100 chirurgische, 100 interne und 40 gynäkologische Betten.

Zum Krankenhaus Bruck brauche ich nichts mehr zu sagen. Das ist hier so oft diskutiert worden. Ich kann nur bitten und wünschen, daß wir uns rasch zusammensetzen. Es ist für mich unverständlich — ich kann mir vorstellen, daß gesagt wird, daß wir etwas noch nicht bauen, bitte schön —, wenn aber der Generalredner der ÖVP sagt, daß da nichts geplant wird und ich ein Jahr warten muß, bis es erlaubt wird, ein so wichtiges Krankenhaus zu planen, dann ist das etwas problematisch. Denn planen kann man und der Plan kann liegen, bis man entscheiden kann, ob gebaut wird oder nicht. Die Genehmigung zum Planen nicht zu geben und dann das zu kritisieren, ist problematisch. (Abg. Dr. Piaty: „Sie bauen jetzt eine Dialysestation in Bruck mit der Absicht, dieses Krankenhaus aufzulassen, das heißt, Sie bauen jetzt umsonst!“) Herr Kollege, wir haben in allen Krankenanstalten Investitionen vornehmen müssen, um bei der Behandlung und beim Belag einigermaßen den Erfordernissen zu entsprechen. Für das spezielle Krankenhaus Bruck liegt ein Regierungsbeschluß vor. Sie wissen selbst, wenn wir heute mit dem Planen anfangen, wieviel Zeit das noch kostet, bis es soweit ist. (Abg. Hleschitz: „Wie lange wird das noch dauern?“) So lange kann man nicht zusehen und werden Sie als Arzt nicht zusehen wollen, daß man keine Dialysestation für den obersteirischen Raum macht. (Abg. Dr. Piaty: „Ich hätte es in Leoben gemacht, das ist ein neues Krankenhaus!“) Das sind zwei Krankenhäuser, die sich ergänzen. Dieses Krankenhaus Bruck wird dann das geriatrische Krankenhaus für den obersteirischen Raum. Daher ist keine der Aufwendungen umsonst, die dort getroffen werden. (Unverständliche Zwischenrufe.)

Nun, Herr Abgeordneter Piaty, jetzt darf ich Ihnen antworten. Sie sagen zwar meinem Klubkollegen, daß er, wenn er zum Rednerpult ginge, ein anderer wäre. Ich habe Ihnen das schon einmal gesagt und bei Ihnen finde ich es wirklich bestätigt. Ich muß sagen, er hat das in einer sehr vornehmen

Art gemacht (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer: „Unanständig ist vornehm?“ — Abg. Brandl: „Das kann man nicht ändern!“) und die Dinge dargetan, wie sie sind. Schauen Sie, die Situation ist sicherlich derzeit verkrampfter geworden. Dann, wenn der Bericht vorliegt, wird man ja sehen, was da drinnen steht. Man hätte ja einfach unserem Antrag auf Überprüfung der zweckmäßigen Verwendung, auf termingerechte Abrechnung und auf Vorlage an den Landtag zustimmen können. Es sind dies Selbstverständlichkeiten, die für alle gelten, die eine Subvention seitens des Landes erhalten. Dieser Antrag ist im Ausschuß von Ihrer Mehrheit niedergestimmt worden. Da müssen Sie zugestehen, daß man ein wenig mißtrauisch wird, was sich da tut. Aber die Frage wird sich ja (Abg. Dr. Maitz: „Der Auftrag wurde doch schon vor Monaten gegeben!“) — ja bitte schön, dann haben Sie den Bericht gesehen, ich nicht, ich bin ja nicht zuständiger Referent, ich bekomme ihn ja nicht. Ich bekomme ihn, wenn er im Ausschuß liegt, erst dann höre ich davon. (Abg. Doktor Maitz: „Dann erkundigen Sie sich!“) Nein, ich bekomme ihn nicht, das ist ein Irrtum, Herr Kollege. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Er hat ja nicht gesagt, daß Sie ihn bekommen haben, aber erkundigen hätten Sie sich müssen!“) Ich muß sagen, über etwas, wovon man nichts weiß, kann man sich auch nicht erkundigen. Das dürften Sie auch wissen. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Ich habe nur richtiggestellt, weil Sie ihn falsch verstanden haben!“)

Herr Abgeordneter Piaty, aber ich muß zu dem, was Sie dort tun, sagen, daß man sicherlich prüfen muß — weil Sie davon reden, es sei keine Doppelgleisigkeit —, wenn Sie Atmungsprüfungen und Lungenuntersuchungen durchführen, ob dies zweckmäßig ist oder nicht. (Abg. Dr. Piaty: „Wer macht es bitte noch?“) Wir haben ja die Einrichtungen in den Krankenanstalten, da konkurrieren wir uns und finanzieren es also dort auch. Sie können sagen, daß wir auch mit dem Röntgenzug fahren, obwohl wir in den Krankenhäusern röntgen, und das sei genau das gleiche. Daher sagte ich, daß man schauen muß, wo es vertretbar und zweckmäßig ist und wo man nicht den eigenen Einrichtungen Konkurrenz macht.

Was soll ich zu Ihrer Auffassung hinsichtlich der Kommission sagen? Ich weiß, das Problem ist, daß in dieser Krankenanstaltenkommission viele Leute von der Unfallversicherung, der Gebietskrankenkasse und den Privatspitalerhaltern sitzen. Es handelt sich hierbei alles um Leute, deren Teilnahme von der Landesregierung beschlossen wurde und die mit dem Krankenanstaltenwesen etwas zu tun haben. Sie selbst sind ja auch dabei gesessen und haben zumindest den Teil Süd mitbeschlossen, beim Teil Nord konnten Sie nicht immer anwesend sein. Man kann sich auf den Standpunkt stellen, diese Leute verstehen alles nicht oder sie verstehen wohl etwas. Ich konzidiere Ihnen, daß 42 ein bisserl viel sind, aber wir haben Ihrem Antrag gemäß alle, die sich mit Krankenanstaltenfragen befassen, eingeladen. Die Regierung hat es so beschlossen und das ist das Ergebnis. (Abg. Dr. Piaty: „Damit wurde der eigentliche Auftrag zu einer Planung ad absurdum geführt! Das ist Ihre Methode!“) Sie

haben uns beauftragt, alle damit befaßten Stellen einzuladen, und wir haben das getan.

Ich möchte nun weitergehen, meine Damen und Herren, wir werden ja diese Dinge noch diskutieren. Sie machen es sich zu einfach. Es ist nichts Neues, Herr Kollege, was Sie uns hier über die Probleme des Krankentransportes und der Rettungswagen erzählt haben. (Abg. Dr. Piaty: „Aber gemacht wird nichts!“) Aber es ist ja nicht unsere Aufgabe, denn dann müßten wir das Rote Kreuz auch noch übernehmen. (Abg. Gerhard Heidinger: „Warum lassen wir das nicht den Piaty allein machen?“ — Abg. Ileschitz: „Nein, die Überzeugungskraft fehlt!“) Sie wissen genau, daß ich aus dem Herzfonds damals einen Herzeinsatzwagen haben wollte, der bei der 1. Medizinischen Abteilung stationiert ist. Wir haben darüber mit der Personalabteilung geredet. Dabei wurde gesagt, daß das ja nur einer für die ganze Steiermark ist. Wenn nur der eine Wagen zur Verfügung steht, hat nur einer die Chance. Wir waren uns auch darüber einig, daß, wenn der Nachbarin schlecht wird, Herzalarm gegeben wird, und wenn der Herzwagen hinfährt und es sich herausstellt, daß sie sich in Wirklichkeit den Magen verdorben hat. Zur gleichen Zeit müssen wir mit dem normalen Rettungswagen zu einem tatsächlich Herzkranken hinfahren. Ich sage das nur deshalb, weil Sie so tun, als wäre das, was Sie sagen, der Weisheit letzter Schluß, und nur Sie wüßten alles. Wir haben uns in mehrfachen Aussprachen darüber unterhalten. Wir müßten überhaupt zu einer Trennung zwischen den Krankentransportwagen, mit denen Kranke transportiert werden, und den Rettungswagen, die mit den Erste-Hilfe-Einrichtungen und einem Arzt ausgestattet sind, kommen. Sie wissen, wie sehr ich im Zusammenhang mit dem Herzfonds dafür plädiert habe, daß bei der 1. Medizinischen Abteilung ein Wagen installiert wird. Es war nicht durchzusetzen, es war einfach nicht möglich.

Zum Schluß, Herr Kollege, zu Ihrem Beitrag. Sie sagen, es geschieht nichts, es werden die Geriatriekranken nicht von den Akutkranken getrennt. Was tun Sie in Fürstenfeld? Gar nichts, die liegen genauso auf der Internen wie überall woanders auch. (Abg. Dr. Piaty: „Auf dem Gang liegen sie!“) Dann müssen Sie eben, wie die Frau Abgeordnete Jamnegg hinsichtlich der zu langen Verweildauer gesagt hat, die Leute früher heimschicken, denn Betten haben Sie ja genug. (Abg. Jamnegg: „Aber nein, so ist das nicht!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.) Ja, fragen Sie den Kollegen Piaty, ich bin ja nicht Arzt. Wenn ich hier aus der internationalen Statistik entnehme, daß in Amerika die Verweildauer 8,8 Tage beträgt, da wissen wir alle warum, das ist kein Idealzustand. Aber in Finnland sind es 11 Tage, in Dänemark 12,8, in Schweden 12,9, in England 13,2, in Italien 13,5 und so das weiter, und in Deutschland und Holland sind es 18 Tage und bei uns 18,5 Tage. Das liegt ja wahrscheinlich an anderen Dingen als an der fehlenden Teilung der Krankenanstalten. Wenn der Herr Abgeordnete Piaty sagt, daß die Patienten bei ihm am Gang liegen, so sage ich ihm: Schicken Sie die Leute heim, dann haben Sie Betten frei. Er selbst sagt, daß er im Raum Fürstenfeld genug Betten hat. (Abg. Dr. Piaty:

„Ich werde das den Patienten sagen!“) Ich bediene mich nur Ihrer Argumentation. (Abg. Dr. Piaty: „Ich werde sagen, daß ich sie über Auftrag des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Sebastian heimschicke!“ — Abg. Dr. Eichinger: „Das ist zu einfach, wie Sie das machen!“ — Abg. Dipl.-Ingenieur Fuchs: „Was ist Ihnen die Gesundheit wert? Jetzt will er sie heimschicken!“ — Abg. Ileschitz: „Das ist unerhört. Der Arzt muß sie behandeln, aber der hat keine Zeit, er muß politisieren. Daher verweilen die Patienten länger im Krankenhaus!“)

Zur Frage der Diätassistentenschule: Ich bemühe mich, zwei Diätassistentinnen unterzubringen, aber das ist bei der Abteilung 1 nicht möglich. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Das tun Sie genauso! Kümmern Sie sich um Ihre Arbeiterkammer und lassen Sie das Politisieren!“ — Abg. Ileschitz: „Das machen wir ja, das gehört ja zusammen!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe. — Klingelzeichen des Präsidenten. — Präsident: „Das Wort hat der Herr Landeshauptmannstellvertreter Sebastian!“)

Ich möchte nur zum Schluß, meine Damen und Herren, noch eines sagen, wenn Sie das schwedische System auf dem Sektor der Gesundenversorgung als gut bezeichnen (Abg. Dr. Piaty: „Nur Teile, nur Teile!“), dann muß ich sagen, daß ich nicht dieser Auffassung bin, denn gerade Schweden wäre uns da ein schlechtes Beispiel. Meine Damen und Herren, ich bin schon am Ende meiner Ausführungen. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Wir bekommen eine lange Verweildauer, wenn wir so weitermachen!“ — Abg. Ing. Stoisser: „Die Verweildauer auf der Regierungsbank ist besonders lang!“) Die Zwischenrufe ziehen sich eben ein bißchen. Sie können auch nicht erwarten, daß wir alles das, was hier gesagt wurde, unwidersprochen hinnehmen. (Unverständliche Zwischenrufe.)

Ich möchte am Schluß, wie jedes Jahr, für das ganze Haus und als Referent allen danken, die in den Krankenanstalten, an welcher Stelle immer, als Arzt im Operationssaal oder am Krankenbett, als Schwester oder in der Verwaltung, oder im tiefen Keller der Heizung, tätig sind. Alle tragen sie dazu bei, daß diese komplizierte Maschinerie, namentlich in einem so großen Krankenhaus wie in Graz — aber auch in allen anderen Krankenanstalten —, funktioniert und trotz aller Kritik so gut funktioniert, daß wir sagen können, daß wir gegenüber anderen Ländern in Österreich, aber auch draußen in der Welt weit voran stehen. Wir brauchen nicht überheblich sein und es braucht auch gar nichts gelobt werden. Wer ein bißchen in der Welt herumfährt muß sagen, daß der steirische Landtag, die steirische Regierung das Notwendige und sogar noch etwas mehr dazu beiträgt. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Der steirische Landeshauptmann!“ — Abg. Ileschitz: „Und der Referent!“ — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Und der Referent!“) Wenn Sie wollen, aber das erwarte ich nicht von Ihnen. Immerhin mache ich 16 Jahre dieses Geschäft. Ein bißchen etwas ist geschehen. Wir brauchen unser Licht nicht unter den Scheffel stellen. Schauen Sie herum in der Welt, dann werden Sie sehen, wie das ausschaute.

Ich möchte hier drei Namen nennen. Es werden viele ausscheiden, die in diesem Bereich gearbeitet

haben. Ihnen allen sei gedankt und sie sollen einen geruhsamen Lebensabend genießen. Drei Herren möchte ich besonders hervorheben. Primarius Stampfl vom Krankenhaus Leoben hat eine sehr lange Dienstzeit beim Land verbracht. Er war Röntgenologe und er hat unter schwierigen Bedingungen diese Abteilung geführt und ausgebaut. Das ist der Arzt, der uns verläßt. Weiters ist ein langjähriger Diener — über 46 Jahre —, Herr Oberverwalter Waltl aus Hörgas-Enzenbach, der in einigen Anstalten gearbeitet hat, und auch während des Umbaus im einzigen Barackenkrankenhaus, das es in der Steiermark gegeben hat, das im 1. Weltkrieg in Wagna entstanden ist, tätig war. Auch der Verwalter Duffrat aus dem Krankenhaus Rottenmann verläßt uns. Ihnen allen sei, weil sie vorne gestanden sind in dieser Maschinerie, herzlich gedankt und auch gewünscht, daß sie den wohlverdienten Ruhestand genießen.

Ihnen allen, meine Damen und Herren, danke ich für die bisher gewährte Unterstützung und ich bitte Sie, mit mir dafür zu sorgen, wenn die Wünsche verwirklicht werden sollen, daß das absolute und relative Zahlenverhältnis im außerordentlichen Haushalt sich zum Besseren wendet. Dann werden die Wünsche, die hier vorgetragen werden, leichter verwirklicht werden. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Gross: In der Guppe 5 liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich erteile dem Berichterstatter das Schlußwort.

Abg. Laurich: Ich wiederhole meinen Antrag und verzichte auf das Schlußwort.

Präsident: Ich ersuche die Damen und Herren, die den Ansätzen und Posten der Gruppe 5 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Die Gruppe 5 ist angenommen.

Wir kommen damit zur Gruppe 6: Straßen- und Wasserbau und Verkehr. Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Georg Pranckh. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Pranckh: Die Gruppe 6 umfaßt den Straßen- und Wasserbau sowie den Verkehr, mit den Unterkapiteln Bundesstraßen, Landesstraßen, Förderung der Wasserversorgung, Schutzwasserbauten, Straßen- und Luftverkehr. Im Voranschlag sind Einnahmen in der Höhe von 2,706.000 Schilling im Vorjahr und 3,956.000 Schilling im heurigen Jahr vorgesehen. Die Ausgaben im heurigen Jahr sind veranschlagt mit 853,633.000 Schilling.

Ich bitte im Namen des Finanz-Ausschusses, der sich mit diesem Kapitel befaßt hat, um Annahme dieser Voranschlagspost.

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Lind. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Lind: Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte nur einen Weg aufzeigen, über welchen es möglich ist, die Krankenhäuser zu entlasten. Der Weg führt über die Südautobahn. Der rasche Ausbau der Südautobahn kann eine bedeu-

tende Erleichterung schaffen. Aber scheinbar ist die Südautobahn zum Stiefkind des Bundes geworden. Wie man hört, ist die Zuteilung der Mittel für die Bauvorhaben derart gering, daß im kommenden Jahr überhaupt keine Fahrbahnlflächen ausgebaut werden können. Die Mittel werden für den Bau von Tunnels und dergleichen verwendet werden müssen. Ich glaube, die Bundeshauptstadt will sich abkapseln. Wien will nicht mehr Bundeshauptstadt bleiben, sonst würde Wien nicht auf den Anschluß an die Bundesländer verzichten. Wenn es so weitergeht, wird die Bundeshauptstadt in einen Dornröschenschlaf verfallen, denn die Autobahn ist keine Einbahn. Sie bringt die Wiener nicht nur hinaus in die Welt, sondern auch die Bevölkerung aus der ganzen Welt und aus dem Land nach Wien. Die Forderung der Steirer ist daher der rasche Ausbau der Südautobahn, vor allen Dingen auf der Strecke Gleisdorf—Hartberg, aber auch der Fortsetzung von Seebenstein in Richtung Hartberg. Wir werden zur Kenntnis nehmen müssen, daß die Südautobahn die wirtschaftliche Hauptschlagader Österreichs sein wird. Die Umwegrentabilität ist sicherlich durch den wirtschaftlichen Aufschwung gegeben, den nicht nur die Steirer, sondern ganz Österreich damit erleben werden. Die Vorwürfe, die immer wieder dem Land gemacht werden, daß zu wenig geplant werde und daß man mit den Planungsarbeiten im Rückstand sei, können widerlegt werden. Das Detailprojekt für die Südautobahn für den Raum Gleisdorf—Hartberg ist fertiggestellt. Es erfolgt nur mehr die Grundstückablöse. Es kann sofort mit dem Bau dieser Strecke begonnen werden.

Die Situation auf der Wechselbundesstraße ist unmöglich geworden. Die Verkehrsdichte ist gewachsen und wird weiterwachsen bis zum Jahr 1980. Es werden dann chaotische Zustände herrschen. Der Verkehr ist zur Zeit kaum erträglich, denn der Verkehr Graz—Wien wurde weitgehend über die Südautobahn umgeleitet, auch die Gastarbeiterroute. Es gibt täglich Verkehrsunfälle, oft auch mit tödlichem Ausgang. Ich selbst war auch schon zweimal in unangenehme Situationen verwickelt. Die jetzige Wechselbundesstraße ist bei dem starken Verkehr vor allem auf der Strecke Gleisdorf—Hartberg bereits eine echte Gefahrenstelle für den Kraftfahrer; vor allen Dingen durch die Gastarbeiter, die sehr unberechenbar sind. Auf der Wechselbundesstraße hat, wie bereits einer meiner Vorredner berichtet hat, der Verkehr seit dem Jahre 1970 um 50 Prozent zugenommen. Es ist sicherlich eine Entlastung auf der Semmeringroute entstanden, die aber kaum spürbar ist. Mit dem Ausbau der Südautobahn könnte aber doch die Mur-Mürz-Furche einigermaßen entlastet werden. Wenn ich Ihnen sage, daß über die Wechselbundesstraße bis zu 15.000 Einheiten täglich fahren müssen, so bedeutet das eine enorme Anzahl von Kraftfahrzeugen. Es muß die Südautobahn unbedingt bis 1985 fertiggestellt sein, um einigermaßen einen weiteren wirtschaftlichen Aufschwung zu garantieren, aber vor allem, um die Verkehrssituation einer Regelung zuzuführen, wie wir sie unbedingt benötigen. Die Menschen, die im Raum Hartberg—Gleisdorf leben, sind in besonderer Gefahr. Es gibt hier unangenehme Ortsdurchfahrten. Ich denke an Hartberg

selbst natürlich. Ich denke auch an Kaindorf, Hirnsdorf, Pischelsdorf. Sie kennen die Verhältnisse. Es sind neuralgische Punkte, die nie entschärft werden können. Wenn man auch darangehen würde, Kriechspuren auszubauen, so wäre das immer wieder nur ein Provisorium, mit welchem nicht das Auslangen gefunden werden kann. Darum unsere Forderung, alles daranzusetzen, daß dieses Autobahnteilstück Gleisdorf—Hartberg so rasch wie möglich in Angriff genommen wird.

Zur Behebung der Strukturschwächen, vor allem im Raume Oststeiermark, ist dieser Ausbau von besonderer Bedeutung. Das Wohlstandsgefälle wäre abzufangen, auch die Fremdenverkehrswirtschaft würde davon profitieren. Ich habe bereits zum Ausdruck gebracht, daß die Umwegrentabilität unter allen Umständen gegeben ist. Diese Hauptschlagader, die in die Welt hinausführt, ist für jeden einzelnen von besonderer Bedeutung. Gerade im Raume Oststeiermark sind noch viele Pendler, die ja mit großen Erschwernissen ihre Arbeitsstätten in Wien und auch in anderen Bundesländern erreichen müssen. Auch für diese wäre die Südautobahn eine besondere Erleichterung. Ich darf nur vergleichen, daß gerade das Land Steiermark muster­gültig wirkt und daß im Raume Hartberg eine Reihe von Landesstraßen ausgebaut wird, um das Verkehrsnetz besser zu verdichten. Aber was nützt dies, wenn der Hauptstrang, der Hauptstrom sozusagen, fehlt. Das soll aber nicht heißen, daß beim Weiterbau der Landesstraßen Einhalt geboten werden soll. Ich möchte nur bitten, daß mit derselben Muster­gültigkeit, mit derselben Beispielhaftigkeit diese Landesstraßenbauten fortgesetzt werden.

Aber noch etwas darf ich abschließend zum Ausdruck bringen. Die Südautobahn ist die Lebens­schlagader nicht nur für die Bezirke des Ostens Österreichs, sondern für das gesamte Bundesgebiet. Und wenn wir die Gesundheit der Menschen erhalten wollen und wenn wir die Gefahrenstellen ausschalten wollen, dann bekennen wir uns alle zur Südautobahn. Daher der Aufruf an den Bund, alles daranzusetzen, daß die Mittel dafür gesichert werden. Ich glaube nicht, daß wir Hartberger und alle, die besonders von den Erschwernissen betroffen sind, zu Hilfsmaßnahmen schreiten müssen, zu Demonstrationen, zur Blockierung der Wechsel­bundesstraße. Ich glaube, daß man auch vorher Verständnis finden wird, um diese große Aufgabe zu lösen. Ich bitte alle maßgeblichen Stellen, alles daranzusetzen, daß es doch möglich sein wird, die Südautobahn im Jahre 1985 von Wien bis zur Landesgrenze oder zur Bundesgrenze in Kärnten zu befahren. Es soll nicht nur die Achse von der Nordsee bis hinunter zur Südspitze Italiens hergestellt sein, sondern es soll auch die Achse von der Nordsee über Wien bis hinunter zur Südspitze Italiens, aber auch Jugoslawiens fertiggestellt sein. Das sei meine Bitte, mein Aufruf und somit danke ich für die Aufmerksamkeit und bitte um Verständnis für die weiteren Maßnahmen, die sich in diesem Zusammenhang noch abzeichnen werden. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Loidl.

Abg. Loidl: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich habe schon einmal gesagt, überall dort, wo wir wissen, daß wir mit den anstehenden Problemen kaum fertig werden können, weil uns die Entwicklung — wie wir spüren — immer wieder überrollt, wird natürlich heftiger diskutiert als über Probleme, bei denen die Welt noch einigermaßen in Ordnung ist. Eine solche Situation der Schwierigkeiten haben wir beim Straßenbau. Es hat sicher nicht immer die eine Seite recht, aber man soll nicht so zimperlich sein und kritische Bemerkungen oder wenn man irgend etwas in Frage stellt, das gleich als eine Dolchstoßlegende bezeichnen. Es gibt doch kaum jemand Wissenden, der nicht zugeht, daß in der Vergangenheit im Straßenbau grobe Fehleinschätzungen und dadurch natürlich Versäumnisse passiert sind. Das ist sicherlich folgenschwer, aber es ist beileibe kein Verbrechen, denn Fehleinschätzungen passieren bekanntlich den berühmtesten Experten.

Zum Widerspruch, meine Damen und Herren, aber reizen die ständigen Behauptungen, die sozialistische Bundesregierung sei schuld, weil in wenigen Jahren nicht alles aufgeholt werden kann, was eben jahrzehntelang versäumt wurde. Meine Damen und Herren, in diesem Lande wurde noch nie soviel und auch nie so großzügig gebaut, wie das in den letzten Jahren der Fall war und so weit man das überblicken kann, auch in Zukunft sein wird. Wenn ich das sage, dann beziehe ich das nicht darauf, daß die Bundesregierung, daß der Bautenminister doch für die Steiermark sehr viel übrig hat, sondern damit ist natürlich auch gesagt, daß in diesen letzten Jahren — das habe ich auch nie bestritten, weil man das differenziert sagen muß — auch großzügig und gewissenhaft geplant wurde, denn sonst hätte nicht, so wie ich behauptet habe, gebaut werden können. Es kann sich doch jeder selbst überzeugen, daß das so ist. Es ist noch gar nicht so lange her, als wir noch den „Ho-Tschiminh-Pfad“ von Graz nach Bruck hatten. Es wird in Kürze sein, daß wir zumindest von Peggau bis zum Schlagerwirt eine Schnellstraße befahren können. Es ist schon abzusehen, wann wir in Friesach auf die Autobahn fahren und man könnte fast sagen ruck, zuck in St. Michael sind. Das alles sind Dinge, die wir uns bei Debatten noch vor — ich bin ja damals schon im Hause gewesen — einigen Jahren gar nicht haben vorstellen können. Dies war möglich, weil auch vom Land großzügiger gedacht und geplant wurde und weil die finanziellen Mittel eben zur Verfügung gestellt werden konnten.

Schauen Sie, meine Damen und Herren, es ist alles zu wenig. Der Bautenminister hat für 1976 rund 8,5 Milliarden Schilling zur Verfügung, mehr hat er nicht. Und davon bekommt die Steiermark voraussichtlich 1,3 Milliarden Schilling. Das Wunschprogramm war 1 Milliarde und 638 Millionen Schilling und wurde dann im letzten Augenblick, ich glaube im November, noch schnell — es kann ein bißerl mehr sein natürlich — auf 1 Milliarde und 767 Millionen Schilling erhöht. Aber, meine Damen und Herren, wann ist denn jemals in den letzten Jahrzehnten irgendwo ein Wunschprogramm zur Gänze erfüllt worden? Es ist ja bekannt, daß die

Länder vom Bautenminister um 4 Milliarden Schilling mehr verlangt haben, als er hat. Natürlich versetzt das die Straßenbaureferenten aller Bundesländer, ohne Ausnahme wahrscheinlich, in die Lage, zu behaupten, daß der Bund das jeweilige — immer das jeweilige natürlich — Bundesland benachteilige. Der Herr Landesrat Krainer wird diese Gelegenheit auch nicht versäumen, er hat sie ja bekanntlich noch nie versäumt. Sollte es die wirtschaftliche Lage erfordern, so wird die Bundesregierung das Konjunkturbelebungs- und Stabilisierungsbudget 1976 bestimmt freimachen und weitere 300 Millionen Schilling werden in die Steiermark fließen und dann wäre beinahe das erste Wunschprogramm zur Gänze erfüllt. Und so was war ja auch noch nie da.

Meine Damen und Herren, trotz aller Schwierigkeiten und trotz des berühmten Zuwenig sollten wir doch der Öffentlichkeit sagen, daß wir uns 1976 in einer — ich sage das ganz überlegt — noch nie dagewesenen Aufholphase befinden werden. Man muß ja auch dazurechnen, daß die Pyhrnautobahn AG 1976 rund 850 Millionen Schilling in Baumaßnahmen investieren wird. Und wenn wir die Aufgabe des Bundes und der Pyhrnautobahn AG zusammenrechnen — da ist das Land mit seinen großen Beträgen noch gar nicht mitgerechnet — sind das über 2 Milliarden Schilling, die 1976 für den Straßenbau zur Verfügung stehen. Ein solches Bauvolumen hat es meines Wissens noch nie gegeben. (Abg. Ing. Turek: „Die Inflation muß man einrechnen, dann wird es nämlich weniger!“) Darauf komme ich noch. Genau das wollte ich jetzt sagen. Jetzt muß man doch in Rechnung stellen, das werden mir die Herren Beamten sicherlich bestätigen, daß inzwischen die Baupreise, beim Brückenbau im ganz besonderen Maß, beim Straßenbau im allgemeinen, und jetzt sage ich das ganz vorsichtig, mindestens um ein Viertel, wenn nicht mehr, gesunken sind. Beim Brückenbau hat ein Quadratmeter vor 1974 8000 Schilling gekostet, während er jetzt um 4000 Schilling angeboten wird. Man kann mit den vorhandenen Mitteln schon aus dieser Überlegung heraus, um den Einwand der Inflation zu entkräften, einen wesentlich größeren Effekt erzielen. (Abg. Ing. Turek: „Der Baukostenindex steigt aber!“) Hochbau ist eine andere Sache. Ich spreche hier ausdrücklich vom Straßenbau. Das wird Herr Landesrat Krainer sicherlich bestätigen müssen. (Abg. Ing. Turek: „Aber die Lohnentwicklung ist dieselbe, ob Hochbau oder Tiefbau!“)

Dies sollte uns nicht daran hindern, der Bevölkerung mit aller Deutlichkeit und Offenheit zu sagen, daß das gesamte Verkehrsproblem nur dann in absehbarer Zeit gelöst werden kann, wenn für den Straßenbau neue und zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten geschaffen werden. Je gerechter die angestrebte Lösung ist oder sein wird, desto mehr Verständnis wird man ihr entgegenbringen. Ich glaube, vor allem muß das zunächst Angelegenheit der gegenwärtigen und zukünftigen Straßenbenutzer sein, gleichgültig, ob es sich um In- oder Ausländer handelt. Ob es ein Pickerl, Maut, Steuer oder sonst etwas ist, es darf nicht daran gerüttelt werden, daß das, was kommt, für jeden in Österreich gleichermaßen Gültigkeit haben muß. (Abg.

Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer: „Kommen Erhöhungen? Wird die Mineralölsteuer erhöht?“) Kollege, es ist eine Diskussion in aller Öffentlichkeit im Gange, daß, wenn man mehr Straßen bauen will, das irgend jemand bezahlen muß. Dann müssen Sie sagen, wo man das Geld hernehmen soll, ohne es irgendwo wegzunehmen. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer: „Wieder neue Belastungen!“) Es ist immer dasselbe Spiel. Wenn es sich um das Landesbudget handelt und es wird etwas verlangt, dann sagen Sie: „Ihr müßt uns sagen, wo soll man das Geld hernehmen oder wo soll man es wegnehmen.“ Wenn es sich um das Bundesbudget handelt, gilt das nicht mehr. In mein Hirn geht eine solche Argumentation nicht hinein. (Abg. Dr. Maitz: „UNO-City!“) Ich habe mich nie geschaut, hier zu sagen, ob das zur Gesundheitsdebatte oder Straßenbaudebatte war, daß man den Leuten nichts versprechen kann, wenn man ihnen nicht sagt, daß das etwas kostet. (Abg. Dr. Eichinger: „Zwischen 1966 und 1970, Kollege Loidl, da hast du anders gesprochen! An die Zeit denke ich noch zurück!“) Da habe ich nie anders gesprochen. Nie.

Nun darf ich doch noch etwas zu dem sogenannten „Hickhack“ wegen der Planung sagen. Niemand zweifelt daran, daß wir erstklassige Straßenplaner haben, die Hervorragendes leisten können — aber jetzt kommt dieses „Wenn“ —, wenn die in der Regel politischen Entscheidungen so zeitgerecht getroffen werden, daß ihnen genügend Zeit für ihre äußerst schwierige und differenzierte Arbeit bleibt. Wenn aber, wie beim Plabutschunnel, Politiker vor der Wahl behaupten, es sei alles fertig geplant und es sei überhaupt keine Frage, mit den Arbeiten zu beginnen, wenn nur der böse sozialistische Minister das entsprechende Geld zur Verfügung stellen würde, so wird man doch bei einer solchen Gelegenheit darauf hinweisen dürfen, daß das nicht stimmt. Ich weiß nicht, warum man nicht sagt, daß eben eine Planung von dem Tag an, wo man sich für irgend etwas nach oft jahrelangen Auseinandersetzungen entschieden hat, soundsoviele Monate oder Jahre dauern. Es gibt die Faustregel, die sagt, daß eine wirklich gute Planung mindestens ebensolange dauern soll wie die Bauausführung selbst. (Abg. Gerhard Heidinger: „Doppelt so lange!“) Ich habe gesagt: mindestens. Es kommt darauf an, was es ist.

Es gibt nichts Teureres, als wenn man etwas zu bauen anfängt, was nicht bis ins letzte Detail durchgeplant ist. Natürlich ist für die vom Verkehr besonders gequälten Menschen unserer Stadt jeder einzelne Tag wichtig, der ihnen diese ersehnte Erleichterung bringt. Aber vielleicht hat man sich von diesen Menschen in der Wahlauseinandersetzung einen politischen Vorteil erhofft, wenn man den sozialistischen Minister in irgendeiner Form schuldig werden läßt. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer: „Das stimmt sicher nicht!“ — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Herr Kollege Loidl, die Rede hätten Sie planen sollen, nicht so unbedacht daherreden!“ — Abg. Pichler: „Ist geplant!“ — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Aber zu kurz geplant!“) Ich sage noch einmal, das Tunnelprojekt ist vom Ministerium der Landesregierung zurückgestellt worden, weil noch eine Reihe sehr wichtiger und wesentlicher Fragen geklärt wer-

den müssen. Es war eben offenbar nicht genügend Zeit für die Planer und es ist nicht die Regel, Herr Kollege, daß wegen der behaupteten kleinen Ergänzungen die gesamte Planung zur Neubearbeitung zurückgestellt wird. Ich wäre in der Lage, die verlangten Ergänzungen im einzelnen anzuführen. Das würde Sie überzeugen. Es ist sinnlos, denn während ich hier rede, sind die Planer schon bei der Arbeit, um dieses Projekt entsprechend zu ergänzen. Ich glaube, gar so schnell wird das nicht gehen. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Er kann es nicht verwenden!“ — Abg. Ing. Turek: „Hat das mit der Gemeinderatswahl etwas zu tun?“) Ich habe nichts davon gesagt. Ich habe dies nur angeführt, weil Herr Landesrat Krainer diese Feststellung, daß es so ist, das ist aktenkundig beweisbar, mit dem Ausspruch „Dolchstoßlegende“ quittiert hat. (OVP: „Zu recht!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.) Meine Damen und Herren, da die Grazer den Plabutschunnel kaum benützen werden, sondern sich vielmehr eine Entlastung der Verkehrssituation in der Stadt erwarten (Abg. Dr. Eichinger: „Eggenberg!“), wäre es sinnvoll zu wissen, welche Entlastung tatsächlich eintreten wird. Angeblich soll es ein diesbezügliches Gutachten geben. Ich frage: „Warum erfährt man nichts Näheres darüber?“

Ich möchte noch an einem Beispiel zeigen, wie Planer und Bauausführende in eine bedauerliche und mitunter kostspielige Hektik getrieben werden können, wenn die politischen Entscheidungen aus irgendwelchen — in der Regel sind es wahltaktische — Gründen nicht rechtzeitig getroffen werden. (Abg. Dipl.-Ing. Eberdorfer: „Von Wien aus!“) Das ist der Bauabschnitt Pyhrnautobahn, Deutschfeistritz nach Friesach mit der Einbindung in die Bundesstraße. Das hat mit Wien überhaupt nichts zu tun. Wien ist für manche Kollegen schon ein Trauma. Seit mehr als einem Jahr haben viele davor gewarnt, daß, wenn man nicht ehestens eine Entscheidung trifft, der Gleinalmtunnel in Betrieb genommen wird und die Autobahn letztlich in einen Karrenweg mündet. Die Entscheidungen sind inzwischen gefallen. Die Straßenführung ist festgelegt und der Bau wird von der GABAG durchgeführt. Meine Damen und Herren, jetzt können wir Daumen halten und hoffen, daß jene, die an der gegebenen Situation keine Schuld tragen, durch ihre forcierte Arbeit das Wunder — es kann nachher wahrscheinlich nur als Wunder bezeichnet werden — zustandebringen, daß auch dieser Bauabschnitt bis zur Freigabe des Gleinalmtunnels fertiggestellt sein wird.

Daß es noch andere Schwierigkeiten als angeblich das fehlende Geld des Bundes gibt, beweist auch das viel diskutierte Bauvorhaben Umfahrung Mürzzuschlag. Vielleicht erinnern Sie sich noch, vor allem Sie, Herr Landesrat, an die Diskussion über dieses Vorhaben, als ich bezweifelte, daß man noch 1975 damit beginnen wird. Nun ist die Finanzierung gesichert, die Ausschreibung ist erfolgt, natürlich ist die Planung gemacht und trotzdem kann nicht begonnen werden, weil noch einige rechtliche Voraussetzungen nicht erfüllt sind. Auch da ist jahrelang, kann man sagen, oder viele Monate hindurch der Bund schuldig gemacht worden. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Vielleicht ist er schuld an den Voraus-

setzungen!“) Bei der Gelegenheit möchte ich auch noch fragen, wie es eigentlich mit dem Selzthaltunnel steht. Der Bund hat — wie ich informiert wurde — schon im heurigen Sommer im Rahmen des Konjunkturbelebungsprogrammes die Mittel hierfür freigegeben. Und selbstverständlich haben wir und gerade als Baugewerkschafter größtes Interesse, daß Konjunkturbelebungsmaßnahmen raschest bauwirksam werden. Das ist ja letzten Endes der Sinn und trotzdem ist mit der Arbeit noch nicht begonnen, obwohl diese gerade in diesem Gebiet äußerst begrüßenswert wäre. Ich weiß es nicht warum, deswegen frage ich. Ich sage nur, daß es eben oft andere Schwierigkeiten gibt. Man kann nicht immer nur sagen, daß der Bund kein Geld hergibt. Sowohl bei der Umfahrung Mürzzuschlag als auch beim Selzthaltunnel ist das Geld vorhanden und es kann aus verschiedenen Gründen nicht gebaut werden. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer: „Aber viel zu spät ist es freigegeben worden!“ — Abg. Ing. Stoisser: „Das ist ein Beispiel dafür, daß es in der Wirtschaftspolitik nicht so geht, wie ihr es euch in der Bundesregierung vorstellt!“)

Meine Damen und Herren, soweit man dies aufgrund des bisher Bekanntgewordenen beurteilen kann, dürfte das nunmehr erstellte 10-Jahres-Programm für Landesstraßen und die funktionelle Bewertung eine äußerst wertvolle Entscheidungshilfe sein. Mit den über drei Millionen in der Datenbank gesammelten Fakten über den Zustand des Landesstraßennetzes kann ganz sicher eine fachliche und sachliche Dringlichkeitsreihung im Ausbau des Landesstraßennetzes vorgenommen werden. Eine verbindliche Dringlichkeitsreihung, wie sie der Bund für Autobahnen und Schnellstraßen seit 1972 für Bundesstraßen hat, fehlte ja bekanntlich bisher.

Ich weiß nicht Herr Landesrat Krainer, warum Sie immer wieder die Laufzeit dieser Dringlichkeitsreihung des Bundes kritisieren. (Landesrat Dr. Krainer: „Weil sie bemerkenswert ist!“ — Abg. Dr. Eichinger: „Weil es immer länger wird!“ — Abg. Ing. Turek: „Der Straßenbau wird billiger, aber die Wartezeit länger!“) Schauen Sie, es ist doch bekannt, Herr Landesrat, daß der OVP-Bautenminister bereits 1967 versucht hat, wenigstens für die Autobahnen und die Schnellbahnen eine Dringlichkeitsreihung zu erreichen. Drei Jahre lang ist ihm dies nicht gelungen. Auch der Bautenminister Moser hat noch zwei weitere Jahre gebraucht (Landesrat Dr. Krainer: „Das meine ich ja!“) mit den in Frage kommenden Bundesländern ins reine zu kommen (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Trotz der Vorarbeiten, er hat also fünf Jahre gebraucht!“), das heißt, eine von allen akzeptierte Vereinbarung über die Dringlichkeit so vieler Straßenwünsche in ganz Österreich zu erreichen. Nicht weniger schwierig war es mit der Dringlichkeitsreihung der Bundesstraßen. Jetzt glaube ich, Herr Landesrat, ist es doch einleuchtend, daß etwas, was jahrelang braucht — das ist ja bewiesen, auch Kozina hatte den besten Willen — bis ein solcher Konsens gefunden ist, das kann man doch nicht jedes Jahr neuerlich in Frage stellen. Weil doch bei jeder größeren Änderung selbstverständlich die nicht selten äußerst egoistischen Gegensätze zwischen den einzelnen Bundesländern wieder aufbrechen würden. Aber das schließt

ja doch nicht aus, daß in besonders dringlichen und sinnvollen Fällen eine Umreihung erfolgt, wie sie zum Beispiel beim Pyhrnautobahnabschnitt Rottenmann—Trieben der Fall sein wird und ich sage sogar der Fall sein muß. Der Minister sieht jedenfalls für diesen notwendigen steirischen Vorrang- oder Umreihungswunsch keine besonderen Schwierigkeiten.

Meine Damen und Herren, wir werden jedenfalls sehen, wer die Reihenfolge des zukünftigen Ausbaues der Landesstraßen mehr beeinflußt. Denn da gibt es ja im Augenblick keine Dringlichkeitsreihung, sondern eine gute Möglichkeit, das herauszufinden. Wir werden also sehen, wer diese Dringlichkeitsreihung mehr beeinflußt, der unbestechliche Computer oder die politische Intervention aus den einzelnen Gebieten. Meine Meinung ist, daß da eine bestimmte Mischung feststellbar sein wird. (Heiterkeit.) Aber wie dem auch sei, für mich als Baugewerkschafter ist es erfreulich, feststellen zu können, daß auch im kommenden Jahr wieder vom steirischen Landesstraßenbau kräftige Impulse für die Bauwirtschaft ausgehen werden, was die Sicherung vieler Arbeitsplätze meiner Kollegen bedeutet. Ich glaube überhaupt, daß wir aufgrund der vorliegenden Straßenbauprogramme des Bundes, des Landes und der Gesellschaft zumindest in dieser Sparte und in unserem Land dem Jahr 1976 mit einiger Zuversicht entgegensehen dürfen. Dafür sei allen gedankt, welche dies in der nicht nur für Österreich so schwierigen Zeit zustandegebracht haben. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Heidinger. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Heidinger: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wie gestern Herr Präsident Gross und Kollege Dr. Schilcher hatten Kollege Loidl und ich vereinbart, daß wir die übliche Reihenfolge beim Schlagabtausch bezüglich des Straßenbaues ändern und ich danke ihm für seine sehr maßvolle Rede deswegen, weil ich als erstes feststellen möchte, daß er damit von den Behauptungen des Generalredners, dem Präsidenten der Arbeiterkammer Ileschitz, bezüglich Straßenbauversäumnisse in der Steiermark in sachlicher Weise abgerückt ist, obgleich ich in einigen Punkten natürlich einige und andere Feststellungen zu treffen habe, als Sie, Herr Kollege Loidl, getroffen haben, insbesondere was die Budgetmittelzuteilung für die Steiermark betrifft. Ich komme darauf gleich zurück. Aber ich glaube, man muß, von dieser Rede des Kollegen Loidl abgesehen, doch und ohne Hick-Hack betreiben zu wollen, feststellen, daß im wesentlichen die Vorwürfe der Sozialisten und zwar sozialistischer Spitzenpolitiker zufällig auch in Vorwahlkämpfen, wie des Herrn Bundeskanzlers im Vorjahr darin gipfelten, die steirische Straßenplanung sei schuld, daß nicht mehr gebaut würde. So war es doch in Leoben, wo der Herr Finanzminister das gleiche tat. Ich glaube, hier fehlt die innerparteiliche Kommunikation von unten nach oben und ich wäre dem Kollegen Loidl sehr dankbar, wenn er den Herrn Minister und den Herrn Bun-

deskanzler im Sinne seiner heutigen Rede aufklären würde.

Es sind doch immer die Vorwürfe, die steirische Straßenplanung gebe keine Möglichkeit, mehr Mittel einzusetzen und wenn schon Planung vorhanden sei, dann lägen die falschen Planungen vor. Es ist vielleicht auch bezüglich des Plabutschunnels ein bißchen dieser Vorwurf unterschwellig durchgeklungen. Der zweite Vorwurf: Die Versäumnisse von 1945 bis 1970, also die Zeit der ÖVP-Ministerverantwortlichkeit, seien nicht mehr aufholbar. Das dritte ist, wenn ich das sagen darf, die Minister-Moser-Legende. Ich schätze den Herrn Minister sehr, aber es ist leider eine Tatsache und die Zahlen werde ich Ihnen vorlegen, daß die Steiermark vom Bund, obwohl wir einen steirischen Bautenminister haben, nicht besser, sondern schlechter in der Gesamtmasse gestellt ist, als es früher der Fall war. Leider, Herr Kollege Pichler, ich werde Ihnen die Zahlen gleich vorlegen. (Abg. Pichler: „Das glaube ich nicht!“) Das würde ich auch nicht erwarten, Herr Kollege Pichler. Sie werden sehen, Sie werden vieles glauben müssen, was man schwarz auf weiß beweisen kann, das kann der andere getrost nach Hause tragen — in Abwandlung eines Dichterwortes.

Etwas, das muß ich auch sagen, von der Kritik der SPO ist interessanterweise der Landesstraßenbau im wesentlichen ausgenommen. Ob das auf die durchschlagenden Erfolge der politischen Interventionen auch unserer sozialistischen Kollegen zurückgeht oder auf die Tatsache, daß die Landesstraßenmittel um wesentliches mehr erhöht wurden im Vergleich, als die Bundesstraßenmittel, die uns zur Verfügung stehen, weiß ich nicht.

Es sieht nämlich so aus: Von 1970 bis 1976 sind die für den Landesstraßenbau eingesetzten Mittel mit Brückenbau und Erhaltung von 330 Millionen Schilling auf 570 Millionen Schilling gestiegen. Das ist ein Index von 173 Prozent. Bei den Bundesstraßen wurden 1970 725 Millionen Schilling verbaut. Für 1976, vielleicht ist es in dem Fall, Herr Kollege Loidl, der bessere Draht und das sollte mich für die Steiermark freuen, nach mir vorliegenden Zusagen, die auf Beamtenebene erkämpft werden konnten, sind für die Steiermark schon inklusiv 174 Millionen Schilling Stabilisierungsquote, die man doch gar nicht freigegeben hat, 150 Millionen Schilling vorgesehen. Das ist ein Index von 158 Prozent. Ich darf wiederholen 158 Prozent Index für Bundesstraßen, Autobahnen, Schnellstraßen und 173 Prozent für Landesstraßen. Wir sind sehr dankbar, daß wir das vom Land her so leisten können.

Wir sind weitgehend einig und daher kann ich viele von den vorbereiteten Gedanken streichen, was die Planung betrifft. Aber ich möchte doch aus der Dringlichkeitsreihung 1975 — Herausgeber und Verleger des Bundesministerium für Bauten und Technik mit einem Vorwort des Herrn Bundesministers — einige Sätze von den Ausbauüberlegungen zur Bundesstraßenplanung vorlesen. Da heißt es unter dem Kapitel 1,3 — „Bisherige Investitionsentscheidungen“ —: „Nach dem Zweiten Weltkrieg mußten zunächst die enormen Kriegsschäden an den bestehenden Straßen kurzfristig saniert werden.“ Ich

glaube, darüber besteht Einhelligkeit. Dann heißt es, daß die Motorisierung in den Fünfzigerjahren zunahm, der Wohlstand den Individualverkehr förderte, der Ruf nach qualitativ besseren, leistungsfähigen und sicheren Straßen wurde immer stärker. Im Jahre 1954 wurde mit dem Bau der Westautobahn begonnen. Ich weiß nicht, wer von Ihnen sich daran erinnert, aber mir ist das heute noch in den Ohren, der damalige Vorsitzende der Sozialistischen Partei, der Herr Altvizekanzler Dr. Pittermann, hat damals den Bau der Westautobahn als „Aprilscherz“ bezeichnet. Ich möchte das mindestens so interpretieren, daß sich auch Ihr Parteivorsitzender bezüglich der Bedeutung des Ausbaus der Bundesstraßen und Autobahnen ebenso verschätzt hat, wie auch andere, die damals die Verantwortung im Ministeramt trugen. Dann heißt es: „Die Auswahl der Bauvorhaben hat sich meist, in der Zeit der Fünfziger- und Sechzigerjahre, nach den jeweils dringlich scheinenden Tageserfordernissen gerichtet.“ Wörtlich zitiert: „Die Erfolge der vorgenommenen Verbesserungen an unserem Straßennetz stellen den damals für den Straßenbau Verantwortlichen ein durchaus positives Zeugnis aus.“

Daß wir heute, rückschauend, sehr wohl Kritik anzubringen haben, Sie genauso, Herr Kollege Loidl und Ihre Fraktion, wie ich und meine Fraktion, das ist unbestritten. Aber wir müssen festhalten, daß 1967 mit der Schaffung des Bundesministeriums für Bauten und Technik der Gedanke der Neuordnung des Straßennetzes auf objektiven Kriterien schrittweise verfolgt worden ist. Ich darf die Stationen kurz skizzieren. 1968 Gesamtverkehrskonzept. Es ist notwendig, daß man den Straßenbau, der nur eine Teilplanung ist, in diesen Bereich einbindet. 1971 Bundesstraßengesetz, vorbereitet noch von der ÖVP-Regierung. 1972 Dringlichkeitsreihung für die Autobahnen und Schnellstraßen. Auch dazu ein Wort. Ich will es nicht wörtlich herausuchen. Damals hat man geglaubt, in fünf bis sechs Jahren die Dringlichkeitsstufe 1 der Reihungen für Autobahnen und Schnellstraßen erledigen zu können. Das würde heißen, daß wir im Jahr 1977/78 alle Bauabschnitte der Dringlichkeitsreihung 1 erledigt hätten. Keine Rede davon! Nun werden acht bis zehn Jahre angenommen und für 1975 haben wir die erste Reihung der Bundesstraße B bekommen und das war die Voraussetzung für die Reihung der Landesstraßen, über die wir in diesem Haus vom Referenten und dann in Vorlagen noch hören werden.

Wenn man schon die Versäumnisse der ÖVP-Regierung und des seinerzeitigen Landesstraßenreferenten immer wieder ins Gespräch bringt, darf ich Sie daran erinnern, daß doch systematisch und nicht fleckerlteppichweise die Wechselbundesstraße, die Mur—Mürzfurche — allerdings nach heutigen Verkehrserfordernissen zu gering — die Radlpaßstraße, das Palten- und Liesingtal und schließlich die Ennstalstraße ausgebaut wurden.

Bezüglich des hochrangigen Straßennetzes: Lieber Kollege Loidl, wir haben derart viele fertige Detailplanungen, auch in Bereichen, die notwendig und dringend sind: Südautobahn von Hartberg bis zur Pack, die Pyhrnautobahn von Weitendorf nach

Vogau. Bei S-Straßen die Umfahrungen Mürzschlag und Kindberg. Die Abschnitte Aichdorf—Thalheim, Rothleiten—Mautstadt, Bruck—Leoben. Das sind fast alles Bereiche, wo nur geringe oder keine Baumaßnahmen gesetzt werden können, weil die Mittel nicht vorhanden sind. Wir freuen uns, daß nun, und es dürfte in diesen Tagen geschehen, endlich das Pyhrnautobahngesetz mit der Verlängerung der Gesellschaftsstrecke beschlossen wurde, weil sonst, Herr Kollege Loidl, es vollkommen richtig ist, was Sie gesagt haben. Nur müssen Sie dazusagen, daß örtliche Widerstände gegen die Planung im Raum Deutschfeistritz—Peggau die Dinge so verzögert haben, daß man vielleicht die Pyhrnautobahn AG bzw. die Gleinalmbahn AG bitten muß, daß sie ihren Tunnel nicht fertigbaut, damit das Chaos in Peggau und Deutschfeistritz nicht entsteht, das Sie jetzt visionär und mit Recht an die Wand gemalt haben. Erfreulich ist auch, daß jetzt endlich die Pyhrnautobahn, wenn ich richtig unterrichtet bin, in das internationale Straßennetz durch Österreich als E-Straße aufgenommen wird. Die Innkreis-, Pyhm- und Südautobahn haben nun die E-Nummer erhalten.

Nun noch zur Budgetsituation des Bundes. Herr Kollege Loidl, ich weiß nicht, woher Sie die Zahlen nehmen. Das Basisprogramm, das vom Ministerium genehmigt wurde, sieht 976 Millionen Schilling vor und dazu kommen noch 174 Millionen Schilling aus der Konjunkturbelebung. Wenn ich das zusammenrechne, ist das ein Minus von 11 Prozent gegenüber den Mitteln des Jahres 1975. Wenn ich die steirische Quote aus dem Budget des Bautenministeriums im Ordinarium und Extraordinarium von 8648 Millionen Schilling errechne, sind das lediglich 11,3 Prozent. Wir haben im Jahr 1974 12 Prozent, im Jahr 1970 14 Prozent und im Jahr 1971 15 Prozent der gesamten österreichischen Straßenbaumasse gehabt. Das heißt also und das ist die Konsequenz, daß der Herr Bautenminister im Jahr 1976 unsere Hoffnung, daß das steirische Budget anteilmäßig steigen wird, nicht erfüllt hat, daß er das nicht nur nicht halten konnte, sondern, daß wir jetzt bei einer Quote halten, die fast 40 Prozent unter dem Anteil unseres Straßennetzes liegt. Die Steiermark hat 16 Prozent des Bundes- und Schnellstraßennetzes und 11,3 Prozent Beitrag. Noch etwas, das das Hohe Haus sehr interessieren wird: Im Vorjahr wurden 264 Millionen Schilling an Konjunkturbelebungsquote zugesagt und auch angewiesen. Aber, Herr Kollege Loidl, 230 Millionen Schilling waren aus dem Jahr 1974 im Rahmen der genehmigten Bauprogramme an Schulden zu übernehmen. Das heißt also kurz und einfach — ich weiß schon, daß es für den Schilling nicht stimmt, aber in der Größe stimmt es —: Die Konjunkturbelebungsquote war eine Schuldenzahlquote, zumindest für die Steiermark! Das heißt mit anderen Worten, daß das, was unsere Abgeordneten im Nationalrat bei der Freigabe dieser 4,6 Milliarden Schilling behauptet haben, für den Straßenbau in der Steiermark stimmt und wir heuer voraussichtlich wieder mit Schulden in diese Runde gehen, so daß die Konjunkturbelebungsquote, die wir uns erst im zweiten Halbjahr des nächsten Jahres er-

hoffen, dann wieder zum Schuldenzahlen zu verwenden ist.

Ich möchte Ihnen abschließend an einem Sonderfall jetzt noch zeigen, wie leider Theorie und Praxis der Straßenplanung auseinanderfällt. Das ist die B 69, die Grenzlandbundesstraße im Bereich der Soboth. Die Steiermark hat den Ausbau mit Recht forciert, um das südsteirische Grenzland besser verkehrsmäßig aufzuschließen. 240 Millionen Schilling wurden verbaut und in Kärnten ist aber die Strecke von Lavamünd bis zum Magdalensberg einer der Karrenwege, die wir als „Bundekarrenweg“ bezeichnen können. Jeder, der dort fährt, weiß es. Nun stehen seit Jahren Brückenbauwerke. In der Dringlichkeitsreihung ist der Bauabschnitt B 2002 als im Bau befindlich ausgewiesen. Das heißt, er ist noch vor der Dringlichkeitsreihung 1 zu erledigen. Aber es sind im Bundesbudget Arbeitsbehelfe für die ganze B 69 4,5 Millionen Schilling ausgewiesen und soviel ich weiß, ist das eine Deckensanierung im Bereich Arnfels. Das heißt also, daß es dem Herrn Bautenminister seit Jahren offenbar nicht gelingt, die Kärntner Landesregierung dazu zu bringen, daß sie endlich diesen Bauabschnitt, der ca. 40 bis 50 Millionen Schilling kosten könnte, baut und damit erst die Straße und Investition von 240 Millionen Schilling verkehrswirksam macht. (Abg. Loidl: „Herr Abgeordneter, wie mit Salzburg im Ennstal!“ — Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Und Oberösterreich bei Kastenreith!“) Herr Kollege Loidl, ich appelliere ja an Sie, der Herr Landeshauptmann der Steiermark wird mit dem Kärntner Landeshauptmann schlechter reden können als Sie das können. Reden Sie einmal mit dem Herrn Landeshauptmann Wagner und reden Sie mit dem Herrn Bautenminister, denn es handelt sich nicht um eine Landstraße, es handelt sich um eine Bundesstraße, Herr Kollege Loidl.

Ich möchte damit schon zum Schlusse kommen, oder erst, wie Sie es auffassen. Ich glaube, das Landesstraßenbudget gibt uns, was wir füglich erwarten können. Das Bundesbudget ist für uns eine Enttäuschung: wir wollen aber die Leistungen aller Beamten, wir wollen die Leistungen des letzten Straßenwärters und Straßenmeisters gebühlich anerkennen. Wir wollen aber auch die Leistung des Landesstraßenreferenten anerkennen und nicht ankratzen lassen mit Behauptungen, daß die Planung in der Steiermark nicht funktioniere und daher nicht so viel gebaut werden könne wie die Bevölkerung es erwartet. Ich stimme durchaus mit Ihnen überein, Herr Kollege Loidl, daß, wenn wir mehr Straßenbau wollen, wir dann auch darüber diskutieren müssen, wie die Mittel aufgebracht werden. Das ist eine ehrliche und sachliche Diskussion. Das ist ja immer die Behauptung unserer Fraktion gewesen, wenn man mehr vom Staat verlangt, dann muß man auch mehr für den Staat geben. Aber, daß man hergeht und erklärt, ja, die Planungen die fehlen halt und dann feststellt und rechnen muß, daß für 16 Prozent des österreichischen Straßennetzes eben nur 11,3 Prozent an vorhandener oder budgetierter Masse zur Verfügung stehen, dann muß man zumindest anmerken dürfen, daß die Tätigkeit des Herrn Bautenministers Moser für uns eine Enttäuschung sein muß und ich kann nur

bitten, daß Sie und Ihre Fraktion sich sehr energisch dafür einsetzen, daß die Zuweisungen aus dem Konjunkturausgleichsbudget diese von mir sachlich vorgetragenen Fakten als Unwahrheit letztlich erweisen, weil dann die Zuweisung eben weit über unsere Quote hinausgehen sollte. Das ist mein Wunsch, denn daß die Straßen ausgebaut werden müssen für unser aller Nutzen, das ist klar und deswegen werden wir auch den Ansätzen des Straßenbaues im Landesbudget gerne zustimmen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Laurich. Ich erteile es ihm.

Abg. Laurich: Herr Präsident! Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Die unzulänglichen Verkehrsverhältnisse der Steiermark beschäftigen fast jede Landtagssitzung. Auch in den letzten beiden Tagen waren diese Zustände, besonders der Gastarbeiterroute, wiederholt von Rednern erwähnt worden. Es ist daher außerordentlich bedauerlich, daß es drei Jahre gedauert hat, bis ein Antrag über die Sonderfinanzierung des Bosrucktunnels dem Steiermärkischen Landtag vorgelegt wurde, nachdem bereits im Jahre 1972 eine Resolution beschlossen wurde, der auch die ÖVP und die FPÖ beigetreten sind. (Abgeordneter Dipl.-Ing. Fuchs: „Jetzt haben Sie lange nachgedacht, was Ihnen zum Stänkern einfallen könnte!“) Nein, nein, Herr Kollege Fuchs, uns braucht nichts einfallen, ich bedaure, daß ich diese, sagen wir ideale Darstellung der Straßenverhältnisse, wie sie der Dr. Heidinger gegeben hat, nicht teilen kann. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Das haben wir gar nicht erwartet!“) Ich habe im Jahre 1972 die Ergebnisse der Verkehrszählung bekanntgegeben und habe dieses Ergebnis mit als Begründung für die eingebraachte Resolution verwendet.

Meine Damen und Herren, was sich jetzt in den nächsten Tagen bis Weihnachten oder bis Neujahr hinaus besonders auf der Gastarbeiterroute abspielen wird, wird man, wie ein Vorredner gesagt hat, nur als chaotisch bezeichnen können. (Abg. Fuchs: „Lauter Bundesstraßen, lieber Herr!“) Schon vor zwei Jahren, Herr Kollege Fuchs, ich komme dann darauf zurück, wurde in einer Besprechung mit Gemeindefunktionären und Betriebsräten aus Rottenmann mit dem zuständigen Referenten, Herrn Landesrat Dr. Krainer, die voraussichtliche Trassenführung in diesem Raum besprochen und auch die Meinung vertreten, daß diese Trasse in der Form ausgebaut werden soll, daß man eine Fahrbahn der Pyhrnautobahn fertigstellt. Ich darf den Damen und Herren des Landtages, die diese Strecke nicht so kennen, vor Augen führen, daß wir zwischen Selzthal und Rottenmann drei Bahnschranken haben, die im Tag bis 65 mal geschlossen werden, daß wir eine überaus schmale und kurvenreiche Straße zwischen Selzthal und Trieben haben und daß aber auch die durch Trieben führende Bundesstraße für die Bevölkerung eine nicht zumutbare Belastung bedeutet. Es ist daher erfreulich, daß bei einer Vorsprache von Bürgermeistern des Bezirkes Liezen der Herr Bautenminister zugesagt hat, daß die-

ses neuralgische Straßenstück in der Reihung vorgezogen werden wird.

Ich möchte drei weitere Wünsche, die die Ennstal-Bundesstraße betreffen, hervorheben. Das sind in erster Linie die Umfahrungen Gröbming und Stainach und ferner der Ausbau des überaus schmalen und unübersichtlichen, besonders im Winter gefährlichen Straßenstückes zwischen der ausgebauten Umfahrung Schladming und dem ausgebauten Stück Umfahrung Lehen-Oberhaus. Am Rande erwähnen möchte ich auch, daß es dringend erforderlich wäre, eine bessere Zufahrt von der Ennstal-bundesstraße in die Ramsau zu errichten.

Herr Kollege Dr. Heidinger, es ist eine bittere Wahrheit, daß in keinem anderen Bundesland die Diskrepanz zwischen den Erfordernissen im Straßenbau und den Gegebenheiten so groß ist, wie in der Steiermark. Es ist eine Tatsache, daß der höherrangige Straßenbau in der Steiermark bis zum Jahre 1970 effektiv zu kurz gekommen ist. Diese Feststellung, meine Damen und Herren, kann ich an einer Reihe von Beispielen erhärten. In keinem anderen Bundesland ist das Verkehrsaufkommen sowohl beim Urlauberverkehr als auch beim Berufsverkehr so groß, wie in unserem, und in keinem anderen Bundesland ist das Mißverhältnis zwischen dem Kraftfahrzeugbestand bzw. der Verkehrsfrequenz und dem ausgebauten höherrangigen Straßennetz so krass. In Salzburg kamen im Jahr 1974 auf ein Kilometer benützbare Autobahn 17.000, in Tirol 22.000, in Niederösterreich 28.000, in Oberösterreich 31.000, in Kärnten 36.000, in der Steiermark jedoch über 90.000 Fahrzeuge.

Aber nicht nur hier kann man eine Benachteiligung der Steiermark herauslesen, sondern auch bei den besonderen Gefahrenstellen. Das sind Stellen, wo im Jahr mehr als zehn behördlich registrierte Unfälle erfolgen. Hier steht die Steiermark mit 57 solcher Stellen an erster Stelle, gefolgt von Salzburg mit 17, Oberösterreich mit 16, Niederösterreich mit 15 und Kärnten mit nur 15 solcher neuralgischer Punkte. Meine Damen und Herren, man wird eine Gewissenserforschung machen müssen, man wird sich fragen müssen, ob hier wirklich alles getan wurde, damit man diese Gefahrenstellen ausschaltet, damit nicht weiterhin der höchste Preis, der überhaupt zu bezahlen ist, nämlich Menschenleben, geopfert wird.

Ein weiteres Beispiel. Von den 1635 km Bundesstraßen B sind in der Steiermark nur 39 Prozent ausgebaut, während die anderen Bundesländer eine günstigere Ausbaustufe haben. Niederösterreich 41 Prozent, Burgenland 42 Prozent, Tirol 44 Prozent, Vorarlberg 47 Prozent und Wien über 50 Prozent. (Abg. Dr. Heidinger: „Das ist es ja!“)

Sehr verehrter Herr Landesrat, es ist erfreulich, daß Sie in letzter Zeit auch den Ausbau des nördlichen Teiles der Pyhrnautobahn forcieren, während Sie bei den Budgetberatungen 1972 noch gemeint haben, daß zwischen Pyhrn- und Südauto-bahn Prioritäten gesetzt werden müssen. (Abgeordneter Dipl.-Ing. Fuchs: „Wo liegt da der Widerspruch!“) Wenn in wenigen Jahren der Linzer Donauhafen fertiggestellt sein wird, muß auch eine leistungsfähige Straßenverbindung von der Westautobahn nach dem Süden vorhanden sein. (Land-

eshauptmann Dr. Niederl: „Das habe ich vor drei Jahren dem Herrn Bundeskanzler gesagt!“ — Abgeordneter Dipl.-Ing. Fuchs: „Wer ist zuständig, die Bundesregierung oder die Landesregierung!“) Sehr erfreulich. Ich danke, Herr Landeshauptmann. Eine erfreuliche Initiative. Was nützt das aber, wenn drei Jahre später der Antrag für die Sonderfinanzierung des Bosrucktunnels eingebracht wird. (Abgeordneter Dipl.-Ing. Fuchs: „Wenn der Bund kein Geld hergibt!“) Vor drei Jahren haben wir das verlangt. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Das ist dem Bund sein Geschäft!“) Herr Kollege Fuchs, Sie können es in den Protokollen nachlesen. Es hat drei Jahre gedauert. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Lesen Sie das beim Bund vor, nicht bei uns!“ — Landesrat Doktor Krainer: „Da habe ich eine gute Antwort, die Ihnen keine Freude machen wird!“) Der Herr Landesrat hat eine gute Antwort angekündigt. Wir sind für gute und sachliche Antworten selbstverständlich dankbar. Aber nun zurück zu dem Straßenstück von Sattledt. Wenn dieser Donauhafen fertig sein wird, brauchen wir eine bessere Straßenverbindung von Sattledt nach dem Süden. Bitte, Herr Kollege. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer: „Das, was du redest, redet der Letmaier seit 1971 permanent im Parlament!“) Ein Jahr voraus. Nur, was der Letmaier im Parlament sagt, ist für uns in der Steiermark nicht so primär, denn wir haben 1972 einen einstimmigen Beschluß gefaßt, daß wir für eine Sonderfinanzierung eintreten. Ob das der Kollege Letmaier im Parlament gemacht hat, weiß ich nicht. Ich werde ihn fragen. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Der ist an der richtigen Stelle dort, Sie sind an der falschen!“) Danke. Ich habe seine Anfragen, Herr Kollege Fuchs. (Abg. Ileschitz: „Der Letmaier ist ein Häuslbauer und kein Straßenbauer, das ist der Unterschied!“) Nun, noch einmal zurück. Wer die Verkehrsverhältnisse auf dem Pyhrnpaß kennt, weiß, daß schon bei geringstem Schneefall dieser Paß für Schwerfahrzeuge unpassierbar ist. Wir müssen noch etwas sagen. Es ist erfreulich, das haben die Kollegen Dr. Heidinger und Loidl angeführt, daß bei der letzten Dringlichkeitsreihung für die Steiermark eine Reihe wichtiger Vorhaben beschlossen wurde. 34 Straßenbauvorhaben mit einer Gesamtlänge von 110 km wurden in die Dringlichkeitsstufe eins eingereiht, aber trotzdem muß ich bedauern, daß eine Reihe von Wünschen, besonders aber der Ausbau Rottenmann-Umfahrung Trieben—Schoberpaß, damals offen geblieben ist.

Wenn ich diesen Straßenausbau forcieren, dann kann ich hier die Unfälle bekanntgeben, die sich innerhalb eines Jahres auf einer Strecke von 17 km ereignet haben. Der hohe Blutzoll auf dieser Strecke rechtfertigt es, daß wir alle Bemühungen ansetzen, um eine Vorreihung von Selzthal bis St. Michael zu erhalten. Vom Gendarmerieposten Rottenmann wurden im Jahr 1969 2 Tote und 27 Schwerverletzte gemeldet, im Jahr 1971 5 Tote und 118 Schwerverletzte, im Jahr 1972 10 Tote und 101 Schwerverletzte, im Jahr 1973 15 Tote und 139 Schwerverletzte bei 259 schweren Unfällen. (Abgeordneter Dipl.-Ing. Fuchs: „Da fährt der Herr Minister nie im Winter!“) Gendarmerieposten Selzthal: 203 schwere Unfälle.

Das heißt, daß sich im Jahr 1973 462 schwere Unfälle mit 30 Toten und 241 Schwerverletzten ereignet haben.

Sehr verehrter Herr Landesrat, es nützt dann eben gar nichts, wenn Sie im Mai 1975 den Antrag auf Vorreihung gestellt haben. (Landesrat Dr. Krainer: „Im April!“) Hier werden, trotz beachtlicher Leistungen, in der Steiermark Versäumnisse offenkundig, die auf Jahrzehnte zurückgehen. (Landesrat Dr. Krainer: „Die Frage ist nur, von wem!“ — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Die Versäumnisse des sozialistischen Bautenministers, Ihres Bautenministers!“)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, daß wir alle zusammen die Pflicht haben, diese Zustände aufzuzeigen. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Da können Sie noch lange reden, das sind Versäumnisse Ihres Bautenministers und niemandes anderen! Und der heißt Moser!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.) Herr Kollege Fuchs, wir können gerne zusammen singen, aber reden tun wir abwechselnd. Das möchte ich Ihnen auch sagen.

Ich glaube, daß wir alle die Pflicht haben, diese Zustände aufzuzeigen, daß wir denen danken müssen, die sich bemühen, daß gewisse Zustände verbessert werden und daß wir alle Verantwortung darüber tragen, daß sich die Verkehrsverhältnisse auf den steirischen Straßen verbessern. Hier in erster Linie auch die Verkehrsverhältnisse für unsere Kinder und für unsere alten Menschen, die unsere Straßen als Fußgänger benützen. (Beifall bei der SPO.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Nigl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Nigl: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Wenn man den Ausführungen des Kollegen Laurich und anderen seiner Fraktion zuhört, hat man fast den Eindruck, im Straßenbau haben die Sozialisten das Schießpulver erfunden. Aber ich kann Ihnen sagen, das war ein Schwarzer, nämlich Berthold Schwarz. Wie du wissen wirst, Kollege Laurich. (Abg. Laurich: „Wieder ein Schwarzer, das ist ein Pech!“) Siehst du, so ist es.

Ich möchte mich bei meiner Darstellung zwei Themen zuwenden, und zwar erstens dem Transitverkehr und zweitens der Verwendung von Spikesreifen. Es sind beides aktuelle Themen, die nicht in der Vergangenheit wühlen, sondern die gegenwärtige Situation beleuchten und die vor allen Dingen in die Zukunft wirken sollen. Ich glaube, das sollte im Vordergrund stehen.

Zum Thema — Transitverkehr: Ich darf ganz kurz erinnern, ich habe mich schon im Vorjahr im Detail damit beschäftigt. Ich werde das heute nicht mehr so detailliert tun, weil es eine Wiederholung wäre. Aber fest steht, daß wir im Straßenbau und insbesondere beim Ausbau der hochrangigen Straßen — Autobahnen und Bundesstraßen — zu wenig Geld haben. Ich möchte es mir auch nicht so leicht machen zu sagen, der Bund soll zahlen. Ich wiederhole meine vorjährige Forderung, der Bund sollte sich auch überlegen, zusätzliche Mittel nicht von den Österreichern, sondern von anderen zu

holen. Und ich werde dafür auch einen Vorschlag unterbreiten. Auch das Ausland beschafft sich die Geldmittel für den Straßenbau über Straßensteuern, Benützungsgebühren, Zollabfertigungsgebühren sowie über zusätzliche Treibstoffmittel in Form von Treibstoffbeschränkungen, um dadurch die ausländischen Lastkraftwagen, die im Transitverkehr eingesetzt sind, zu zwingen, in ihrem Land zu tanken. Wie ist das also neuerdings, Sie wissen — ich habe voriges Jahr schon gesagt —, daß in der Bundesrepublik Deutschland eine Treibstoffbeschränkung herrscht, in Italien eine Straßensteuer und Autobahnmaut existiert, in Jugoslawien eine Autobahnmaut und Straßensteuer — die Straßensteuer ist inzwischen abgeschafft —, und in Griechenland eine Autobahnmaut gilt. In Bulgarien wurde heuer eine LKW-Abfertigungsgebühr in der Zeit von 17 Uhr nachmittags bis 8 Uhr früh eingeführt und zwar ist durch die Anwendung des Wechselzwangskurses ein Betrag von 600 Schilling zu zahlen. Wie machen wir das in Österreich? Wir sind klasse Burschen, bei uns darf jeder hereinfahren und in der Zeit von 18 bis 8 Uhr verlangen wir nur 65 Schilling, weil wir haben es ja. Wir können also ohne weiters die Ausländer subventionieren, direkt und indirekt, wir haben soviel Geld, daß wir uns jeden Spaß erlauben können auf diesem Gebiet und wir muten den Österreichern zu, zu zahlen. Das ist ein Zustand, der mich eben veranlaßt, gerade das zu sagen.

Wenn ich immer wieder Argumente in der Richtung höre, daß es da internationale Verträge gäbe und man sich daran halten müsse und es nicht so einfach gehe, da muß ich fragen, ob internationale Verträge nur eine Einbahnstraße sind, die von den Österreichern einzuhalten sind, oder ob die Verträge nicht auch für den Gegenverkehr gelten. Entweder sind die Verträge so schlecht abgefaßt, dann sind die zuständigen Stellen im Ministerium schuld, oder aber, wenn andere Länder sich über verschiedene Möglichkeiten zusätzliche Mittel holen, um ihre Straßenbauten zu finanzieren, dann muß das wohl auch bei uns möglich sein. Ein zweites Argument, das mir entgegengehalten wird, wenn ich die Möglichkeit dieser Gebühren erwähne, ist, daß wir uns ja ohnedies den Anteil der Straßensteuer in Österreich dadurch holen, daß wir sie über den Treibstoff vereinnahmen. Ich glaube, gerade im Transitverkehr ist diese Behauptung, oder dieses Argument falsch. Warum? In der Bundesrepublik Deutschland gibt es den höchsten Dieselpreis, ich erwähne nur ein paar Länder mit 6,31 Schilling derzeit. In Österreich beträgt er 5,30 Schilling, in Jugoslawien 3,50 Schilling, ich sage gleich immer alles umgerechnet, in Griechenland 2,94 Schilling, in der Türkei 2,87 Schilling und in Persien 80 Groschen. Die ausländischen Kraftfahrzeuge, also die LKW, verwenden Tanks bis zu 3000 Liter Inhalt. Das führt dazu, daß er natürlich dort tankt, wo er möglichst den billigsten Dieseltreibstoff bekommt. Er wird sicher nicht in Österreich tanken, wenn er von Jugoslawien oder Bulgarien, oder von wo immer nach Deutschland, oder da hinaus in den Norden fährt, das heißt, er tankt dort, wo der Dieseltreibstoff billiger ist. Nun lassen aber die Deutschen ja den Kraftwagen nur dann nach Deutschland hinein, wenn er nur 50 Liter Die-

sel im Tank hat. Hat er mehr im Tank... (Abg. Ingenieur Turek: „Da schaut ja niemand!“) Aber schauen Sie, Herr Kollege Turek, natürlich schaut er, die haben an den Grenzen die Meßeinrichtungen und wenn er sagt, er hat 200 Liter im Tank und der Zollbeamte glaubt es ihm nicht, weil er annimmt, er hat mehr drin, so wird ihm der Diesel aus dem Tank ausgepumpt und es wird auf der Meßskala abgelesen, wieviel er drinnen hat. (Abgeordneter Ing. Turek: „Wenn er nach Deutschland fährt, nicht!“) Natürlich, aber schauen Sie, 50 bis 60 Liter Dieseltreibstoff braucht man heute bei den LKW ungefähr auf 100 Kilometer. Und wenn der einen Tank von 3000 Liter hat, dann wird er sehr weit kommen damit. (Abg. Ing. Turek: „Grundsätzlich stimmen wir ja überein!“) Ja, Kollege Turek, warten Sie ein bisserl. Natürlich wird gemessen, sicher, stellen Sie sich an die Grenze. (Abg. Ingenieur Turek: „Ich habe mich hingestellt!“) Bitte, dann sind Sie nicht lange gestanden. (Abg. Ing. Turek: „Eine Tagesbeschäftigung habe ich nicht daraus gemacht!“) Sicher nicht. Aber die Frage ist berechtigt, was geschieht nun mit dem überschüssigen Dieseltreibstoff, wenn er wirklich in Jugoslawien 3000 Liter volltankt, er braucht ihn ja nicht bis Deutschland. Ich wüßte eine andere Möglichkeit und ich formuliere sie so, ohne etwas bestimmtes behaupten zu wollen, aber vielleicht sind auch die zuständigen Stellen des Bundes dadurch angeregt, sich um diese Sache einmal etwas besser und mehr anzunehmen. (Abg. Ing. Turek: „Soll einheben!“) Nein, ich formuliere es so. Würde ich ausländischer Transporter sein, also Kraftfahrer oder Transportunternehmer, würde ich in Jugoslawien tanken und würde schauen, daß ich in Österreich den Dieseltreibstoff irgendwie billiger anbringe, oder ich würde noch weiter unten tanken, wo er noch billiger ist. Vielleicht wäre eine solche Überprüfung einmal überlegenswert.

Aber was sind die Folgen dieses Zustandes? Erstens einmal, die Ausländer sind im Transportgeschäft konkurrenzfähiger als es die österreichischen Frächter sein können, weil sie zwangsläufig höhere Kosten auf sich nehmen müssen. Zweitens, die Arbeitsplätze der Fernfahrer, die in Österreich beschäftigt sind, sind gefährdeter als anderswo. Drittens, wir haben nicht nur erheblich weniger Einnahmen, weil sie bei uns den Treibstoff nicht tanken, sondern viertens, wir subventionieren mit unseßen Steuermitteln, die wir Österreicher zahlen, nicht nur die ausländische Wirtschaft, sondern wir stellen ihnen auch noch kostenlos sozusagen die Durchfahrt zur Verfügung. Ich glaube daher, daß offensichtlich die vor einem Jahr gemachten Aussagen in dem Zusammenhang bei der Bundesregierung verhallt sind. Ich möchte daher einmal noch an dieser Stelle die Landesregierung dringend ersuchen, die Bundesregierung aufzufordern, in dieser Frage nach einer Änderung zu trachten und dafür zu sorgen, daß zusätzliche Mittel für den Straßenbau in Österreich eingenommen werden können und daß man nicht nur den Österreichern zumutet, teure Straßen kostenlos den Ausländern zur Verfügung zu stellen.

Mein zweites Thema ist die Verwendung von Spikesreifen. Ich glaube, mich nicht verhöhrt zu ha-

ben, wenn der Kollege Loidl gestern — ich weiß nicht, ob ich es jetzt wörtlich wiedergebe, aber wahrscheinlich sinngemäß — im Zusammenhang mit der Debatte in der Gruppe 5 gemeint hat, daß man bei einem Menschenleben nicht nach den Kosten fragen darf, die erforderlich sind, um es zu erhalten, damit diese Mittel sinnvoll eingesetzt werden, daß es aber um jeden Schilling schade wäre, der unnütz vergeudet wird. Ich glaube, ich habe seine Äußerung sinngemäß wiedergegeben. Der Herr Landeshauptmannstellvertreter Sebastian hat heute das zum Schlußwort der Gruppe 5 noch akzentuierter gesagt, als er gesagt hat, für ihn und seine Fraktion sei das keine Floskel, daß man die Frage, was ein Menschenleben kostet, nicht stellen darf. Diese Auffassung ist selbstverständlich und durchaus richtig. Nur stehe ich auf dem Standpunkt, wenn man eine solche Auffassung hat, nicht nur als zuständiger Referent, sondern als Fraktion, dann nehme ich wohl an, daß das keine steirische Eigenart der sozialistischen Fraktion der Steiermark allein ist, sondern ich nehme wohl an, daß sich eine solche Auffassung in der Gesamtpartei der Sozialisten durchgesetzt hat und daher auch in der Bundesregierung und wenigstens bei jenen Mitgliedern der Bundesregierung durchschlägt, die aus der Steiermark stammen, nämlich zum Beispiel beim Minister Moser. Man kann sich nicht auf den Standpunkt stellen, daß man die Spikesreifen abschafft, weil die Beschädigungen, die durch die Verwendung eintreten, 450 Millionen Schilling im Jahr kosten, ohne zu wissen — weil es diesbezüglich keine Untersuchungen gibt —, wieviele Menschenleben durch die Verwendung von Spikesreifen gerettet worden sind, oder welche Auswirkungen die Nichtverwendung von Spikesreifen hätte. Man ist zwar heute so weit, wissenschaftlich nachweisen zu können, daß durch die Verwendung der Sicherheitsgurte — und mir wird aus der Versicherungswirtschaft gesagt, daß das eine internationale Ziffer ist — 80 Prozent aller Todesfälle, der früher vorhandenen Todesfälle vermieden werden können. Man ist aber gegenwärtig noch nicht in der Lage zu sagen, ob und wieviele Todesfälle durch die Verwendung von Spikesreifen vermieden werden können. Man sollte daher, bevor man eine Verunsicherung der Autofahrer in der Form erzeugt, daß der eine Minister sagt, die Spikesreifen werden abgeschafft und der andere Minister sich darum bemüht, daß die Österreicher wenigstens noch ein bißchen in Deutschland fahren können und einen anderen Standpunkt vertritt, wohl zunächst einmal untersuchen, wie sich die Verwendung der Spikesreifen auswirkt. Es dürften dann diese 450 Millionen Schilling, die die Straßenbeschädigungen in Österreich kosten, keine Rolle spielen, wenn man mit den Spikesreifen Menschenleben rettet.

Eines ist sicher. Kollege Laurich, wenn die Straßenverhältnisse so gelagert sind, wie es im Winter in Österreich immer wieder feststellbar ist — Eis und Schnee usw. —, dann ist der Spikesreifen der sicherste Reifen. Solange es nichts Besseres gibt, werden wir wahrscheinlich diesen Standpunkt einnehmen müssen. Ich fordere daher von dieser Stelle die Bundesregierung auf, die Autofahrer nicht zu verunsichern, die immerhin einige tausend Schil-

ling in die Anschaffung der Spikesreifen investieren. (Abg. Loidl: „Man muß ja diskutieren!“) Man hat gesagt, sie werden abgeschafft, ohne zu sagen, wann, ob in 3, 4 oder 5 Jahren oder später. (Abgeordneter Loidl: „So ist das nicht!“) Das kann man nicht machen. Daher stehe ich auf dem Standpunkt, bevor man das diskutiert, sollte man sich überzeugen, was besser ist — das oder jenes. Diese Aufforderung richte ich an die Bundesregierung. (Beifall bei der OVP.)

3. Präsident Feldgrill: Zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Wimpler. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wimpler: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich glaube, daß niemand die Notwendigkeit des vordringlichen Ausbaues der Gastarbeiterroute bestreiten wird. So wie Kollege Laurich halte auch ich es daher als ständiger Benützer dieser Straße für notwendig, darüber zu sprechen und auf meine Wortmeldung anlässlich der Debatte über den Bosrucktunnel für die Autobahn zurückzukommen. Ich habe damals gemeint, daß das Planen oder vielleicht auch die Koordination zwischen Bund und Land ein wenig im argen liegt. Hier meine ich, vielleicht könnte diese Straßendatenbank, von der wir kurz vor Beginn dieser Budgetdebatte Kenntnis erlangt haben, ein wenig für die Verbesserung dieser Koordination zwischen Bund und Land eingesetzt werden. Was hilft uns die Erklärung des steirischen Bautenministers Moser vom August dieses Jahres, wonach die Autobahnen die sichersten Straßen darstellen, wenn es gerade dort, wo sie am notwendigsten wären, keine gibt und wo auch Teillösungen zu lange auf sich warten lassen.

Von Urlaubern, Gastarbeitern und weit gereisten einheimischen Kraftfahrern hören wir immer wieder, daß man schon weit in Europa herumfahren muß, um ein Straßenstück mit solchen Hindernissen zu finden, wie es die Bundesstraße von Liezen bis Rottenmann darstellt. Zugegeben, bei den vor etwa 10 Jahren vorgenommenen Ausbesserungsarbeiten der Strecke Selzthal—Liezen war die Entwicklung der Gastarbeiter- und Urlauberroute vielleicht noch nicht so weit vorauszusehen. Ich darf aber für mich in Anspruch nehmen, daß ich schon damals gemeint habe, daß die bloße Verbesserung der Fahrbahnoberfläche wenig sinnvoll ist. Ich habe mir dabei auch den Unmut der Straßenbauer zugezogen. Ich habe in mehrfachen Anfragen auf die unerträglichen Verkehrsbehinderungen durch die drei Bahnschranken, von denen auch Kollege Laurich heute gesprochen hat, hingewiesen, auf mehrere Engstellen auf dieser Strecke von 10 km, auf die Beeinträchtigung der dringend notwendigen Krankentransporte zu den Krankenhäusern Rottenmann und Kalwang; leider ohne besondere Reaktionen auszulösen. Der Transitverkehr auf dieser Strecke mit immer größer werdenden Lastzügen nahm ebenso zu, wie die Anzahl der PKW von Gastarbeitern und Urlaubern. Die außergewöhnlichen Schnee- und Regenfälle, daran werden Sie sich sicherlich noch erinnern, im Dezember 1973, haben dann das Ihrige dazu beigetragen, daß der Verkehr

auf dieser Strecke einfach zum Erliegen kam. Die Straße war ein einziger Krater von Frostaufrüchen, und was die Gastarbeiter in diesen Tagen und auch die einheimischen Pendler als Vorweihnachtsfreude damals mitzumachen hatten, ist nicht zu beschreiben. Aber spätestens zu diesem Zeitpunkt hätte man erkennen müssen, daß dieses Nadelöhr von Europa wirklich einer Sofortsanierung bedarf. Aber wieder wurde nichts Wesentliches gemacht, außer daß neben einigen Begradigungen und damit verbundener Schaffung von Parkplätzen eine geringfügige Verbreiterung vorgenommen und unter Einbringung des Frostkoffers ein neuer Belag hergestellt wurde. Zu fragen ist nur, warum dieser Frostkoffer, der von vornherein gefehlt hat, nicht schon bei der ersten Instandsetzung eingebracht worden ist. Die drei Bahnschranken sorgten weiter für unabsehbare Kolonnen, deren Auflösung sich nach meiner Meinung durch übertriebene Verkehrsbeschränkungen immer wieder verzögert. (Abg. Ileschitz: „Ich frage, warum ist nicht etwas geschehen, als Sie Bürgermeister von Liezen waren?“) Ich bin weder für die Bundes- noch für die Landesstraßen zuständig. Damals war eine andere Planung vorgesehen. Die Arbeiten, Herr Präsident. (Abg. Ileschitz: „Warum fragen Sie erst jetzt? Das hätten Sie damals machen müssen!“) Damals war ich noch nicht im Landtag, bedaure sehr. Da habe ich das nicht aufzeigen können. Jetzt kann ich es aufzeigen. (Abg. Ileschitz: „So einfach ist das nicht! Jetzt ist es geschehen, vorher nicht!“) Vorher auch. (Abg. Ileschitz: „Da sind Sie mit dem Olkanderl gegangen, gelt!“) Sie dürfen ein bißchen warten, Herr Präsident. Ich komme gleich dazu, dann werden Sie die Bestätigung dessen finden, was Sie meinen. Die Arbeiten auf der Strecke Liezen—Selzthal, von denen ich gesprochen habe, sind im Herbst des Jahres 1974 fertiggestellt worden. Die Böschungen sind begrünt gewesen im Bereich der Bahnübersetzung Selzthal. Im Sommer 1975 sind neuerlich, nachdem im Herbst die Arbeiten fertig waren, die Grabgeräte erschienen und haben alles das, was im Vorjahr nach vorausschauender Planung errichtet worden ist, zerstört. Mit dem Einbau einer Behelfsbrücke mit einem weiteren Bahnschranken und mit einer Ampelanlage wurde versucht, diese Verkehrsfalle zu verbessern. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Am besten wäre es gewesen, über Lassing zu fahren!“) Sicher. Der Herr Landeshauptmann sagt, über Lassing zu fahren, ist gescheiter. Die es gewußt haben, sind über Lassing gefahren, aber die großen Fernlaster haben das auch nicht gekonnt. Ich wollte nur zum Ausdruck bringen, daß hier versucht worden ist, eine Verbesserung herzustellen, ohne aber die drei Bahnschranken, die ja so wichtig sind, zu beseitigen. Ich meine, niemand, der die Örtlichkeit kennt, versteht, warum bei diesem Versuch einer Verbesserung nicht ein Provisorium gewählt worden ist, das mit einem Schlag alle drei Bahnschranken umfahren hätte und kaum höhere Kosten verursacht hätte als der nachträgliche Einbau einer Behelfsbrücke mit einer kostspieligen Ampelregelung. (Abg. Ileschitz: „Aber es ist besser geworden!“) Es ist besser, aber man hätte mit dem gleichen Aufwand, Herr Kollege, das gleiche viel besser unter Ausschaltung aller drei Bahn-

schränken errichten können. Meine Damen und Herren, aber noch etwas. Im Zuge dieses Ausbaues wurde auch in Liezen eine neue Brücke errichtet, die eine erst vor etwa zehn Jahren fertiggestellte Brücke in den Ruhestand versetzte. Alles in allem, meine Damen und Herren, müßte gesagt werden, daß hier von einer Vorausschau nicht allzuviel zu bemerken ist, und es ist, glaube ich, richtig, daß man auch das Planen planen muß. Denn eine gute und langfristige Planung sichert eine optimale Wirtschaftlichkeit im Bau. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Wie kann jemand, der erst seit 3 Jahren eine Funktion hat, eine langfristige Planung über zehn Jahre machen? Rückwirkend, wenn möglich?“) Die langfristige Planung war schon vorhanden vor 20 Jahren. (Abg. Ileschitz: „Die Planung, die vor 20 Jahren gemacht wurde, war nicht brauchbar!“) Das weiß ich noch aus meiner Tätigkeit als Bürgermeister. Ja, wohl, sie war da, aber sie ist eben nicht ausgeführt worden. (Abg. Ileschitz: „Das haben wir schon festgestellt!“) Und dafür kann ich nichts. Ich glaube, daß in einer solchen langfristigen Planung, auch, wie ich das schon einmal erwähnt habe, der Huckepackverkehr mit einbezogen werden müßte. Und ich glaube, daß wir es uns einfach nicht leisten können, alle zehn Jahre gut gebaute Brücken stillzulegen, bloß deswegen, weil sie an falscher Stelle errichtet worden sind. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Wie viele solche Brücken sind in der Steiermark alle zehn Jahre stillgelegt worden?“) Ich kann nur von der reden. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Sie haben gesagt, daß wir es uns nicht leisten können, alle zehn Jahre eine Brücke stillzulegen!“) Um die ist es vor allem schad'. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Ich glaube, bei einer Brücke können wir es uns vielleicht leisten!“) Ich glaube nicht, daß wir uns diese eine Brücke leisten können. (Unverständlicher Zwischenruf des Abgeordneten Ileschitz.) Wo, da bin ich nicht eingeladen gewesen, da habe ich ja die Planung nicht gekannt, das kann man ja nicht wissen. Da kann man ja nur froh sein, daß diese Brücke gemacht worden ist.

Meine Damen und Herren, ich möchte bei dieser Gelegenheit aber auch noch an Herrn Landesrat Krainer ein Problem im Gesäuse herantragen und ihn folgendes bitten. In Leinbach bei Hieflau besteht ein ziemlich neu erbautes Sägewerk, in dem jährlich rund 50.000 Meter Holz verschnitten werden und in dem etwa 30 Arbeitskräfte Beschäftigung finden. Der Versand der Schnittware per Bahn ist von dort aus umständlich. In den meisten Fällen wird von den Holzabnehmern auch eine LKW-Zufuhr verlangt, weil sie bis nach Mailand und bis nach Rom gehen. Die Transporte sind nur über Hieflau und das Gesäuse einerseits bzw. über den Erbsattel möglich. Aber der Erbsattel scheidet von vornherein aus, weil dort die Straßenverhältnisse zu schlecht sind und nur kleine Brücken mit einer Gewichtsbeschränkung von acht Tonnen bestehen. Aber auch im Gesäuse besteht eine alte Eisenbahnbrücke, die sogenannte Scheibenfischerbrücke, mit einer Gewichtsbeschränkung von 16 Tonnen. Es wird davon gesprochen, daß diese Eisenbahnbrücke von der Firma Waagner Biro verstärkt worden sein soll und trotzdem ist die Gewichtsbeschränkung erhalten geblieben und es werden Lastzüge mit diesem Holz, die dort angetroffen werden,

mit Verwaltungsstrafen belegt. Ich möchte den Herrn Landesrat bitten, vielleicht im Interesse der Betroffenen, aber auch im Interesse der Sicherung der Arbeitsplätze dieses Sägewerkes zu versuchen, eine Lösung in diesem Bereich zu finden.

Präsident: Als nächster hat sich zu Wort gemeldet der Herr Abgeordnete Primarius DDr. Stepantschitz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. DDr. Stepantschitz: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es sind schon in mehreren Reden hier im Zusammenhang mit der Verkehrsordnung die Toten beschworen worden. Wir haben heuer bis einschließlich 29. November in der Steiermark bereits 415 Verkehrstopfer zu beklagen. Meine Damen und Herren, es ist sehr einfach, das so kühl hier festzustellen. Wieviel Not, Leid verbirgt sich dahinter? Es ist die Zahl zwar gegenüber dem Vorjahr erstaunlicherweise um 103 zurückgegangen, aber andererseits haben wir auch noch 10.549 Verunglückte, und das ist wieder um 20 Prozent mehr als im vergangenen Jahr. Man sollte, glaube ich, bei allen Überlegungen, die den Straßenverkehr und auch die Straßenverkehrsordnung betreffen, von der Tatsache ausgehen, daß in einer Zeit, in der wir soviel Übel erfolgreich bekämpft haben, nun ein neues Übel im Rahmen des Wohlstandes auf uns zugekommen ist. Österreich liegt ja an der Spitze dieser negativen Entwicklung. Wir hatten in Österreich im vergangenen Jahr 2240 Tote und fast 70.000 Verunglückte. Es hat nun sehr wenig Sinn, diese Zahlen hier zu nennen, ohne sich ernstlich zu überlegen, was wir hier als Vertreter im Land, aber auch wir als Verkehrsteilnehmer dagegen tun können.

Ich will nicht vom Straßenbau reden, weil das schon vielfach geschehen ist, aber ich darf auf die Verkehrsdisziplin zu sprechen kommen. Nach sehr vielen und gründlichen Überlegungen hat man vor einiger Zeit das Tempolimit 100 auch in Österreich beschlossen. Dies geschah nach sehr viel Überlegungen, denn man hat feststellen können, daß die Statistiken überall in der Welt beweisen, daß die Herabsetzung der Höchstgeschwindigkeit zu einer Verminderung der Verkehrsunfälle führt. Nur, meine Damen und Herren, es geht nicht nur um ein Gesetz, es geht zweitens darum, daß die Leute es auch kennen und es geht drittens darum, daß sie es auch einhalten. Ich habe mich davon überzeugt, daß auch sehr maßgebliche Leute in diesem Land zum Beispiel nicht wissen, wie schnell man auf der Schnellstraße zwischen Bruck und Graz wirklich fahren darf. Wir haben ja auch festgestellt, daß auch sehr maßgebliche Persönlichkeiten an Verkehrsunfällen beteiligt sind, bei denen es eben um die Überschreitung der Höchstgeschwindigkeiten gegangen ist. Tun wir das nicht so nebenbei ab. Schauen wir auch, daß gerade auch Regierungsglieder und auch wir uns wirklich zusammennemen und die Gesetze einhalten, für die wir letztlich selbst verantwortlich sind, zumal dann, wenn es sich um Gesetze handelt, die auch dazu beitragen, das Leben und die Gesundheit zu erhalten.

Eine Anregung nur nebenbei. Wir haben ein Versicherungssystem, das keineswegs unfallabweisend

ist. Ich nenne hier das Bonus-Malus-System der Schweiz, zu dem sehr zu überlegen wäre, ob es nicht auch in Österreich zu einer Disziplinierung der Verkehrsteilnehmer beitragen könnte.

Und ein letztes. Ich glaube, bei einer so wichtigen entscheidenden Frage, bei der es um die Existenz von Familien geht, da brauchen wir wirklich die Mithilfe aller. Es ist dankenswert, daß jetzt bei dem Verkehrsstrom, der wieder auf uns zur Weihnachtszeit an der Grenze zurollt, auch Bundesheer mit eingesetzt wird, das Rote Kreuz mit dabei ist, aber es wäre zu überlegen, ob man nicht für alle Zeit auch freiwillige Helfer sucht, so wie wir beim Jugendschutz auch freiwillige Helfer haben, denn die öffentlichen Organe kommen einfach ihren Aufgaben aufgrund der geringeren Zahl nicht nach.

Nun, wenn ich gesagt habe, daß Österreich an der Spitze liegt, so ist es auch in der Steiermark so, wir liegen wieder innerhalb Österreichs an der Spitze der negativen Bilanz. Wir hatten 16.000 Unfälle im Jahre 1974, da waren aber bitte 6000 Gastarbeiter dran beteiligt und 3025 ausländische Fahrzeuge. Man kann daraus ableiten, daß diese schlechte Statistik, die unser Land bietet, maßgeblich von der Tatsache beeinflusst wird, daß sehr viele Ausländer und Fremdarbeiter unsere Straßen benutzen. Es wird aber auch hier sehr viel geraten, was man alles tun soll. Letztlich ist das ganze eine Naturkatastrophe, hat Landeshauptmann Niederl einmal gesagt. Wir können diese Fremdarbeiter nicht abweisen und wir werden mit dieser Tatsache fertig werden müssen, daß es immer wieder zu bestimmten Zeiten zu Verkehrsstauungen kommt, auch zu sehr vielen Undiszipliniertheiten und zu einer sehr großen Gefährdung der Bevölkerung in mehrfacher Hinsicht. Nun ist im Fernsehen darüber gesprochen worden, was man dagegen tun kann. Da wurde ein Test vorgeschlagen, um die Übermüdung festzustellen und um die übermüdeten Fahrer auszuschalten. Meine Damen und Herren, wenn man sich überlegt, daß zu dieser Zeit jetzt schon in Salzburg etwa 40 Fahrzeuge pro Minute einreisen, daß von diesen 40 der Großteil nicht Deutsch kann, dann soll mir jemand sagen, wie man einen Psychotest durchführt. Das ist reine Illusion. Ich glaube, wenn jemandem nichts Besseres einfällt, dann soll er es bleiben lassen, Diskussionen über dieses Gebiet zu leiten. Realistischer wären Maßnahmen beim Start, daß man schon dort, wo die Fremdarbeiter die Reise antreten, entsprechend eingreift. Erstens, indem man versucht, die Arbeitszeiten zu staffeln. Zweitens, daß man doch auch die örtlichen Polizeistellen darauf einwirken läßt, daß die Fahrzeuge überprüft werden, daß nicht jeder mit jedem Fahrzeug auf die Reise losgelassen wird. Drittens, wenn der Strom sich in Bewegung setzt, daß man nicht völlig hilflos auch brutalen Fahrern ausgesetzt ist. Wir haben praktisch kein Rechtshilfeverfahren. Es kann sich ein Gendarm derzeit praktisch nur in eine Diskussion mit jemandem einlassen, der ihn sowieso nicht versteht und dann, wenn er von ihm Geld verlangt, nichts zahlt. Das Ganze ist Gerede, das letztlich den Verkehr aufhält und zu nichts führt. In der 6. Novelle zur Straßenverkehrsordnung ist vorgesehen, daß der Gendarm, der Polizist ermächtigt wird, dann, wenn der Verkehr ge-

fährdet erscheint, die Papiere für 3 Tage abzunehmen. Ich kann mir vorstellen, daß das eine Maßnahme sein kann, die doch einigermaßen abschreckend wirkt; wenn man einige Fahrzeuge auf den Straßenrand stellen kann, wenn der Fahrer nicht mehr in der Lage ist, weiterzufahren.

Ich will nun noch auf ein weiteres Gebiet zu sprechen kommen. Da ist die Stadt Graz auch vom Verkehr her gesehen. Der Verkehr in Graz gliedert sich, wie in jeder Stadt, in drei Richtungen. Erstens in den Individualverkehr. Man versteht darunter die Tatsache, daß jeder mit seinem Auto in die Stadt fährt. Das werden wir nicht verhindern können, das ist in gewisser Hinsicht notwendig. Eine moderne Stadt braucht einen modernen Verkehr. Es geht darum, daß man die nicht notwendigen Fahrten nach Möglichkeit verhindert und daß man vor allem den ruhenden Verkehr aus den Straßen bringt, um den Verkehr flüssiger gestalten zu können. Dazu ist der Garagenbau notwendig, über den ich nicht weiter sprechen will. Dazu ist wahrscheinlich auch nötig, daß man auf den Parkplätzen entsprechende Gebühren verlangt. Dann wird es hoffentlich einmal so weit kommen, daß auch im Land Steiermark ein Gesetz für Parkgebührenregelung beschlossen wird, um es dem Stadtrat zu ermöglichen, auch entsprechend vorzugehen.

Das nächste ist der öffentliche Verkehr. Es ist in Graz schon einiges geschehen. Ich erinnere an die Busspuren, die Einbahnen usw. Im wesentlichen geht es beim öffentlichen Verkehr um das Geld, daß man die Grazer Verkehrsbetriebe unterstützt und es ihnen ermöglicht, den Verkehr so durchzuführen, daß er auch entsprechend ansprechend ist und daß die Menschen davon Gebrauch machen. In einem Sofortprogramm, das das Land Steiermark mit der Stadtgemeinde Graz beschlossen hat, sind 22,7 Millionen Schilling zur Subventionierung der Grazer Verkehrsbetriebe vorgesehen, von denen bisher 12,7 Millionen Schilling flüssiggemacht wurden. Es ist darüber hinaus noch ein mittelfristiges Programm vorgesehen. Ich darf in dem Zusammenhang erwähnen, daß der Verkehrsstadtrat Maier in Wien unlängst die Forderung aufgestellt hat, daß zwei Drittel des Nahverkehrs vom Bund getragen werden sollen. Ich darf sagen, wenn in Wien solche Forderungen erhoben werden, dann wird man sich sehr wohl überlegen müssen, wer dazu beiträgt, daß der Nahverkehr in Graz entsprechend geführt werden kann. Unter Nahverkehr verstehe ich nicht nur die Straßenbahn und den Bus, sondern das Verkehrsdreieck Bruck—Köflach, Weiz—Leibnitz etwa.

Es gibt noch eine dritte Gruppe von Verkehrsteilnehmern, die sehr oft übersehen wird, das sind die Fußgänger. Wir haben Fußgängerzonen, wir haben Ampeln, wir haben eine Schulwegsicherung. Aber überlegen wir uns doch, daß eigentlich der Fußgänger der wichtigste Verkehrsteilnehmer ist und daß es wirklich notwendig ist, die ganze Verkehrsregelung in einer Stadt auch in Richtung auf den Fußgänger entsprechend zu beobachten und zu steuern.

Wir haben in Graz 77 Kilometer Landesstraßen, von denen dankenswerterweise in den letzten drei Jahren 24 Kilometer neu ausgebaut wurden. Wir

haben vom Bund zur Erhaltung der Bundesstraßen in der gleichen Zeit 55 Millionen Schilling erhalten und verbaut hier in Graz. Als nächste Projekte, die besonders wichtig erscheinen, müssen angeführt werden die Nordeinfahrt, die Straße Puntigam und selbstverständlich wieder das schon oft besprochene Kapitel Pyhrnautobahn, von dem wir hoffen, daß es in noch erlebbarer Zeit den Verkehr von Graz wesentlich entlasten können wird.

Wir haben in Graz bereits einen Flächennutzungsplan — vorbildlich für die Steiermark, darf ich feststellen. Ich darf feststellen, daß man sich schon danach hält, daß darauf Rücksicht genommen wird. Es wird die Novelle zur Bauordnung, die demnächst den Landtag passieren wird, auch dazu beitragen, daß bei den Hochhäusern entsprechende Sicherheiten bei Brandgefahr usw. eingebaut werden müssen. Ich glaube, daß diese Bauordnung dazu beitragen wird, daß man schon gewidmete Bauvorhaben doch vielleicht auf ein entsprechendes menschliches Ausmaß reduzieren können wird.

Wenn ich eingangs von den Toten gesprochen habe, so darf ich jetzt zum Schluß kommend, auch einen Wunsch aussprechen. Ich darf mich bei allen jenen Verkehrsteilnehmern, die brav gewesen sind, bedanken. Ich darf aber hoffen, daß die Statistik uns trügt, die uns eigentlich voraussagt, daß auch in den kommenden Wochen in diesem Jahr noch etwa 50 Menschen in der Steiermark sterben müssen. Das sind ganz unerbittliche Zahlen. Wir können diese Statistik nicht mit der Wissenschaft und auch nicht mit sonstigen Maßnahmen bekämpfen. Wir können gegen diese Entwicklung nur dann ankämpfen, wenn sich alle echt vornehmen, auf dem Gebiet des Verkehrs menschlicher zu werden. Dann müßte es nicht sein, was man eigentlich erwarten müßte, daß man im Landtag noch Trauerkundgebungen für alle die Steirer abhalten muß, die wieder als Opfer des Verkehrs gefallen sind. Es sollte vielleicht doch so sein, daß man sich sagen kann, daß in diesem Land alle, die jungen Menschen, die Alten, die Gesunden und Kranken dazu beigetragen haben, den Verkehr so durchzuführen, daß vielen Familien unendliches Leid erspart bleiben kann. Danke schön. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Kollmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kollmann: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich möchte Ihnen ganz kurz an einem Beispiel demonstrieren, wie das Bundesministerium für Bauten und Technik berechnete Wünsche von Gemeinden behandelt, die die Gefahren von Bundesstraßen beseitigt haben möchten, soweit es sich um Gefahren für Fußgänger und andere Verkehrsteilnehmer im Ortsverkehr handelt. Und zwar am Beispiel der Bundesstraße 116 in Niklasdorf. Wenn jemand, der so wie ich dort lebt und täglich die Gefahr sieht, wenn er seine Kinder über diese B 116 schicken muß und erlebt hat, wie der Sohn seines Freundes und Nachbarn dort lebensgefährlich verletzt wurde, dann muß er sich einfach zu diesem Problem zu Wort melden.

Der Abgeordnete Dr. Dorfer hat in der Generaldebatte erklärt, das 54 Prozent Verkehrsfrequenz-

steigerung auf der Schoberpaßbundesstraße in den Jahren 1970 bis 1974 Österreich-Spitze sei. Alle diese Fahrzeuge durchfahren auch Niklasdorf. Ja, noch mehr. Durch Niklasdorf fahren außerdem auch alle Fahrzeuge, die zwischen Wien und Kärnten unterwegs sind und nicht die Teilstücke der künftigen Südautobahn benützen. Die Gemeinde Niklasdorf, die davon betroffen ist, wird bekanntlich durch die Bundesstraße und die Bahnlinie in zwei Hälften geteilt. Die 3365 Einwohner wohnen etwa zur einen Hälfte im Südteil — einem reinen Siedlungsgebiet — und zur anderen Hälfte im Nordteil, in dem sich alle Kommunikationszentren und die Behörden befinden, Gemeindeamt, Schule, Kindergarten, Post, Gendarmerie, Raiffeisenkasse, die Kirche, Papierfabrik, Schwimmbad, Kino usw. Auch der größte Teil der gewerblichen Betriebe befindet sich im Nordteil. Beide Ortshälften sind nur durch eine einzige Gemeindestraße verbunden. Um von einem Ortsteil in den anderen zu gelangen, muß man die Bundesstraße überqueren. Und dort, wo die Gemeindestraße in die Bundesstraße einmündet, ist natürlich auch eine starke Konzentration von Abbiege-, Einmündungs- und Kreuzungsmanövern zu bemerken. An dieser Stelle befindet sich auch der einzige mit gelber Ampel gesicherte Zebrastreifen. Und das an einer Bundesstraße, die Spitzenfrequenzen zwischen 30- und 35.000 Fahrzeugen innerhalb von 24 Stunden aufweist. Nehmen wir nur einen Tag mit 30.000 Fahrzeugen, das bedeutet — grob gerechnet — alle drei Sekunden ein Fahrzeug, oder eine ununterbrochene Autokolonne von 600 Kilometern Länge. Können Sie, meine Damen und Herren, ermessen, wie und unter welchen Gefahren die Fußgänger diese Straße queren, wie schwierig und gefährlich es ist, mit einem Fahrzeug auf die Bundesstraße zu gelangen, oder von dort links abzubiegen.

Nicht nur die Verkehrsverhältnisse sind geradezu katastrophal, auch die Unfallziffern sind erschreckend. Auf ungefähr einem Kilometer Bundesstraße gab es 1974 139 Unfälle mit 95 Sachschäden, 31 Leichtverletzten, 28 Schwerverletzten und 3 Toten. 1975 bis Ende Oktober waren es 138 Unfälle, 108 Sachbeschädigungen, 29 Leichtverletzte, 24 Schwerverletzte und 2 Tote, darunter ein Gendarmeriebeamter. Gesamtsteirisch: Jeder hundertste Unfall in der Steiermark geschieht in Niklasdorf. Eine Lösung dieses Problems müßte also angestrebt werden.

In wirklich beispielhafter Zusammenarbeit und im engen Einvernehmen mit der Gemeinde wurde seitens der Fachabteilung II a der Landesbaudirektion ein Detailprojekt für eine Überführung der Bundesstraße in Fortsetzung der bereits bestehenden Bahnüberführung erstellt und im März des Jahres dem Bautenministerium zur Genehmigung vorgelegt. Am 8. Oktober kam seitens des Bautenministeriums die Ablehnung des Projektes. Man verschanzte sich dabei hinter der Zweckbindung der Bundesministerialölsteuer. Da es sich im vorliegenden Fall um keinen Ausbau einer Bundesstraße handle, könne man keine Mittel dafür einsetzen. Hätte es sich die Landesbaudirektion einfach gemacht und lediglich den Bau einer Linksabbiegespur für den Autoverkehr und vielleicht

einer Fußgängerüberführung für die Fußgänger vorgeschlagen, dann hätte die Genehmigung seitens des Bautenministeriums nicht versagt werden können. (Abg. Pözl: „Nach links geht es!“ — Abgeordneter Gerhard Heidinger: „Linksabbiegen paßt euch überhaupt nicht!“) Es wäre wesentlich teurer gekommen, denn die Überführung der Bundesstraße würde derzeit nach dem Projekt nur 2,5 Millionen Schilling kosten, aber eine Linksabbiegespur mit Objektseinlösungen verbunden, würde ein Vielfaches dessen kosten. Eine Ampelanlage ist wegen der Kolonnenbildung, die dadurch entstehen könnte, unmöglich. Ich möchte dazu sagen, daß für die mittlerweile erfolgten Interventionen seitens der Gemeinde, die ja das größte Interesse hat, ihre Bürger zu schützen, aber vor allem auch seitens des zuständigen Referenten, Landesrat Dr. Krainer und seitens der Landesbaudirektion, recht herzlich gedankt werden muß.

Eine Bitte an den nächsten vorgemerkten Redner, an den Kollegen Fellingner: Ich möchte Dich nicht für deine Wortmeldung beeinflussen, aber wir beide sind hier steirische Abgeordnete und vertreten steirische Interessen — hoffentlich nicht mit dem Unterschied, daß ich die Interessen der Niklasdorfer vertrete, die in absehbarer Zeit ohne Einsatz ihres Lebens und ihrer Gesundheit von einem Ortsteil in den anderen gelangen wollen, während Du einen einzelnen Steirer vertrittst, und zwar den Bautenminister in Wien. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Fellingner.

Abg. Fellingner: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich muß die Verkehrsverhältnisse, die der Kollege Kollmann geschildert hat, vollkommen unterstreichen. Ich könnte Ihnen noch mit Ziffern aufwarten, daß Niklasdorf durch die Bundesstraße nicht nur in zwei Teile geteilt worden ist, sondern daß vom Jahr 1971 bis zum Jahr 1975 nicht weniger als 745 Unfälle auf dem kurzen Straßenstück waren und es dabei 22 Tote, 103 Schwerverletzte und 219 Leichtverletzte gab. Die Verkehrssituation in Niklasdorf ist wirklich traurig und schwierig und man kann sagen, daß hier eine Abhilfe geschaffen werden muß. Wir sind auch dem Landesbauamt dankbar, daß es aufgrund des Vorschlages der Gemeinde, eine Fußgängerüberführung zu machen, zu der Entscheidung gekommen ist, nicht eine Fußgängerüberführung, sondern direkt eine Überführung für den gesamten Verkehr, somit auch für die PKW, zu errichten. Natürlich hat die Gemeinde Niklasdorf die nötigen Beschlüsse gefaßt und sich bereit erklärt, die Straßenstücke zur Verfügung zu stellen und auch ihren Anteil zu entrichten. Aber, ich glaube, die Fachabteilung II, und bitte, Herr Landesrat, auch Sie haben es sich etwas zu leicht gemacht, daß Sie diesen Antrag hinausgeschickt und den Ball dem Bautenministerium zugeworfen haben, denn jetzt stellt sich bei dieser Sache heraus, daß die Juristen den Plan — so wie auch die Verkehrstechniker — mit der Begründung ablehnen, daß sie aufgrund des Bundesstraßengesetzes keine Möglich-

keit sehen, hier eine Brücke, sondern nur eine Fußgängerüberführung zu bauen. Die Verkehrstechniker stehen auf dem Standpunkt, daß hier eine Linksabbiegespur weiterhin noch in Zukunft vorhanden sein muß, und zwar für die Fahrzeuge, die von Leoben in Richtung Bruck fahrend in die nördlichen Teile von Niklasdorf hineinfahren wollen. Diese Fahrzeuge müßten die Linksabbiegespur benützen und damit wäre keine Erleichterung gegeben.

Der Herr Bundesminister Moser hat angeordnet, daß nächste Woche eine Aussprache stattfindet zwischen den Beamten des Ministeriums, den Juristen und Verkehrstechnikern und zwischen der Fachabteilung II der Landesbaudirektion und der Gemeinde Niklasdorf. Er hat darauf gedrungen, daß dieses Problem bald einer Lösung zugeführt wird. Wir können nur sagen, daß wir nur begeistert sein können, daß es bald zu einer Lösung kommt. Wir beide können ja nichts anderes machen — da wende ich mich wieder an den Kollegen Kollmann —, als die Interessen der Niklasdorfer zu vertreten, und hoffentlich werden sich die Landesbaudirektion und das Ministerium einig, welche Vorschläge für die Zukunft gemacht werden, um dieser Verkehrssituation abzuwehren.

Da ich schon am Wort bin, Herr Landesrat, möchte ich noch ein Leobner Problem ansprechen und möchte Ihnen jetzt den Ball zuwerfen, weil Sie bei der Angelegenheit der einzige Zuständige sind. (Abg. Kollmann: „Über die Ampelanlage?“) Nein, ich rede jetzt über etwas anderes. (Landesrat Bammer: „Hat er nicht gefragt vorher?“) Herr Landesrat, Sie kennen die Situation der Landesstraße in Leoben und zwar der Landesstraße 283. Durch Ihre eigenen Parteigenossen wurde das Problem vorgeführt. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Kollegen! Nicht Genossen!“) Ach, Kollegen seid ihr nur? Auf den Anträgen steht auch immer „Genossen“. (Abgeordneter Schrammel: „Wir hören das nicht so gern!“) Das macht nichts, Ihr werdet euch schon noch daran gewöhnen. Sie selbst kennen das Verkehrsproblem. Diese Landstraße ist eine Verbindungsstraße zwischen dem Ortsteil Göß und dem Zentrum von Leoben. Der Ortsteil hat sich seit dem Jahr 1945 sehr vergrößert — in der Industrie und im Wohnbau. Es sind sehr viele Wohnbaumittel in den letzten Jahrzehnten durch das Land nach Göß geflossen. Die Genossenschaften haben sehr fleißig gebaut, die sozialistischen Genossenschaften und die ÖVP-Genossenschaften, wie auch der private Bau, der forciert wurde. Der Ortsteil Göß ist unerhört gewachsen. Die einzige Verbindungsstraße ist die Landesstraße von Göß nach Leoben. Das ist die kürzeste Verbindungsmöglichkeit. Der Herr Landesrat kennt sie. Sie ist nicht sehr breit. Es müßte eine breitere Spur gebaut werden. Der Gehsteig ist teilweise sehr klein, so daß die Fußgänger keine Möglichkeit haben ihn richtig zu benützen. Wenn sich zwei Autos treffen, sind sie gezwungen, auf den Gehsteig hinaufzufahren, um auszuweichen. Der Herr Landesrat hat versprochen, daß er im Februar 1975 dieses Straßenstück anschauen und dann entscheiden wird. Es gab eine Absprache mit der Gemeinde Leoben. Es wurde dem Bürgermeister erklärt, daß er dazu eingeladen wird. Aber es ist dazu leider nicht gekommen. Der Herr Landesrat

hat nur mit seinen Abgeordneten dieses Bezirkes das Straßenstück besucht. (Landesrat Peltzmann: „Er ist eifersüchtig. Das ist mir neu!“) Ich bin schon der Meinung, daß er zu einer solchen Aussprache den Bürgermeister, da es sich um eine Leobner Angelegenheit handelt, dazunehmen hätte sollen. Ich hoffe, daß Sie es auch machen, wenn es sich um Ihre Probleme handelt. Die Absprache ist nicht zustandegekommen, aber die Besichtigung hat stattgefunden. Ich möchte dazu nur sagen. Es ist auch in der Antwort auf unseren Antrag, den wir in den Landtag eingebracht haben, gestanden, daß, wenn die Johann-Heisl-Straße vom Land übernommen wird, sich dann der Verkehr über diese Straße ins Zentrum bewegen wird. Das stimmt nicht. Wenn der PKW-Verkehr über die Johann-Heisl-Straße geführt wird, bedeutet das eine unerhörte Verzögerung, weil der PKW-Verkehr den Stadtturm benützen muß und dort stehen ständig Kolonnen von Fahrzeugen. Ich möchte daher Sie, Herr Landesrat, bitten, nachdem Sie im Budget nachgesehen und nichts gefunden haben, daß Sie endlich das Problem Landesstraße Göß angehen und den Leobnern helfen, daß sie eine Straße bekommen, die für den heutigen Verkehr zeitgerecht ist und die auch wirklich sehr dringend notwendig ist. Sie können für die Leobner etwas Gutes machen. (Beifall bei der SPO.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Pörtl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Pörtl: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Überall, wo sich Leben bewegt und regt, ist das Naturelement Wasser notwendig. Ich möchte mich deshalb auch hier mit der Voranschlagspost, in der dieses wichtige Naturelement behandelt wird, kurz befassen.

Die Wasserversorgung ist in der Steiermark als verhältnismäßig sehr gut zu bezeichnen. Von den 1,192.000 Menschen können 750.000 Einwohner unseres Landes über zentrale Wasserversorgungsanlagen versorgt werden. Eine Viertelmillion könnte zusätzlich einen Anschluß über diese Anlagen erhalten. Es ist ein gesamter Wasserbedarf von 50 Millionen Kubikmetern in der Steiermark im Jahr notwendig, der 190 Liter pro Tag und Einwohner letzten Endes als Verbrauch darstellt. Es ist für die zukünftige Versorgung wichtig, daß alle Vorkommen genauestens erfaßt werden. Es ist der wasserwirtschaftliche Rahmenplan, der diese Planung genauestens erfaßt. Aber all diese Umstände und diese gute Versorgung sind nur deshalb möglich, weil außer den Bundesmitteln enorme Mittel des Landes zur Verfügung gestellt werden.

Wasser begegnet uns aber nicht nur in den Wohnungen, in den Häusern, sondern vor allem auch in der freien Natur. Die enorm starken Regen in der kurzen Vergangenheit, die vor allem punktuell aufgetreten sind, haben gewaltige Schäden auf unseren Wegen, Fluren und in Siedlungen hervorgerufen. Es scheint, als gäbe es diesen früher üblichen steirischen Schnürlregen nicht mehr. Im vergangenen Jahr sind im ost- und weststeirischen Raum enorme Schäden durch diese Umstände ent-

standen. Es werden in der gesamten Steiermark vor allem dort die Projekte verwirklicht und geplant, wo Siedlungen, Menschen, Sachwerte und landwirtschaftliche Kulturen gefährdet sind. Gerade dieses letzte Hochwasser hat gezeigt, daß noch zahlreiche Projekte notwendig sind. In meinem engeren Bereich entlang der Lafnitz, im Vorauer Bereich, im Bereich Schlagtalberg, wo die Arbeitsplätze eines Betriebes gesichert werden können, aber auch in den Gemeinden Neudau, Wörth und Burgau, die immer wieder durch Hochwasser enorm geschädigt werden, wird bereits im Jahr 1975 mit den Arbeiten begonnen und werden nächste Woche die dafür notwendigen Wasserrechtsverhandlungen durchgeführt.

Der landwirtschaftliche Wasserbau, der auch in dieses Kapitel fällt, ist von besonderer volkswirtschaftlicher Bedeutung. Durch diese Maßnahmen werden vor allem große Schäden verhindert, wenn Rutschungen durch tiefe Drainagen saniert werden und fruchtbares Kulturland wieder zurückerobert wird, das täglich und stündlich durch die starke Verbauung, durch Straßen, aber auch durch Betriebsgelände der Nutzung entzogen wird. Es wurde ein Gesamtbauvolumen von 50 Millionen Schilling aufgewendet, um eine Gesamtfläche von 306 ha wieder fruchtbar zu machen. Alle Gebiete, die den Wasserbau betreffen und alle anderen Bereiche sind nur dann verwirklichtbar, wenn die notwendigen Mittel zur Verfügung stehen. So hoffe ich, daß in den nächsten Jahren all diese Bundes- und Landesmittel zur Verfügung stehen. Denn nur dann ist die Sicherheit der Menschen in Zukunft gewährleistet. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Peltzmann. Ich erteile ihm das Wort.

Landesrat Peltzmann: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Die Rechtsabteilung 11 hat am 3. Dezember 1975 einen Erlaß an die zuständigen Behörden erlassen, der aussagt, daß die Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des Straßenverkehrs auf der Gastarbeiterroute während der Weltcuprennen 1975 in Schladming besondere Beachtung zu finden haben. Als flankierende Maßnahme, um dieses Verkehrsproblem während dieser Zeit bewältigen zu können, wurde zwischen Freitag, dem 19. Dezember, und Sonntag, dem 21. Dezember, ein generelles Fahrverbot für LKW über 3,5 Tonnen auf der Strecke von Graz nach Bruck und zwischen Schirnbichl-Mandling und St. Michael in beiden Richtungen verfügt. Im Ennstal wurden eigene Umleitungsstrecken geschaffen. Die Strecke Liezen—Selzthal kann über Lassing umfahren werden. Während dieser Zeit werden 250 Gendarmeriebeamte im Einsatz stehen sowie Hubschrauber und Flächenflugzeuge. Bergfahrzeuge des Bundesheeres stehen ebenso bereit wie die Feuerwehren und das Rote Kreuz.

In Zusammenarbeit mit der Landesamtsdirektion werden wir auch die Bedeckung der Kosten für das Bundesheer am Montag in der Regierung vorlegen. Ich glaube, daß man mit den erwähnten Regelungen versucht, den Verkehrsfluß in der schwierigen Zeit aufrechtzuerhalten, weil ja auch das Gastarbeiter-

verkehrsaufkommen mit dieser Großveranstaltung in der Steiermark zusammenfällt. Wir hoffen, daß wir mit dieser Regelung doch eine gewisse Lockerung auf dieser Strecke herbeiführen können. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Das Wort erteile ich dem Herrn Landesrat Dr. Krainer.

Landesrat Dr. Krainer: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Jedesmal ist eigentlich die Baudebatte, die wir anläßlich des Budgets abführen, auch der Ausdruck der dringlichsten Anliegen und Probleme, die die Vertreter unseres Volkes im ganzen Lande verspüren. Es ist bemerkenswert und auch verständlich, daß eigentlich — und das geht schon die ganzen Jahre her so und ist heute ganz besonders zum Ausdruck gekommen —, daß Probleme des Straßenbaues alle anderen Probleme des Bauwesens bei weitem überschatten. Ich sage verständlich, weil ganz offenkundig auch die drängende Not der Menschen damit zum Ausdruck kommt. Ich möchte aber auch ein zweites in diesem Zusammenhang sagen. Ich habe den Eindruck gewonnen — der Herr Abgeordnete Loidl ist im Augenblick nicht im Saal —, daß der Tenor der heutigen Debatte, auch der Straßenbaudebatte, von einem bemerkenswerten Stil der Sachlichkeit, auch der differenzierten Auseinandersetzung mit den Problemen des Straßenbaues getragen gewesen ist. Freilich ist auch klar, daß lokalste Anliegen, die insbesondere einen regionalen oder lokalen Vertreter interessieren, auch hier im Hohen Haus zur Diskussion gestellt werden. Aber in der großen Linie ist durchaus sichtbar, daß eine ausgezeichnete Sach- und Fachkenntnis auch der zu diesem Kapitel immer wieder das Wort ergreifenden Abgeordneten feststellbar ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es war wieder der alte Loidl diesmal, nicht im Sinne des biologischen Alters, sondern im Hinblick auf seinen bekannten Stil, insbesondere in Fragen der Straßenbaudiskussionen. (Abg. Loidl: „Das wird sich noch herausstellen!“) Es muß das gestrige Erlebnis oder gar das Erlebnis vor einigen Wochen doch einiges dazu beigetragen haben, daß der Herr Abgeordnete in der Zwischenzeit versucht hat, die Dinge sehr nüchtern und offenkundig auch fair zu sehen. Es ist eben auch notwendig, daß man hin und wieder Dinge klarstellt, so wie es das letzte Mal in der Straßenbaudiskussion in dieser sozusagen Stegreifdiskussion geschehen ist.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, einige Überlegungen zur allgemeinen Situation. Ich werde versuchen, Sie nicht länger zu beanspruchen, als das die übrigen Herren Regierungskollegen in diesem Zusammenhang getan haben, wenngleich ich sehe, daß Sie mit diesem Maß nicht einverstanden sind. (Heiterkeit.) Ich werde mich also bemühen, Ihrem Maß gerecht zu werden. Eines ist ganz eindeutig, meine Damen und Herren, daß die Vorschau auf das Jahr 1976 sowohl in der allgemeinen konjunkturellen Entwicklung als auch hoffentlich im Baubereich unter bestimmten Voraussetzungen zu einem züversichtlichen Realismus

Anlaß gibt. Es ist ja bemerkenswert, daß die professionellen Prognostiker, und zwar insbesondere jene der Ökonomie, in den letzten Monaten, in den Zeiträumen der Rezession des vergangenen Jahres und des vorvergangenen ganz offenkundig sehr an ihre Grenzen gestoßen sind und sichtbar geworden ist, daß auch das, was wissenschaftliche Prognose bedeutet, mit besten Voraussetzungen einem Entmythologierungsprozeß unterlag und sozusagen die Medizinmänner der Vorausschau im wirtschaftlichen Bereich immer wieder auf Realitäten gestoßen wurden, die sich nicht mit dem deckten, was sie selber angenommen hatten. Das gilt selbst für so bedeutende Institutionen wie etwa das österreichische Institut für Wirtschaftsforschung. Denn alles, was man zu Beginn des vergangenen Jahres befürchten mußte und ich erinnere an die Diskussion in diesem Zusammenhang gerade auch hier in diesem Hohen Haus, anläßlich der Baudebatte, gerade auch das hat sich ja leider als schlimmer erwiesen. Sie wissen alle, daß die Prognosen revidiert werden mußten, Sie wissen, daß wir zunächst für das Jahr 1975 die sehr optimistische Prognose von plus 3,5 Prozent Wachstum der Wirtschaft hatten und daß diese Prognose schließlich auf ein Minus von 2,5 Prozent revidiert wurde. Daher möchte ich auch mit der nötigen Skepsis an die Prognosen herangehen, die für das kommende Jahr gegeben werden, nichtsdestoweniger aber der Meinung Ausdruck verleihen, daß wir einem züversichtlichen Realismus auf diesem Gebiet das Wort reden sollten.

Wenn es Sie nicht langweilt, so möchte ich ganz kurz auf ein ökonomisches Modell hinweisen, das aus mehreren Gründen bemerkenswert ist. Es ist zunächst bemerkenswert wegen der Herren, die es erstellt haben. Die berühmten Herren Lorenz Klein und Adams von der University of Pennsylvania, einem sehr angesehenen Prognoseinstitut, haben ein Weltmodell, ein globales Modell über die Entwicklung der Wirtschaft im Jahre 1976, vorgelegt. Es ist schon deshalb bemerkenswert, weil es von diesen Leuten gemacht wurde. Das, was wir in den Aussagen dieser Herren sehen, ist eine Schau, die uns andeutet, daß, weltweit gesehen, das reale Weltprodukt steigen wird, daß die Weltinflationsrate sinken wird, daß der reale Welthandel steigen wird, daß sich auch die industrielle Kapazität und die Nutzung derselben positiv entwickelt und auch sozusagen der Geldnachschub. Dieses Modell ist aber deshalb bemerkenswert, weil ein junger steirischer Wissenschaftler, und zwar der Herr Dr. Schleicher, der derzeit beim Fordinstitut in Wien arbeitet und vorher lange Jahre in Amerika an diesem Institut gearbeitet hat und inzwischen auch in der Bundesrepublik auf dem Gebiet der Prognose tätig gewesen ist, in dieser Studie den Teil für die Bundesrepublik erarbeitet hat. Er kommt auch dort zu Ergebnissen, die zwar nicht dem Optimismus der Bundesregierung in Bonn angeglichen sind, aber immerhin auch eine eigentlich sehr züversichtliche Entwicklung prognostizieren. Für Österreich muß man bei aller Skepsis gerade auch diesen Tests und Prognosen gegenüber sagen, daß auch wir die Vorhersage von einem Wachstum von 1,5 Prozent haben, was sicherlich bedeutet,

daß wir nicht das Niveau von 1974 erreichen werden, aber immerhin auch andeutet und signalisiert, daß das Jahr 1976 zu dieser Art eines zuversichtlichen Realismus berechtigt.

Meine Damen und Herren! Ich möchte aber auch das sagen, was ich einleitend gemeint habe, nämlich, daß es dazu bestimmter Voraussetzungen bedarf. Eine der entscheidenden Voraussetzungen in diesem Zusammenhang sind zweifellos die Investitionsausgaben des Bundes, des Landes und der Gebietskörperschaften. Denn nach einer ersten Studie, die wir vom Institut für Wirtschaftsforschung über das Bundesbudget zur Verfügung haben, besteht die Sorge, daß die Investitionen, die im Basisbudget vorgesehen sind, jedenfalls nicht ausreichen, um diese positive Entwicklung in Gang zu bringen. Insbesondere heißt es: „Der Großteil dieser Investitionen des Bundes, rund 80 Prozent, entfällt auf Bauten, 16 Prozent der gesamten Bauinvestitionen vor allem aber auf den Tiefbau.“ Herr Abgeordneter Loidl, nicht im Sinne eines billigen Hickhacks, sondern aus echter Sorge: Der nominelle Rückgang der Ausgaben für Bauten im Grundbudget 1976 trifft vor allem den Straßenbau! Es heißt weiter: „... daß die Sondergesellschaften im Jahr 1976 im Straßenbau voraussichtlich nicht mehr investieren werden als im laufenden Jahr. Auch für den Hochbau“ — heißt es weiter — „hat der Bund im Grundbudget mit 3,9 Milliarden Schilling weniger vorgesehen, als 1975 ausgegeben wird und ist zu hoffen, daß der private Sektor und die übrigen Gebietskörperschaften zusammen 1976 nominell um rund 3 Prozent mehr in Bauten investieren, wenn der Bund nur das Grundbudget einsetzt und die vorläufige Institutsprognose erreicht werden soll.“

Man kann erfreulicherweise feststellen und wir haben das auch im vorigen Jahr getan, daß das Landesbudget, das wir in diesen Tagen diskutiert haben und heute beschließen werden, diesen Voraussetzungen, diesen Prinzipien der Konjunkturgerechtigkeit gerade im Investitionsbereich auch am Hoch- und Tiefbausektor absolut entspricht.

Das ist eine erfreuliche Feststellung und wir können nur hoffen, daß das, was der Bund auf diesem Gebiet, vor allem auch in der ersten Verhandlungsrunde der Beamten, angeboten hat, nicht nur nicht das letzte, hoffentlich auch nicht das vorletzte, sondern eben ein Wort ist, das sich oft ändern muß. Denn das, was uns in diesen Verhandlungen angeboten wurde, ist deprimierend. Ich habe das auch in einer Presseaussendung gesagt. Ich werde in diesem Zusammenhang am 17. Dezember — ich habe den Herrn Bautenminister um einen Termin gebeten — in Wien sein, um ihm auch diese Frage noch einmal, gerade aus steirischer Sicht, vorzutragen. Ich hoffe, daß wir in diesem Zusammenhang zu einer besseren Dotierung im kommenden Jahr kommen.

Warum sage ich das? Auch im Sinne dessen, was heute hier in dieser Debatte mehrmals angeklungen ist, nämlich, daß das, was wir im Wirtschaftswachstum der letzten Zeit gesehen haben (*Zeigt eine graphische Darstellung.*) — das ist die österreichische Kurve bis 1975 —, sich eben so ändern muß, wie auch insbesondere der Bauproduktionswert insgesamt in Österreich, wenn Sie sich diese Kurve seit

1972 anschauen. Auch in diesem Sinn. Aber nicht nur als Problem der konjunkturellen Steuerung und sozusagen der multiplikativen Wirkung dieser Art von Investitionen, sondern insbesondere auch aus strukturellen Gründen. Das ist in vielen Ausführungen heute ganz deutlich zum Tragen gekommen und dazu möchte ich kurz noch etwas sagen.

Schauen Sie. (*Zeigt eine graphische Darstellung.*) Der Bund selber — ich habe das dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Sebastian das letzte Mal hier gezeigt. — weist in einer Grafik des Bautenministeriums aus dem Jahr 1975 aus, daß seine Mittel real 1975 niedriger waren als 1971. Was soll dieses: „Wir können in fünf Jahren nicht, was in 25 Jahren die anderen nicht konnten.“ Ich verstehe das. Nur einmal kommt auch der Punkt, wo eine solche Argumentation jedenfalls nahe der Einfallslosigkeit angesiedelt ist. Das ist wohl das mindeste, was man dazu sagt. Der Anteil des Landes Steiermark hat sich vom Jahr 1966 bis 1976 hin und wieder im Straßenbaubudget des Bundes ein bißchen verbessert. Aber im Jahr 1976 sind wir beim derzeitigen Stand sogar niedriger als im Jahr 1966, nämlich bei 12,3 Prozent. Damals waren wir bei 13,2 Prozent. Ich versage es mir wirklich, in dieser Stunde und unter diesen Vorzeichen, Ihnen jetzt den Durchschnittswert der einzelnen Alleinregierungen bekanntzugeben, auch wenn Ihr Herr Generalredner meinte, eine solche Milchmädchenrechnung — gestatten Sie mir diese Bemerkung — aufstellen zu müssen. (Beifall bei der OVP.)

Ich möchte vielmehr und das ist das zentrale Problem, das heute immer wieder angeklungen ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Fragen betreffend den Autobahnbau in Österreich, den Schnellstraßenbau, den Bundesstraßen- und Landesstraßenausbau mit Ihnen zusammen noch einmal erörtern. Wir kommen um das nicht herum, was Generalredner Dr. Dorfer gesagt hat, nämlich, daß von 1970 bis 1974 (*Zeigt eine graphische Darstellung.*) — das sind die Zahlen des Bundesministeriums der automatischen Zählstellen am Wechsel und am Schoberpaß — die Verkehrszunahme am Schoberpaß 54 Prozent beträgt und am Wechsel 53 Prozent und daß die nächste automatische Zählstelle der Walsertalstraße mit plus 45 Prozent ist. Alles andere in Österreich, wo immer Sie wollen, liegt unter 40 Prozent Zunahme im selben Zeitraum. (*Zeigt eine graphische Darstellung.*) Das bei einem durchschnittlichen täglichen Verkehr von 6200 Fahrzeugen auf der Schoberpaß- und von 6350 Fahrzeugen auf der Wechselbundesstraße. Ich habe mir das von meinen Herren geben lassen. (Abg. Premsberger: „Eine Zwischenfrage, Herr Landesrat! Sind das die PKWs? Am Wechsel können nur die PKWs so viel zugenommen haben, und auf anderen Strecken sind die LKWs vorne!“) Im durchschnittlichen täglichen Verkehr. So wird Einheit definiert, aber Sie haben recht, daß der Anteil des internationalen Transitverkehrs auf der Pyhrnstrecke weitaus stärker ist. Gar kein Zweifel. Es ist auch keine Frage, daß die Unannehmlichkeit, die damit verbunden ist, eine ganz besondere ist. Herr Abgeordneter Laurich, ich nehme an, Sie haben sich einmal die Protokolle angeschaut. Wir haben in dieser Frage nicht um der Machthaberei willen, sondern weil es so

war, immer gesagt, ich habe es Ihnen schon vor Jahren gesagt: „Spielen wir das eine gegen das andere nicht so aus.“ Ich habe Ihnen das letzte Mal in der Diskussion gesagt, daß der Herr Bundeskanzler Kreisky in seiner neuesten Regierungserklärung diese unsere steirische Position in der Zwischenzeit offenkundig zu der seinen gemacht hat, ich habe es Ihnen vorgelesen. Er hat inzwischen andere Meinungen von sich gegeben. (Abg. Dr. Piaty: „Das ist seine Art!“) Aber ich will die Sache nicht polemisch aufheizen. (Abg. Brandl: „Sie sind ein großer Meister darin!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.)

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, spielen wir das eine gegen das andere nicht aus und stellen wir eines fest, mit der Art von Finanzierung — Loidl hat es auch gesagt, es war auch sein direkter Teil, sein Kernstück —, wie sie jetzt üblich ist, werden wir hier von Jahr zu Jahr zunehmend eine ohnmächtige Diskussion führen, meine Damen und Herren. Das muß man sagen. Ich möchte die Vision eines Verkehrs in 10 Jahren nicht ausmalen, wenn wir wissen, daß mit den derzeitigen Finanzierungsmethoden und der Rate 1975 etwa das Jahr 2006 als Fertigstellungstermin angenommen werden muß, meine sehr geehrten Damen und Herren. 2006 — ich würde meinen, daß die Sache leider komplizierter ist. (Abg. Ileschitz: „Das ist der Nachholbedarf von 25 Jahren!“ — Heiterkeit bei der ÖVP.) Schau, ich kann wirklich nur sagen: „Guten Morgen, Herr Präsident!“ (Heiterkeit.) Das ist genau diese Geschichte. Die schöne Platte. (Abg. Ileschitz: „Das kann man gar nicht oft genug sagen. Das ist Ihnen unangenehm, aber es stimmt!“) Jetzt sag' ich Ihnen noch etwas, vielleicht hilft Ihnen das bei diesem Trauma. (Abg. Ileschitz: „Mir braucht niemand helfen!“) Selbst wenn die Sache so sein sollte, muß ich sagen, was nützt sie uns denn, was soll sie uns denn nützen? Was denn, was geschieht morgen, was geschieht übermorgen, was geschieht in der Zukunft, das ist doch die Frage. (Beifall bei der ÖVP.) Das wissen Sie so gut wie ich. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Er lebt auf dem Boden der Vergangenheit!“ — Abg. Ileschitz: „Der Realität!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.) Ich hoffe, daß Sie keinem regionalen Diskriminierungseffekt unterliegen, Herr Kollege. (Unverständliche Zwischenrufe.) Der Rassismus innerhalb der Steiermark sollte also etwas gezähmter sein. Tatsache ist, meine Damen und Herren, daß wir auf der A 2 und auf der A 9 insgesamt 14,1 Milliarden Schilling ohne die Pyhrnautobahn AG brauchen, das heißt, daß mit den Zinsenbelastungen 22,7 Milliarden Schilling aufzubringen sind. Und da habe ich noch nicht von der Schnellstraße im Mürztal und im Murtal geredet und von den notwendigen Umfahrungen auf den B-Straßen, die heute so en passant alle Herren eigentlich vollzählig unterbreitet haben. Was ist zu tun, das ist die Frage. Eines ist gewiß, wir werden nur mit neuen Finanzierungsmethoden und auch mit den ausgeschöpften Möglichkeiten der Gesellschaftsfinanzierung, wie wir sie jetzt schon kennen, weiterkommen. Und da sage ich Ihnen auch ein offenes Wort. Hände weg von der berühmten Maut auf der Südautobahn, wir sind uns einig, wir hier. Sie wissen, daß der Herr Finanz-

minister über die Dinge anders denkt. Er kündigt uns seit dem Sommer ein Gespräch mit den Landeshauptmännern der Länder, die an diesen Autobahnen liegen, an. Bis heute hat dieses Gespräch nicht stattgefunden. Ich habe eingesehen, daß er vor den Wahlen gesagt hat, daß das in diesem Klima nicht möglich sei. Das war immerhin der Versuch einer sachlichen Interpretation. Bis zum heutigen Tag hat eine solche Aussprache nicht stattgefunden. Denn das Land Steiermark hat, wie Sie wissen, auch bei der Pyhrnautobahn AG bis zum Jahre 1991 einen Aufwand von einer halben Milliarde Schilling zu leisten, und hat sich trotzdem durch den Herrn Landeshauptmann bereit erklärt, in der Frage der Vorfinanzierung auch weiterhin in Verhandlungen einzutreten. Das ist ein Weg. Ein zweiter Weg: Wenn wir es für die Pyhrnautobahn bekommen, dann haben wir aus dem ordentlichen Budget auf der A 2 etwas mehr zur Verfügung. Vice versa, darüber kann man diskutieren. Kommen muß es. Zweitens. Auch die Transitabgabe wurde heute hier angesprochen. Es kann überhaupt nur ein Bündel von Maßnahmen den Dingen näherkommen. Ich verstehe es auch nicht — der Herr Abgeordnete Nigl hat es schon zum zweiten Mal angesprochen, er hat auch schon beim letzten Budget dazu gesprochen —, daß man in dieser Frage nicht ernsthaft auch international in Gespräche eintritt. Die relativ reiche Bundesrepublik Deutschland, das große Frankreich, das nicht sehr viel kleinere Italien und Jugoslawien haben solche Abgaben, in der einen oder in der anderen Form. Wir gehören zu jenen Ländern, die glauben, es sich leisten zu können, darauf zu verzichten. Ich weiß, daß das eine sehr komplizierte Materie ist, die man nicht einfach mit einer schlichten Handbewegung löst. Jawohl, gar keine Frage, aber überlegen Sie sich einmal, was auf diesen Straßen passiert! Vor allem der vom Herrn Abgeordneten Prensberger genannte internationale Transitverkehr fährt vielfach, ohne auch nur einen Liter Treibstoff in Österreich zu tanken. Das heißt, er zahlt auf diese Weise nicht einmal über die Bundesmineralölsteuer seinen Anteil zur Erhaltung der Straßen, die er zusammenfährt. Gar nicht zu reden von dem unendlichen menschlichen Leiden — ich möchte das hier betont beherrscht sagen —, das auf diesen Straßen täglich zu verzeichnen ist, wie es der Primarius Stepantschitz ausgeführt hat. Es ist aber auch kein Zweifel, daß die Huckepackfrage, so wie sie der Direktor Lauterwald kürzlich in Graz dargelegt hat — und es waren auch Herren Ihres Klubs dort, wie ich höre, jedenfalls waren auch der Abgeordnete Schilcher und der Abgeordnete Stoisser anwesend —, neu in Angriff genommen werden muß. Die Hucketrans mit der ÖBB ist — wie Sie wissen — liquidiert worden. Das ist wahrscheinlich auch nicht der Weg, mit den Problemen fertig zu werden. Ich möchte Ihrem Credo nicht nahetreten, aber Lauterwald hat sehr ausdrücklich gesagt, daß scheinbar eine solche Lösung wirklich nur im Bereich der privaten Wirtschaft auch interessant und kostenmäßig möglich ist. Eine sehr bemerkenswerte Äußerung und er spricht als Mann, der auf diesem Gebiet Erfahrungen mitbringt und nicht einfach daherredet. (Abg. Hammerl: „Das kommt auf die Länge der Strecke an,

Herr Landesrat!) Aber beginnen muß man damit. Letztens, weil ich überhaupt der Meinung bin, daß wir ja auch das Problem, das Primarius Stepantschitz für Graz angesprochen hat, mit dem Individualverkehr allein nicht lösen können. Das ist gar keine Frage, daß wir hier in verbundenen Vorstellungen sozusagen zu denken haben, wenn wir dem Problem näherkommen wollen, sonst werden wir in den nächsten Jahren ad infinitum Diskussionen wie die heutige weiterführen.

Und nun zu den Landesstraßen. Der Abgeordnete Loidl hat zur Frage des 10-Jahres-Bauprogramms eine sehr positive Äußerung abgegeben. Ich möchte die Damen und Herren des Hohen Landtags übrigens einladen, daß Sie nach der Mittagspause — wir werden inzwischen drüben im Vorraum des Rittersaals die Unterlagen ausstellungsmäßig vorstellen — kommen und sich's ansehen, es werden der Herr Landesbaudirektor und der Herr Hofrat Theußl dort sein und Sie werden auch detaillierte Auskünfte vom Chef unseres EDV-Referates bekommen können. Wir werden Ihnen in diesem Zusammenhang auch die drei Druckwerke übergeben. Jedenfalls liegt hier ein Modell vor, das in seiner ganzen Anlage und in seiner Durchführung bis zu seiner Präsentation den Versuch unternommen hat, die Entwicklung zu zeigen. (Abg. Hammerl: „Ist die Presse schon informiert?“) Jawohl, das haben wir schon getan, die Presse ist schon informiert worden. (Abg. Hammerl: „Warum eigentlich nicht wir? Wir halten hier die Hand hoch!“) Es hat keinen Landtag gegeben, das ist der erste Landtag, mein lieber Freund Hammerl. (Abg. Hammerl: „Das verstehen wir nicht ganz!“) Selbstverständlich. Ich möchte jetzt in keine Primitivdiskussion abgleiten. (Abg. Hammerl: „Das muß gar nicht sein. Es war nur eine Frage!“) Ich habe eine wievielhährige immer wiederkehrende Diskussion hinter mir in Fragen der Planung. Damit wir uns verstehen. (Abg. Hammerl: „Warum sind die Abgeordneten die Zweiten?“) Damit wir uns verstehen. Ich informiere Sie in einer vollständigen Weise. Sie werden von mir jede Auskunft bekommen, die Sie von mir wünschen in dieser Frage, soweit ich sie Ihnen geben kann. Wir haben auf den Erfahrungen der Dringlichkeitsreihung des Bundes aufbauend, uns nicht eingelassen auf Dringlichkeitsstufen. Das ist eine Antwort, Herr Abgeordneter Loidl. (Abg. Loidl: „Es ist etwas anderes, nur für ein Bundesland oder für mehrere Bundesländer zu planen!“) Ja und nein. Sie haben gesagt, man muß die Dinge differenziert sehen. Wir haben die Dringlichkeitsreihung 1972 und 1975 des Bundesministeriums Autobahnen, S-Straßen, Bundesstraßen ursprünglich mit Fünfjahrestranchen vorgestellt bekommen pro Dringlichkeitsstufe. Sie wissen das. Inzwischen sind 8 bis 10 Jahre offiziell daraus geworden. Daher haben wir gesagt, wir haben nichts von einem Programm, das auf das Jahr 2000 orientiert ist. Wir stellen ein realistisches, finanzierbares Programm dar, ein Programm, das aufbaut auf dem Budget 1975 mit 450 Millionen Schilling, so daß wir in diesem Zehnjahresablauf nach einer Zwischenstation mittelfristiger Art nach fünf Jahren als Erfolgskontrolle, auch mit der Realisierung dieses Programms zu Rande kommen. Sie können sicher sein, Herr Abgeordne-

ter, daß die Meinungen der Herrn Abgeordneten, die wir ausreichend kennen, in dieser Frage ebenso ihre Gewichtung gefunden haben wie die der objektiven Kriterien, die in der Auswertung durch den Computer oder, wie ihn die Herren liebevoll nennen, „Blechtrotteln“, stattgefunden hat. Ich freue mich, daß Sie die Arbeit gewürdigt haben, weil ich glaube, auch bei dieser Gelegenheit den Herren, die sie vollbracht haben, einen ganz aufrichtigen Dank auch vor diesem Hohen Haus aussprechen zu sollen. (Allgemeiner Beifall.)

Lassen Sie mich zum Schluß dieses Teiles kommen. Der Herr Abgeordnete Pörtl hat vom Flußbau gesprochen. Sie alle haben in den vergangenen Jahren immer wieder in der Realität und auch hier im Hohen Haus die Entwicklung gerade auf dem Gebiet der Hochwasserkatastrophe erlebt. Sie wissen, daß wir seit 1972 Schadensereignisse im Ausmaß von 1,5 Milliarden Schilling in der Steiermark erlebt haben und daß daher alles, was wir auf diesem Gebiet auch in einer mittelfristigen Planung vorgesorgt haben, angepaßt werden muß, weil die Ereignisse sozusagen die Verbesserung eingeholt und überholt haben. Wir haben gerade in diesem Zehnjahresprogramm eine Unterlage, die dazu dienen kann, daß eine mittelfristige Finanzplanung des Landes oder sagen wir bescheidener, eine mehrjährige Budgetvorschau — der Herr Landesfinanzreferent ist gerade nicht hier — möglich wird, wenn vor allem auch der Generalhochbauplan vorliegt.

Das ist der Hintergrund, Frau Abgeordnete Bischof, für die Planungsarbeit im Zusammenhang mit dem Landeskrankenhaus Bruck. Ich weiß, daß der Herr Landeshauptmann Sebastian ein sehr schwieriges Referat zu betreuen hat. Da braucht man in diesem Hohen Haus nicht lange darüber zu reden. Aber es wird auch dort nicht anders gehen, als daß eindeutig Prioritäten gesetzt werden. (Allgemeiner Beifall.) Gerade der gestrige Abend hat uns gezeigt — Sie waren die Tagesletzte gestern —, daß vor Ihnen einige große und kostspielige Projekte gefordert wurden und daß das bei weitem nicht alle waren, die in einer sehr objektiven Prioritätenskala noch in diese Überlegungen einfließen müßten, wenn ich allein von Deutschlandsberg und Hartberg rede und kein Wort gesagt habe über die Notwendigkeit des Klinikausbauens im Bereich Graz usw. Sie wissen das ganz genau. Erst dann wird eine in einem großen Optimismus angekündigte mittelfristige Finanzplanung oder, besser gesagt, eine mehrjährige Budgetvorschau möglich werden. (Landesrat Gruber: „Bruck darf man nicht vergessen!“) Ja! Das ist kein Präjudiz. Ich bin im sachlichen Teil der Rede der Frau Abgeordneten Bischof durchaus einig mit ihr. Nur was den parteipolitischen Teil angeht hat (Landesrat Bammer: „Darf der nicht sein?“), so konnte einiges auf Grund der späten Stunde gesagt werden. (SPO: „Herr Landesrat, das ist Ihnen völlig fremd!“ — Abg. Bischof: „Da war ich nicht herinnen!“) Sie wissen das. Gar kein Präjudiz, aber auch nicht umgekehrt. (Landesrat Gruber: „Aber ein Jahr hat er versagt bei der Detailplanung!“) Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist überhaupt keine Rede. Das ist eine billige Argumentation. Ich will Sie nicht daran

hindern, Ihren leiblichen Notwendigkeiten nachzukommen, aber ich kann Ihnen gerne etwas sagen. (Abg. Ileschitz: „Herr Landesrat, es ist ein großer Erziehungsprozeß in diesem Haus vor sich gegangen! Früher war jeder, der das Wort „Planung“ gebraucht hat, ein Hochverräter! Mit Konzepten sind wir nicht weitergekommen!“) Es gibt Menschen, die gerade in diesen Tagen (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Er schaut schon wieder zurück!“) die Nostalgie sehr schätzen. (Abg. Ileschitz: „Wir freuen uns, daß Sie sich den modernen und fortschrittlichen Gedanken der Sozialisten angeschlossen haben!“ — Heiterkeit. — Landesrat Gruber: „Denken Sie an den Plan des Abgeordneten Piaty, der das Krankenhaus von Bruck überhaupt schließen wollte!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe!) Darf ich Ihnen etwas sagen. Alle im außerordentlichen Voranschlag 1976 enthaltenen Krankenhausbauvorhaben, ohne daß Bruck berücksichtigt ist, erfordern einen Aufwand von 585 Millionen Schilling. Unter Zugrundelegung von 150 Millionen Schilling Gesamtaufwand jährlich würde das bedeuten, daß alle diese Bauvorhaben erst in vier Jahren ausfinanziert sein können. Verstehen Sie mich? Wenn man sich dann noch entschliesse auf Bruck einzusteigen, haben wir sehr viel Zeit zur Planung. Wir sind der Meinung, daß man nicht einfach ins Blitzblaue hineinplanen darf. Das kostet auch viel Geld. Wenn man sich entschliesse, das zu tun, dann ist der derzeitige Kostenschätzungsaufwand bei 650 Millionen Schilling. Manche reden von 800 Millionen bis einer Milliarde Schilling. Dann könnten wir bei 150 Millionen Schilling jährlich die weiteren sieben Jahre, ausschließlich Bruck, bauen und sonst nichts. Das sind insgesamt 11 Jahre. Das ist ein ganz schwieriges Problem und Sie haben sich immer um die Dinge gekümmert. Es ist ein schwieriges Problem. Ich habe das auch in der Regierung gesagt, es wird darüber viele harte Diskussionen geben. Gar kein Zweifel. Da kommen Interessen regionaler und sonstiger Art aufeinander, die auch durch Ihre Reihen gehen. Damit wir uns verstehen. (Landesrat Gruber: „Ich hoffe, daß Ihre Abgeordneten von Bruck das auch unterstützen!“) Ja, natürlich. (Abg. Schrammel: „Der Abgeordnete Gratsch ist für Fürstenfeld!“)

Ich darf zum Schluß kommen. Herr Abgeordneter Loidl, Sie haben einige Fragen an mich gestellt. Darf ich sie hoffentlich kurz, aber ausreichend beantworten. Friesach—Deutschfeistritz war ohnedies nur mehr ein Abgesang. So habe ich es jedenfalls verstanden. (Abg. Loidl: „Ich habe es als Beispiel genannt, wie es nicht sein soll!“) Sie wissen, daß jahrelang mit einer sozialistischen Gemeinde verhandelt wurde. (Unverständlicher Zwischenruf des Abgeordneten Loidl.) Ganz klar. Natürlich. (Landesrat Peltzmann: „So wie bei der Umfahrung von Mürzzuschlag!“) Ich könnte diese Beispiele fortsetzen. Selzthal-Tunnel: Anbotseröffnung 4. Dezember 1975, derzeit in Durchrechnung. Ich habe mir das in der Zwischenzeit geben lassen. Der Vergabeantrag wird beim Bundesministerium noch vor Weihnachten erfolgen.

Es hat eine lange Diskussion um den Plabutschunnel gegeben. Die Stadtgemeinde hat damals diese Bürgerinformation ausgegeben. Vielleicht ist

sie Ihnen nicht zugekommen. Da steht zu lesen, daß der Tunnel Raach—Webling aus dem Grazer Stadtstraßennetz pro Jahr 1,7 Millionen Personenkraftwagen und 360.000 Schwerlastfahrzeuge abziehen wird. In einem Jahr würde die Stadt die Schadstoffe und den Lärm dieser Fahrzeuge nicht mehr aushalten müssen. (Abg. Loidl: „Ist das das Gutachten, Herr Landesrat?“) Das war die Grundlage dafür. Uns wurde offiziell mit Erlaß des Bautenministeriums vom 23. Oktober, mitgeteilt — Sie waren scheinbar über einen anderen Kanal informiert —: „Es wird daher als zweckmäßig und verwaltungsvereinfachend erachtet, das vorgelegte Tunnelprojekt rückzuübermitteln mit dem Ersuchen, ein überarbeitendes Projekt zu gegebener Zeit unter Berücksichtigung der Ergebnisse der in der Zwischenzeit im Sinn der Besprechungen vom 22. Juli erfolgten Erhebungen und Untersuchungen vorzulegen. Die Planer haben Ihnen in der Zwischenzeit wenigstens via Zeitung Auskunft darüber gegeben wie die Sache aussieht. Ich habe schon in der Pressekonferenz anläßlich des 10-Jahres-Planes gesagt, daß man sich vor Zündeleyen in dieser Frage hüten soll. Sie werden niemandem nützen, niemandem. Das Erfreuliche an dieser Sache ist, daß die Bohrungsergebnisse ein viel besseres Gestein ausgewiesen haben, als Befürchtungen bestanden haben. Wenn wir heute so viel von den Menschen geredet haben, um die es in diesem Zusammenhang geht, dann sind wir uns wohl alle darüber einig, daß die schnellstmögliche Realisierung dieses Projektes — so hat es wenigstens der Herr Bautenminister in Gegenwart des Herrn Landeshauptmannes und des Herrn Landeshauptmannstellvertreters und des Bürgermeisters von Graz gesagt — absoluten Vorrang hat.“

Zur Frage der Schnellstraßenumfahrung Mürzzuschlag: Brief des Bautenministeriums vom 9. Juli 1975 — ich kann ihn Ihnen geben: „Was die von Johann Fuchs befürchteten Lärm- und Abgasimmissionen betrifft, so schließt § 7 Bundesstraßengesetz in der Fassung 1975 subjektive Rechte von Anrainern auf Errichtung von Immissionsschutzmaßnahmen und damit indirekt auch die Einlösung von Gebäuden aus diesem Titel aus.“ Ich habe mich persönlich brieflich beim Herrn Bautenminister am 30. September bemüht, eine Ministerentscheidung in dieser Frage zu bekommen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Sie wissen sehr genau wie die Dinge liegen. (Abg. Loidl: „Der Rechnungshof! Der Minister kann nicht ohne gesetzliche Grundlagen einen ganzen Bauernhof einlösen!“) Suchen wir nicht Alibis, die nicht halten. Das war im wesentlichen das, was der Herr Abgeordnete Loidl in diesem Zusammenhang wissen wollte.

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Heidinger für gerade auch seine sehr umfassenden und sachkundigen Äußerungen, die ebenso wie die Loidl's ja sozusagen den Straßenspezialisten des Landtages ausweist. Ich möchte ihm sagen, daß wir gerade in den Fragen der Finanzierung auch auf Erfahrungen zurückblicken können, die auch er selber in Versuchen etwa einer internationalen Finanzierung gemacht hat und die uns zeigen, wie unendlich schwierig das Problem ist.

Zum Herrn Abgeordneten Laurich: Bosrucktunnel 1972. Bundesgesetz Herr Abgeordneter. Der Herr Landeshauptmann Dr. Niederl, der Herr Landeshauptmann Dr. Wenzel, Sie, der Abgeordnete Lackner, der Abgeordnete Eberdorfer, der Abgeordnete Haberl, wie sie alle heißen, der Abgeordnete Lettmaier vor allem, sind gelaufen und gelaufen in dieser Frage und jetzt haben wir es endlich vom Bund her auch zugesagt bekommen. Der Herr Abgeordnete Loidl ist jetzt hinausgegangen. Er war bei der Aufsichtsratsitzung im Sommer dabei, bei der ich den Antrag gestellt habe, Friesach—Deutschfeistritz zu übernehmen. Damals waren alle Herren inklusive die Herren Ministersekretäre, die dort auch sitzen, der Meinung: „Unglaublich! Das ist gar nicht denkbar!“ Na und jetzt ist es im Ausschuß dann doch gekommen. Es hat sich dann ein bißerl anders in der Zeitung dargestellt, aber da sind wir sehr großzügig, weil wir froh sind, wenn überhaupt etwas geschieht, da erheben wir keine Urheberrechte.

Meine sehr geehrten Herren, zur Umfahrung Gröbming—Stainach kann ich Ihnen folgendes sagen. Ihnen brauch ich es nicht zu sagen, der Gemeinde habe ich es schon lang gesagt, aber weil Sie gefragt haben: Wir haben das Detailprojekt fertig im Programm 76. Umfahrung Stainach: Dringlichkeitsstufe 3 in der S-Straße. Das dauert nach neuesten Auskünften 24 Jahre. $3 \times 8 = 24$. Dieses Projekt ist nur möglich, wenn es zu einer Umreihung kommt. B 308 für 1976 beantragt, Ortseinfahrt Haus, Abzweigspuren Rössingstraße Bahnhof Haus—Lengdorf Oblarn und Westeinfahrt Haus. Ich gebe es Ihnen gerne noch im Detail, wenn Sie es wünschen.

Die Diskussion über die Spikes — zum ersten Teil der Nigl-Anfrage habe ich Stellung genommen — ist in vollem Gange und nicht abgeschlossen. Sicher kann man eines sagen, wenn Spikes, dann strengste Geschwindigkeitsbeschränkung. Bei hohen Geschwindigkeiten ist der Abrieb besonders stark, bei trockener Fahrbahn der Bremsweg empfindlich länger, das weiß jeder, der solches fährt. Wenn eine strikte Einhaltung nicht möglich ist — das sage ich auch ganz offen —, dann ist das Verbot wahrscheinlich besser. Die Diskussion ist in dieser Frage nicht zu Ende.

Zum Abgeordneten Wimpler. Dieselbe Urproblematik derer, die am Nadelöhr wohnen und leben. Schauen Sie, die 3 Bahnübergänge hätten 100 Millionen Schilling gekostet, der Straßenanschluß mit der Behelfsbrücke und der Ampelanlage 1,5 Millionen Schilling. Lösbar ist das Problem nur wirklich mit der Autobahn. Daher dort Vorrang, wie gesagt. Scheibenfischerbrücke ist für das Bauprogramm 1976 beantragt, wenn Sie das Ihren Herren mitteilen.

Die Abgeordneten Kollmann und Fellingner kommen in derselben causa. Auch da keine kleinen Ping-Pong-Spiele! Wahr ist, daß in der ersten Phase das Ministerium offenbar den Juristen und nicht uns recht gegeben hat. Wenn jetzt in Wien unter der Patronanz des Ministers den Technikern und uns recht gegeben wird, dann werden wir uns sehr darüber freuen. Schadenfreude ist keine sehr lang anhaltende Sache.

Problem Leoben, Gösserstraße: Wie Sie wissen, natürlich auch nicht neu. Ich habe nicht gewußt, daß der Bürgermeister Wert darauf legt, mit mir die Straße zu besichtigen (Abg. Fellingner: „Das war vereinbart mit ihm!“) — das war nicht vereinbart — aber wenn er Wert darauf legt, werde ich das gern noch einmal mit ihm befahren. Es haben mich der Herr Abgeordnete Kollmann und der Herr Stadtrat Lausecker daraufhin angesprochen, daher habe ich mir die Straße angeschaut. Ich kenne das Problem also aus unmittelbarer Anschauung, es ist schwierig genug, wie Sie wissen. Wir werden trotzdem einsteigen und wir werden 1976 — ich habe den Auftrag gegeben — mit den Verhandlungen für die Grund- und Gebäudeeinlösungen beginnen, das ist ja das Hauptproblem dort insbesondere an der Engstelle. Damit glaube ich auch, die Fragen beantwortet zu haben, die es hier gibt. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Starker Beifall.)

Präsident: Da in der Gruppe 6 keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, erteile ich dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Abg. Pränckh: Ich verzichte auf das Schlußwort und wiederhole meinen eingangs gestellten Antrag auf Annahme der Gruppe 6.

Präsident: Wer dem Antrag des Berichterstatters zustimmt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Die Gruppe 6 ist angenommen.

Ich unterbreche nun die Sitzung bis 15 Uhr, das sind eineinhalb Stunden.

Unterbrechung der Sitzung: 13.30 Uhr.

Wiederaufnahme der Sitzung: 15.05 Uhr.

Präsident: Univ.-Prof. Dr. Koren: Meine Damen und Herren!

Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. Wir kommen zur Gruppe 7 — Wirtschaftsförderung. Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer:

Die Gruppe 7 umfaßt die Ansätze für Grundlagenverbesserungen in der Land- und Forstwirtschaft, sonstige Förderung der Land- und Forstwirtschaft, Förderung des Fremdenverkehrs, Förderung von Handel, Gewerbe und Industrie. Es sind dafür insgesamt Ausgaben von 397,541.000 Schilling veranschlagt. Als Einnahmen sind bei der Gruppe 7 69,445.000 Schilling vorgesehen.

Ich ersuche namens des Finanz-Ausschusses, dieser Gruppe die Zustimmung zu erteilen.

Präsident: Meine Damen und Herren, im Einvernehmen mit den Obmännern der in diesem Haus vertretenen Parteien schlage ich vor, die Spezialdebatte der Gruppe zu teilen, und zwar als ersten Teil in die Landwirtschaft, als zweiten Teil in den Fremdenverkehr und als dritten Teil in die Wirtschaftsförderung. Wird dagegen ein Einwand erhoben?

Ich stelle fest, das dies nicht der Fall ist.

Wir beginnen daher mit dem ersten Teil der Gruppe 7; mit der Landwirtschaft.

Zu Wort gemeldet hat sich Abgeordneter Karrer. Ich erteile es ihm.